



HESSISCHER
LANDTAG

1946 - 2016



HESSER IST, WER HESSE SEIN WILL ...? LANDESBEWUSSTSEIN UND IDENTITÄTSPOLITIK SEIT 1945

Wissenschaftliche Tagung im Hessischen Landtag im November 2016
anlässlich des 70. Jubiläums der Verfassung des Landes Hessen

Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags (Hrsg.)

HESSE IST, WER HESSE SEIN WILL ...? LANDESBEWUSSTSEIN UND IDENTITÄTSPOLITIK SEIT 1945

Wissenschaftliche Tagung im Hessischen Landtag im November 2016
anlässlich des 70. Jubiläums der Verfassung des Landes Hessen

Herausgegeben von Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags

Wiesbaden und Marburg 2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen Nr. 46,
herausgeben im Auftrag des Hessischen Landtags

Konzept der Tagung und Abendveranstaltung:
Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Dirk van Laak, Prof. Dr. Christoph
Cornelißen, Prof. Dr. Winfried Speitkamp, Prof. Dr. Andreas Hedwig.
Hessischer Landtag: Hubert Müller



Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Hubert Müller, Andrea Mitteldorf
Fotos: Hermann Heibel, Hessischer Landtag
Druck: ColorDruck Solutions GmbH, Gutenbergstraße 4, 69181 Leimen;
DER BLAUE ENGEL, gedruckt auf 100 % Altpapier
Gestaltung: Cicero Kommunikation GmbH, Taunusstraße 52,
65183 Wiesbaden

© 2017 Hessischer Landtag, Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden
ISBN: 978-3-923150-68-7

© 2017 Historische Kommission für Hessen, 35037 Marburg
ISBN: 978-3-942225-35-9

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 48, 14

INHALT

BEGRÜSSUNG

Landtagspräsident Norbert Kartmann 8

GRUSSWORT

Ministerpräsident Volker Bouffier 12

EINFÜHRUNG IN DAS TAGUNGSTHEMA

Prof. Dr. Eckart Conze 20

SEKTION 1

Identitätsstiftende Akteure und Institutionen auf Landesebene

Einleitung: Prof. Dr. Christoph Cornelißen 32

Landesbewusstsein und Identitätspolitik

Prof. Dr. Christoph Nonn 34

Akteure und Agenturen der Bildung einer hessischen Landesidentität

Prof. Dr. Dirk van Laak 48

SEKTION 2

Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung auf Landesebene

Einleitung: Prof. Dr. Dirk van Laak 58

Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung auf Landesebene. Das bayerische Beispiel

Prof. Dr. Bernhard Löffler 60

Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung in Hessen seit 1945. Argument – Erbe – Tradition

Prof. Dr. Winfried Speitkamp 70

SEKTION 3

Wahlkampf, Länderparlamente und politische Kultur

Einleitung: Prof. Dr. Winfried Speitkamp 88

Demokratie als Sachlichkeit. Zur Wahlkampfkultur der alten Bundesrepublik

Prof. Dr. Thomas Mergel 90

Zur Wahlkampfkultur unter „hessischen Verhältnissen“

Prof. Dr. Christoph Cornelißen 104

ABSCHLUSSDISKUSSION

mit kurzen Ausblicken auf die Forschungs-, Bildungs- und Medienlandschaft

Einleitung: Prof. Dr. Eckart Conze 116

Impuls zum Thema Forschungslandschaft

Prof. Dr. Andreas Hedwig 118

Die Perspektive der Bildungslandschaft

Prof. Dr. Vadim Oswald 124

„Fest dem Heimatgebiet verbunden“: Das Programm des Hessischen Rundfunks

Hans Sarkowicz 132

SCHLUSSWORTE

Prof. Dr. Eckart Conze 138

Landtagspräsident Norbert Kartmann 140

BEGRÜSSUNG

Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute hier im Hessischen Landtag zu einer ganz besonderen Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Im Plenarsaal des Hessischen Landtags findet anlässlich des 70. Jubiläums des Landes Hessen heute und morgen eine wissenschaftliche Tagung mit dem Titel „Hesse ist, wer Hesse sein will ...?“ statt.

Begrüßen Sie mit mir zu diesem Anlass ganz herzlich den Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Volker Bouffier. Lieber Herr Ministerpräsident, herzlich willkommen! Er vertritt exekutiv unser Bundesland bei den Feierlichkeiten zu „70 Jahre Hessen“. Einer seiner Vorgänger hat einmal gesagt – und das ist der Leitsatz unseres heutigen Tages: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“

Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die ersten hessischen Abgeordneten wurden am 1. Dezember 1946 gewählt. Am gleichen Tag konnte die hessische Bevölkerung über die Verfassung abstimmen. Nicht alle Länder haben Verfassungsbeschlüsse über eine Volksabstimmung herbeigeführt. Wir Hessen haben das getan. Das hat gewisse Vor- und Nachteile. Der Nachteil ist, dass man nicht alle fünf Minuten die Verfassung ändern kann, wenn man eine qualifizierte Mehrheit hat. Der Vorteil ist genau der, dass man es nicht tun kann. Wir sind momentan im Prozess eines Verfassungskonvents und versuchen erneut die Frage zu erörtern, ob unsere Verfassung einer Veränderung bedarf. Sie wurde in der Vergangenheit ergänzt, wo Konsens vorhanden war. Die Frage von Veränderungen ist durchaus spannend. Bereits Anfang 1999 haben wir schon einmal versucht, die Verfassung zu ändern. Das ist gescheitert, weil es keinen Konsens gab. Wir alle wissen, dass man für eine Verfassungsänderung eine möglichst breite Unterstützung des Parlaments benötigt.

Im Rahmen unserer Feierlichkeiten zu „70 Jahre Hessen“ finden gemeinsam mit der Landesregierung verschiedene Veranstaltungen statt. Die heutige ist eine der besonderen Art, zu der wir viele ehemalige Abgeordnete eingeladen haben. Ich begrüße alle ehemaligen Kolleginnen und Kollegen und ebenso die ehemaligen Mitglieder der Landesregierung ganz herzlich hier im Hause.

Was Sie heute und morgen erleben werden und viele vielleicht schon beim Lesen der Einladung neugierig gemacht hat, ist eine Veranstaltung



mit dem von mir genannten Titel „Hesse ist, wer Hesse sein will ...?“. Seit über 30 Jahren haben wir in Hessen eine Kommission für die politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen. Als wir begannen, die nationalsozialistische Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter aufzuarbeiten, haben wir es damit in die Medien geschafft. Ich danke heute noch einmal allen Beteiligten, dass wir dieses schwierige historische Thema in einer sehr angemessenen Art und Weise ebenfalls in einer wissenschaftlichen Tagung gemeinsam aufgearbeitet haben. Leicht ist der Schritt hin zum billigen Streit. Es ist gelungen, dass es nicht so weit gekommen ist. Die Ergebnisse sind nachlesbar und wichtig. Wenn man so etwas macht, braucht man entsprechende Experten. Die Mitglieder der Kommission sind ausgewählte Historiker und Personen, die sich über Jahre mit dem Thema der parlamentarischen Geschichtsbeurteilung bis ins letzte Jahrhundert beschäftigt haben.

Meine Damen und Herren, ein berühmter deutscher Politiker hat einmal etwas salopp formuliert: Entscheidend ist, was hinten herauskommt. Das werden wir morgen gemeinsam nach den Impulsen unserer Referenten rekapitulieren.

Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, heute Abend eine sehr illustre Runde für eine Podiumsdiskussion zum Thema „70 Jahre Hessen: Identität und politische Kultur“ gewinnen zu können. Es bleibt nicht aus, dass im Hessischen Landtag Politiker zu Wort kommen, und zwar Hans Eichel, Roland Koch, Ruth Wagner und Rupert von Plotnitz – ich sage das einmal ohne die früheren Titel. Die Podiumsdiskussion wird von Richard Meng, dem ehemaligen langjährigen FR-Korrespondenten in Hessen, moderiert. Er ist ein ausgewiesener Kenner der politischen Verhältnisse in Hessen.



Ich bin auf die kommenden zwei Tage sehr gespannt, wie auch auf die Veranstaltungen am 30. November und 1. Dezember zu unserem Landesjubiläum. Dann werden wir den Geburtstag unseres Bundeslandes gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern feiern.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass der Ministerpräsident des Landes Hessen jetzt zu uns sprechen wird. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und darf nun das Wort an Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier übergeben.

GRUSSWORT

Volker Bouffier,
Hessischer Ministerpräsident



Herr Landtagspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Ehemalige!

Sie wiederzusehen, freut mich besonders. Es sind einige hier, die die letzten 70 Jahre durchaus mitgestaltet haben. Meine Damen und Herren, seien Sie herzlich willkommen. Ich habe mich auf diesen Tag gefreut. Ich bin sicher, wir werden eine ganze Reihe spannender Diskussionen und Vorträge hören.

Wir feiern das 70-jährige Jubiläum des modernen Hessen, wenn Sie so wollen, und wir feiern dies in einer Vielzahl von Veranstaltungen. Es ist ein uneingeschränkter Grund zur Freude. Diese 70 Jahre sind eine einzige Erfolgsgeschichte. Das gab es noch nie, egal was man betrachtet. Es ist für die Menschen, die hier bei uns gelebt haben und hier leben, eine Freude, für den einen mehr, für den anderen weniger. Aber wenn man es einmal in der Summe betrachtet, hatten wir solche 70 Jahre noch nie. Deshalb ist das allemal ein Anlass, das nicht einfach vorbeigehen zu lassen, sondern in einer vielfältigen Form zu würdigen und miteinander zu feiern. Aber das ist nicht alles. Ein solches Jubiläum ist auch ein besonders guter und, wie ich finde, zwingender Grund, sich miteinander auszutauschen, nicht nur zu schauen, wie es war, sondern auch, wie es ist und wo wir hinwollen.

Die Frage der Identität mit einem Land, die Frage nach dem, was Politik dafür tun kann, ist aus meiner Sicht brennend aktuell. Muss sie überhaupt darauf Rücksicht nehmen, dass eine Identität entsteht? Ich komme nachher noch einmal kurz auf dieses berühmte Wort von Georg-August Zinn zurück: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“ Es ist gebündelt ein Ausdruck seiner Politik.

Meine Damen, meine Herren, braucht man eigentlich eine Landesidentität? Ist das nicht rührselig in der Zeit der Globalisierung, in der Zeit einer nie gekannten Mobilität, in einer revolutionären Situation der Kommunikation, in einer Situation, in der in Sekundenbruchteilen jede Meldung um die Welt geht? Braucht es das eigentlich noch? Prof. van Laak ist jetzt in Leipzig. Er war vorher in Gießen. Die Sachsen haben auch eine eigene Identität. Aber Sie könnten als Wissenschaftler heute genauso gut irgendwo in der Welt sein. Die Wissenschaft ist besonders global, nicht nur die Naturwissenschaften, auch die Geisteswissenschaften. Gerade wir in Hessen können mit einem Weltflughafen in kürzester Zeit an fast jede Ecke der Welt kommen. Also: Braucht es das eigentlich noch?

Ein uneingeschränktes Ja. Ich glaube, dass gerade der Mensch in der globalisierten Welt eine Heimat haben muss – ich sage bewusst Heimat –, einen Ort, an dem man zu Hause ist, an dem man sich wohlfühlt, wo ein Stück Identität ist, wo ich mit Menschen zusammen bin, die ich verstehe, die mich verstehen, wo also mehr ist als nur zufällige Anwesenheit. Das verstehe ich unter einem Stück Landesidentität. Diese Identitäten wurden nicht nur in den letzten 70 Jahren geprägt. Hessen ist viel älter. Vieles von dem, was uns heute noch ausmacht, hat jahrhundertealte Wurzeln. Sie sind geprägt durch gesellschaftliche Veränderungen. Denken Sie an die industrielle Revolution, an Herrschaftsformen, den Großherzog oder den Landgrafen, später den Kaiser, Diktaturen – wir hatten alles. Sie sind geprägt durch Religion und vieles andere. Das alles wirkt bis heute fort und macht das aus, was wir ein Stück Identität nennen.

Mit „70 Jahre Hessen“ meinen wir das neue Hessen, das Hessen, das nach dem schärfsten Einbruch gegründet wurde, den wir je hatten. Das können wir nicht ausblenden. Als dieses Land 1946 gegründet wurde, hatten wir den Tiefpunkt unseres Landes erreicht. Das Ende des Zweiten Weltkrieges war gerade einmal ein Jahr vorbei. Es war die schlimmste und menschenverachtendste Diktatur, die wir erlebt haben – mit Millionen Toten, mit vielen Menschen, die ihr Leben gelassen haben, weil sie anders waren, andere politische oder religiöse Überzeugungen hatten, Gefangene waren.

Das Faszinosum ist, dass das hessische Volk eineinhalb Jahre später eine Verfassung verabschiedete – es ist die älteste, die wir noch haben –, in freier Wahl ein Parlament bestimmt und einen neuen Abschnitt begonnen hat. Wir haben uns nicht selbst befreit, wir sind befreit worden. Das hat große Bedeutung, und ich erwähne das nicht zuletzt im Hinblick auf Ereignisse der letzten Tage oder Wochen. Es waren die Amerikaner, die uns das brachten, was in diesen 70 Jahren die Grundlage für unser Land war: eine parlamentarische Demokratie. Sie haben uns Vertrauen entgegengebracht. Sie haben uns vieles andere mitgebracht, auch und gerade, was das kulturelle Leben angeht.

Wenn es um die Frage geht, was Landesidentität ist, ob es ein Landesbewusstsein gibt und ob das eine politische Aufgabe sein kann und muss, liegt es auf der Hand. Gehen wir einen kleinen Moment in diese Zeit zurück. In unserer Verfassung steht: Es muss immer eine herausragende Aufgabe von Landespolitik sein, an der Identität eines Landes und an der Verbundenheit mit einem Land mitzuwirken. Die Menschen damals

kamen aus einer Diktatur. Da zählte der Einzelne nichts. Die große Aufgabe, die Politik zu leisten hatte, war damals, eine Generation ins Leben zu führen, Demokraten zu werden, eine moderne, lebendige Demokratie zu errichten. An diesem Beispiel kann man die Frage relativ simpel beantworten. Aufgabe der Landespolitik ist unter anderem die Schulpolitik. Gerade in der Schule geht es darum, Menschen nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern sie auch zu erziehen. Die, die damals diese Aufgabe übernommen haben, wussten, vor welcher riesiger Herausforderung sie standen.

Für ein Land, eine Nation, die nicht nur geschlagen darniederlag, sondern aus der zivilisierten Welt ausgestoßen und orientierungslos war, die den Krieg überlebt hatte, deren Menschen aus der Gefangenschaft heimkehrten, ging es zuerst einmal darum, nicht zu verhungern, ein Dach über dem Kopf zu haben, irgendeine Wohnung zu finden und wieder nach vorn zu blicken. Das ist ein Prozess, der ohne politische Kernaufgabe überhaupt nicht denkbar ist. Es gab die materiellen Dinge, z. B., was damals alles gebaut wurde – Wohnungen, Straßen. Aber das Entscheidende war etwas anderes: nicht einen neuen Menschen zu schaffen – das sollten wir nie tun –, aber eine neue Gesellschaft. Das war aus meiner Sicht ein wichtiges Beispiel dafür, was Landesidentität, aber auch Landesbewusstsein sein muss. Deshalb ist es für mich überhaupt keine Frage, das muss immer ein Kernstück unserer gemeinsamen Politik sein.

Meine Damen und Herren, im Rahmen meiner kurzen Begrüßung will ich noch zwei Gedanken hinzufügen. Das Thema hat eine ungeheure Aktualität. Es gibt die Vorstellung, wenn in Deutschland möglichst an einer Stelle alles zentral entschieden wird, sei das gut. Es war für Deutschland nie gut, wenn alles an einer Stelle entschieden wurde. Unser Hessenland hat gemeinsam mit allen anderen Bundesländern in einem föderativen Staat dafür Sorge getragen, dass wir nicht nur erfolgreich waren, sondern auch, dass Macht ausgeglichen wurde. Das ist manchmal mühsam, aber der föderative Staat ist nach meiner festen Überzeugung die Grundlage für das, was Deutschland und Hessen heute darstellen.

Brauchen wir im Zeitalter von iPhone, Twitter und Internet eigentlich noch die Selbstvergewisserung? Aus meiner Sicht mehr denn je. Sie spüren das alle. Wir haben eine Situation, in der wir sagen können: großartig. Fast alle Länder der Welt bewundern uns. Trotzdem haben wir nicht wenige Menschen, die Orientierung suchen, die verunsichert sind, manche, die sogar eine Mitwirkung an der Gesellschaft ablehnen. Das ist nicht nur bei



uns so. Der eine oder andere spricht mittlerweile vom „postfaktischen Zeitalter“. Was immer das sein mag, eines ist es jedenfalls: eine falsche Antwort. Wenn Gefühle über die Fakten triumphieren, wenn es nur noch die Sehnsucht nach dem einfachen Satz gibt und die differenzierte Antwort in einer hoch komplexen Welt keine Chance mehr hat, dann erleben wir das, was die einen als Wutbürger beschreiben, wo die anderen „Lügenpresse“ rufen und wo es die Dritten gibt, die sagen, der ganze Verein ist im Grunde genommen schon längst überlebt.

Das ist aus meiner Sicht der eigentliche Kern dessen, worum es gehen muss. Wir müssen uns darüber im Klaren sein: In einer Welt, die sich so rasant verändert, in einer Vielzahl von Dingen und einer Geschwindigkeit, wie wir sie noch nie hatten, muss man erst recht Antworten geben. Ich will es einmal so formulieren: Wenn sich Vertrautes, Milieus, Gewissheiten immer mehr auflösen, wenn eine Vielzahl der Dinge gleichzeitig auf die Menschen einströmt, wird die Unsicherheit größer. Bei einem Kommunikationsverhalten, bei dem man in Echtzeit mit einem Like Millionen Menschen erreicht, bei dem es nicht mehr darum geht, zu prüfen, ob das stimmt, was jemand sagt – es wird erst einmal rausgehauen, es macht Stimmung, und Stimmung ersetzt Fakten; das bedeutet „postfaktisches Zeitalter“ –, dann sind wir an allen Fronten gefordert. Das können Sie in unserem Land, aber auch in den Nachbarländern sehen und nicht zuletzt bei der Wahl des amerikanischen Präsidenten.

Ich wähle bewusst diesen Ansatz, um deutlich zu machen, dass die Frage, wie wir miteinander die Zukunft gestalten wollen, untrennbar mit dem Wissen verbunden ist, wie es war, damit wir verstehen, warum es so ist, wie es ist, und damit wir einen Kompass haben, wohin wir gemeinsam wollen. Damit komme ich zurück zu Georg-August Zinns Satz: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“

Meine Damen und Herren, das war seine Antwort auf die damalige Herausforderung, dass viele Menschen zu uns gekommen sind, die hier eine neue Heimat finden sollten. Nach dem Krieg bis 1949 sind rund eine Million Heimatvertriebene nach Hessen gekommen. Das war etwa ein Drittel der damaligen Bevölkerung. Diese Menschen nicht nur aufzunehmen, ihnen nicht nur ein Obdach, sondern hier eine neue Heimat zu geben, war die große Aufgabe. Wir fragen dich nicht, woher du kommst, sondern wir fragen dich, wo du hinwillst, und zwar gemeinsam mit uns. – Das war eine sehr erfolgreiche Geschichte. Davon gibt es das eine oder andere noch heute. Der Hesse Tag ist ein Klassiker aus dieser Zeit. Aber es gibt vieles andere mehr.

Heute haben wir wieder eine solche Herausforderung. Wir haben im vergangenen Jahr in wenigen Monaten hier in Hessen rund 125.000 Menschen aufgenommen. Davon sind 75.000 geblieben. Sie kommen aus ganz anderen Verhältnissen. Sie kommen häufig ohne Kenntnis unserer

Sprache, ohne Kenntnis dessen, was uns, was unsere Geschichte ausmacht. Sie sind da. An diesem Beispiel kann man es ebenso zeigen. Es wäre nicht nur töricht, es wäre undenkbar, wenn sich Politik und allemal Landespolitik nicht um die Frage kümmern würde, wie wir es erreichen können, dass auch diese Menschen hier eine Heimat finden, eine Verbindung mit diesem Land, sich eine Identität schaffen, die sie wertschätzen und die sie in ihrer neuen Situation ein Stück begleitet. Das haben wir im vergangenen Jahr im Hessischen Landtag erfreulicherweise mit breiter Mehrheit beschlossen.

Wir haben im November vergangenen Jahres ein Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen beschlossen. Es ist das einzige dieser Art in Deutschland. Ein solches Programm haben alle beschlossen. Aber der zweite Teil unseres Programmes heißt: „und zum Zusammenhalt der Gesellschaft“. Damit war gemeint, dass wir zwei Seiten im Auge behalten müssen: einmal die Menschen, die zu uns kommen, aber auch die, die hier sind. Nur wenn die Bereitschaft besteht, sich dieser großen Aufgabe zu stellen, werden wir solche Sprüche wie „Für die Flüchtlinge wird alles getan und für uns nichts“ angemessen beantworten können. Wir haben immer alle im Blick. So werden wir das auch fortsetzen. Für Menschen, die zu uns kommen und hier eine Heimat finden wollen und sollen, ist das Erlernen der Sprache elementar. Aber es gehört noch mehr dazu. Wer hier bei uns leben will, muss auch mit uns leben wollen, muss verstehen, was uns ausmacht. Wenn wir den Menschen vorurteilsfrei begegnen, dürfen wir erwarten, dass sie ihrerseits die Bereitschaft mitbringen, sich auf uns einzulassen.

Identität mit dem eigenen Land bedeutet nicht, andere auszuschließen. Aber nur, wer eine eigene Identität hat, wer sich dieser Identität auch gewiss ist, wer weiß, was ihn ausmacht, wer ein festes Fundament hat, der ist auch in der Lage, ohne Angst und Unsicherheit Neues und zunächst Fremdes überhaupt erst einmal aufzunehmen. Das ist meine zweite Antwort. Landespolitik wäre nicht nur töricht, sie wäre falsch, wenn sie das nicht im Blick hätte. Integration kann nur gelingen, wenn beides zusammenkommt – ein festes Fundament, das andere nicht ausschließt, das aber die Grundlage dafür bietet, Neues, gelegentlich Fremdes, vorurteilsfrei aufzunehmen und so gemeinsam eine Zukunft zu bauen.

Wir haben unterschiedliche Verhältnisse. Wenn man die Aufgabe derer, die vor 70 Jahren politische Verantwortung trugen, mit heute vergleicht, so war sie ungleich schwerer. Wir verfügen heute über die Möglichkeiten

und die Kraft, diese Herausforderung, die uns noch viele Jahre beschäftigen wird, erfolgreich zu bewältigen. Das werden wir in dem Maße besser können, in dem wir uns gelegentlich darauf besinnen, welchen Weg wir gegangen sind. Dieses Besinnen bedeutet, kritisch zu reflektieren, wie alles gekommen ist, damit wir wissen, wo wir stehen. So verstehe ich jedenfalls den Sinn eines Jubiläums: sich miteinander auszutauschen. Und heute in besonderer Weise mit der Historischen Kommission.

Ich freue mich deshalb sehr, dass zwei spannende Tage vor uns liegen. Ich erhoffe mir, vielleicht die eine oder andere Erkenntnis zu gewinnen, die uns in der praktischen Arbeit ein Stück weiterführt. Ich bedanke mich bei all denen, die diese Veranstaltung vorbereitet haben. Es ist eine gute Gelegenheit, der Historischen Kommission Danke zu sagen. Zu wissen, wo man herkommt, und einen Plan zu haben, wo man hinwill, ist immer gut. Das ist in Zeiten der globalisierten Herausforderungen ebenso wie bei dem einen oder anderen Bruch in unserer Gesellschaft aktuell. Wir müssen versuchen, die Probleme so zu lösen, dass diese Gesellschaft beieinanderbleibt.

Meine Damen, meine Herren, ich bin Jahrgang 1951. Das ist die erste Generation, die ohne Krieg, ohne Hunger, ohne Vertreibung und ohne Flucht gelebt hat. Das gab es noch nie. Allein das müsste uns befähigen, zu sagen: Das, was jetzt vor uns steht, schaffen wir auch.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Tagung. – Ich danke Ihnen.

EINFÜHRUNG IN DAS TAGUNGSTHEMA

Prof. Dr. Eckart Conze



Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Herr Kartmann, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Landtagsabgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war ein historisches Ereignis, als vor fast 70 Jahren, am 19. Dezember 1946, der Hessische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkam.¹ Doch die Rede, mit der sich der SPD-Abgeordnete Otto Witte nach seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten an das Plenum wandte, war keine Festrede. Sie blieb zurückhaltend und ruhig im Ton, war konzentriert und von großer Ernsthaftigkeit geprägt. Mit dem Pathos der Nüchternheit beschrieb der erste Landtagspräsident die Aufgabe des Parlaments: „Die Wählerschaft hat uns beauftragt, die Geschicke unseres Landes Hessen zu leiten und gestützt auf die Verfassung zu versuchen, vorwärts zu kommen und Deutschland zu einem freien Staat zu gestalten, auch dafür zu sorgen, dass ein besseres Deutschland geschaffen wird, als wir es bisher gehabt haben.“²

Wenn wir uns im letzten Herbst an die Proklamation des Staates „Groß-Hessen“ durch die amerikanische Besatzungsmacht am 19. September 1945 erinnern haben und wenn wir in diesen Tagen und Wochen auf die Gründung des Landes zurückblicken, auf die Ausarbeitung der Hessischen Verfassung durch die „Verfassungsberatende Landesversammlung“, auf die Annahme dieser Verfassung durch die Militärregierung, auf ihr Inkrafttreten, die ersten Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 und die sich anschließende Bildung der Verfassungsorgane, dann ist es mehr als angemessen, dass auch die Geschichtswissenschaft einmal mehr ihren Blick richtet auf jene Entwicklungen unmittelbar nach der Überwindung des Nationalsozialismus, die in heutiger Perspektive vor allem als Vorgeschichte der 1949 gegründeten Bundesrepublik erscheinen, auf jene Entwicklungen, die in den großen Geschichtsdarstellungen rasch erzählt sind und oftmals nur die historische Funktion eines nationalgeschichtlichen Verbindungsstücks zwischen zwei Epochen der deutschen Geschichte zugeschrieben bekommen. Das aber wird der Bedeutung dieser Jahre nicht gerecht.

¹ Bei diesem Text handelt es sich um den für den Druck geringfügig überarbeiteten und um einige Anmerkungen ergänzten Einführungsvortrag zu der Tagung im Hessischen Landtag. Der Vortragsduktus wurde weitgehend beibehalten.

² Zit. nach: Klaus Peter Möller: Der Landtag, in: Klaus Böhme/Bernd Heidenreich (Hg.): Hessen. Land und Politik, Stuttgart 2003, S. 216–228, hier S. 216.

„Am Anfang waren die Länder.“ Auch so könnte in Abwandlung der bekannten Formulierung von Arnulf Baring – „Im Anfang war Adenauer“ – eine Geschichte der Bundesrepublik beginnen.³ Aber eine Geschichte der Bundesrepublik könnte nicht nur so beginnen, sondern man könnte sie auch konsequent aus einer solchen Perspektive heraus schreiben, aus der Perspektive der Bundesländer und des Föderalismus. Weit über verfassungs- und institutionenhistorische Dimensionen hinaus müsste eine solche Geschichte nicht zuletzt nach der politischen Kultur des Föderalismus fragen, nach der Bedeutung des Föderalismus im Spannungsfeld regionaler, nationaler, europäischer und globaler Dynamiken, für das die gegenwärtige Herausforderung von Flucht und Migration nur ein aktuelles, wenn auch politisch und gesellschaftlich hoch bedeutendes Beispiel bildet.

Längst haben Kulturgeografen begonnen, das viel zitierte politisch-institutionelle föderale Mehrebenensystem Deutschlands und Europas auch als „Mehrebenensystem raumbezogener Identitäten“ zu charakterisieren.⁴ Sie haben begonnen, nach dem Verhältnis dieser Identitäten zueinander zu fragen, nach ihrer Entwicklung und Veränderung und danach, was diese Entwicklungen und Veränderungen beeinflusst. Ein Land oder eine Region ist dann in diesem Kontext nicht länger ein „dinglich erfüllter Ausschnitt der Erdoberfläche“, wie es die ältere Geografie definierte, sondern zugleich ein historisches Gebilde, ein Wirtschaftsraum, ein politisch-administratives Territorium, eine Arena der politischen Willensbildung, der Interessenartikulation und der Konfliktaustragung, ein sozialer und kultureller Verflechtungszusammenhang, ein Projektionsraum kollektiver, aber auch personaler Identifikationsprozesse, ein Gegenstand von Literatur und Kunst, ein Objekt von Marketinganstrengungen, ja vielleicht sogar ein Mythos oder eine Fiktion.⁵

An genau diesem Punkt setzt unsere Tagung an. Sie fragt nach Landesbewusstsein und Identitätspolitik nach 1945, setzt dabei einen Akzent auf Hessen, rückt aber die Fragen, die wir an das Bundesland Hessen richten, zugleich in eine vergleichende Perspektive: den Vergleich mit anderen

³ Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller: Einleitung, in: dies. (Hg.): Bayern im Bund (Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949–1973), München 2004, S. 1–21, hier S. 1, sowie Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München/Wien 1969, S. 1.

⁴ Hans Heinrich Blotevogel: Regionalbewusstsein und Landesidentität am Beispiel von Nordrhein-Westfalen (Universität Duisburg, Institut für Geographie, Diskussionspapier 2/2001), S. 14.

⁵ Ebd., S. 3.

Bundesländern, den Vergleich mit Entwicklungen auf Bundesebene und, zumindest zum Teil, sogar darüber hinaus. Für eine Landeszeitgeschichte, über deren konzeptionelle und methodische Grundlagen und über deren Gegenstände nicht zuletzt hier in Hessen seit einiger Zeit intensiv diskutiert wird – und die eben nicht nur die Themen und Fragen der nationalen Geschichte auf die Ebene der Länder herunterbricht –, für eine moderne Landeszeitgeschichte sind solche Frageansätze zentral. Denn längst geht es einer modernen Landesgeschichte, auch jenseits der Zeitgeschichte, nicht mehr darum, in der Konzentration auf kleinere Räume lediglich Forschungsergebnisse der „allgemeinen“ Geschichte, also der Nationalgeschichte, an lokalen und regionalen Gegebenheiten zu überprüfen. Das ist ein sehr reduktionistisches – und traditionelles – Verständnis von Landes- oder Regionalgeschichte, das dem Fach eine lediglich abgeleitete Rolle in einer national bestimmten Geschichtsforschung zuweist. Dem Eigengewicht und der Eigenbedeutung der Landesgeschichte – wissenschaftlich und gesellschaftlich – wird das nicht gerecht.

Es ist auch vor diesem Hintergrund keine Selbstverständlichkeit, dass der Hessische Landtag und insbesondere Sie, Herr Landtagspräsident, einer wissenschaftlichen Tagung Raum geben und ihr großzügige Unterstützung zuteil werden lassen, auf der Historiker nicht Identitätspolitik betreiben, indem sie – in wessen Interesse auch immer – beispielsweise aus der Geschichte eine „hessische Identität“ ableiten, sondern einer Tagung, auf der diese Identitätspolitik selbst thematisiert und zum Gegenstand kritischer Analyse gemacht wird. Das ist nicht ohne Risiko. Denn erstens wird dabei der konstruktive Charakter von Identität beziehungsweise Identitätsbildung betont werden, nicht die Gewordenheit, sondern die Gemachtheit; die Gemachtheit sowohl von Identität als auch des Raumes, auf den sie sich bezieht. Und zweitens ist die vergleichende Perspektive mit dem Risiko behaftet, dass durch sie bestimmte Vorstellungen einer spezifischen Landesidentität möglicherweise relativiert werden. Umso mehr gilt unser Dank dem Hessischen Landtag und Ihnen, Herr Präsident.

Unser Tagungsprogramm spiegelt diesen Frageansatz wider: vor allem in seinen drei thematischen Sektionen, aber auch in der Abendveranstaltung, in der zwei ehemalige Ministerpräsidenten und zwei ehemalige stellvertretende Ministerpräsidenten über das Thema „Identität und politische Kultur“ diskutieren werden, sowie in einer Gesprächsrunde zum Abschluss der Veranstaltung, in der es um Hessen als Forschungs-, Bildungs- und Medienlandschaft gehen wird.



Die Vorbereitung dieses Programms und das Tagungskonzept gehen zurück auf eine Gruppe von Historikern aus der beim Landtag angesiedelten und vom Landtagspräsidenten geleiteten Kommission „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“. Zu dieser Gruppe gehören meine Kollegen Dirk van Laak, zunächst noch Gießen, heute Leipzig, Christoph Cornelißen aus Frankfurt und Winfried Speitkamp aus Kassel sowie Andreas Hedwig als Leiter des Hessischen Landesarchivs. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

Auch für uns als Historikerinnen und Historiker ist das Tagungsthema durchaus ambivalent und schwierig: Denn indem wir einerseits die Geschichte von Räumen schreiben und die Geschichte der Menschen, die in diesen Räumen leben, indem wir beispielsweise die Geschichte des Landes Hessen erforschen und sie in größere historische Zusammenhänge stellen, machen wir einen Raum zu einer kulturellen Einheit und wirken wir mit an der Schaffung von Identifikationsangeboten. Andererseits betonen wir seit geraumer Zeit die Konstruiertheit von Raum- oder Regionalbewusstsein. Mit Benedict Anderson haben wir zunächst vor allem die Nationen als „imagined communities“ untersucht, als „vorgestellte Gemeinschaften“, erzeugt nicht zuletzt durch kommunikative Dynamiken,⁶ und wir haben diesen Ansatz mittlerweile auf andere Räume übertragen: übernational und transnational auf Europa, wo die Frage nach einem europäischen Bewusstsein und europäischer Identität jenseits der Nationalstaaten heute mehr denn je ein Thema auch von politischer Re-

⁶ Benedict Anderson: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983 (dt.: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. 1988).

levanz ist. Aber eben auch subnational und regional auf die Ebene der Bundesländer oder auf die lokale Ebene.

Immer wieder begegnen uns diese Räume – auch die Bundesländer – als historische Phänomene, und zwar gerade nicht im Sinne langer und ungebrochener Kontinuität, sondern als im historischen Prozess und durch historischen Wandel entstandene Räume, die sich permanent entwickeln und verändern und in denen auch das Bewusstsein der Zugehörigkeit, eben die Identität, nicht gegeben und stabil ist, sondern vielmehr dynamisch und wandelbar.

Genau das ist der Punkt, an dem Identitätspolitik ansetzt.⁷ In einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft ist Identität umstritten. Konkurrierende Identitätsangebote ringen miteinander, verschiedene Akteure sind an der Herausbildung von Identität oder Landesbewusstsein beteiligt, und zwar nicht nur Politiker oder andere gesellschaftliche Funktionsebenen in den Medien, in der Wissenschaft oder der Kunst, sondern auch, wenn nicht vor allem, die Menschen, die durch ihr Handeln, durch ihre politische, gesellschaftliche oder kulturelle Partizipation zum einen ein Raumbewusstsein artikulieren, ein Raumbewusstsein, ein Landesbewusstsein vor allem als Zugehörigkeitsbewusstsein; die aber zum anderen durch ihr Tun zur Entstehung beziehungsweise zur Entwicklung eines solchen Bewusstseins, einer solchen Identität beitragen. Identitätspolitik und Identitätsbildung sind in diesem Sinne keine Top-down-Prozesse, keine staatlichen Maßnahmen, sondern sie erwachsen – gleichsam bottom-up – aus der Gesellschaft heraus. Das gilt heute vermutlich noch stärker als in der Vergangenheit und ist ein wichtiger Grund für den Bedeutungsgewinn kleinerer, subnationaler Räume, zu denen fraglos die Bundesländer gehören.⁸

„Hesse ist, wer Hesse sein will und sich hier und heute zu uns bekennt.“ Die bekannte Feststellung von Ministerpräsident Georg-August Zinn anlässlich der Eröffnung des ersten „Hesstags“ 1961 spiegelt durchaus – so kann man sie lesen – diesen partizipativen Charakter von Identität. Die „Hesstags“ und ihr Motto waren, für die frühen 1960er-Jahre erstaunlich

⁷ Zum Begriff s. u. a. Marcus Pyka: *Geschichtswissenschaft und Identität*, in: *HZ* 280 (2005), S. 381–392, hier S. 385.

⁸ Vgl. Winfried Speitkamp: *Erfindungen: Raum – Land – Landesgeschichte*, in: Holger Th. Gräf u. a. (Hg.): *Land – Geschichte – Identität. Geschichtswahrnehmung und Geschichtskonstruktion im 19. und 20. Jahrhundert – eine historiographiekritische Bestandsaufnahme*, Darmstadt/Marburg 2016, S. 11–30, insbesondere S. 22 f.

fortschrittlich und erstaunlich offen, in dieser Perspektive vor allem an die Vertriebenen und Flüchtlinge gerichtet, die nach 1945 in großer Zahl in das Land gekommen waren und deren Integration, gerade die kulturelle Integration, trotz aller Brücken, die das „Wirtschaftswunder“ baute mit seiner gemeinschaftsbildenden Aufstiegs- beziehungsweise Wiederaufstiegserfahrung, deren Integration noch immer prekär und voller Spannungen war.

Aber wozu bekannte man sich in den Jahren um 1960, wenn man sich, wie es Ministerpräsident Zinn formulierte, zu Hessen oder „zu uns“, wie es in Zinns Rede hieß, bekannte oder bekennen wollte? War es die hessische Geschichte? Und wenn ja, welche hessische Geschichte? Dass Identität und Geschichtsbewusstsein zusammenhängen, steht außer Frage. Aber was bedeutet das für Hessen?

Schon ein Blick auf die Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung vom September 1945 verdeutlicht das Problem. Mit Blick auf die Bildung des Landes Bayern hieß es dort knapp und klar: „Bayern umfasst ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.“ Für Hessen war das komplizierter: „Groß-Hessen umfasst Kurhessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt-Goarshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheins gelegenen Teil von Rheinhessen.“ Immerhin tauchte in den verschiedenen Gebietsbezeichnungen das Wort „Hessen“ auf, aber von einer gemeinsamen Geschichte, einem einheitlichen historischen Raum konnte nicht die Rede sein. Anders als in der Präambel der bayerischen Verfassung von 1946, die Bezug nahm auf eine „tausendjährige Geschichte“ des Landes, war die hessische Verfassung zwar nicht frei von historischen Bezügen, ein historisches Kontinuitätspostulat jedoch wie in Bayern finden wir in ihr nicht. Als „Gliedstaat der deutschen Republik“, so heißt es in ihrer Präambel, habe sich Hessen seine Verfassung gegeben.

Es waren interessanterweise erst spätere Versuche, seit den Siebziger-, Achtzigerjahren und nicht zuletzt durch Historiker, die das Bundesland Hessen als räumliche Einheit auch in der Geschichte erkennen wollten. Das erreichte seinen Höhepunkt in dem 1986 erschienenen repräsentativen Werk „Das Werden Hessens“,⁹ dessen Herausgeber Walter Heinemeyer zwar konzidierte, Hessen sei keine geografische Einheit, der aber

⁹ Walter Heinemeyer (Hg.): Das Werden Hessens, Marburg 1986.

doch feststellte, in der Bevölkerung habe es schon lange vor 1945 ein „gesamthessisches Bewusstsein“ gegeben, dessen sich auch die amerikanische Besatzungsmacht ausdrücklich versichert habe.¹⁰ Darüber hinaus freilich, so der Landeshistoriker, habe die Gründung des Bundeslandes Hessen den „Nachweis erbracht, dass die am Beginn der hessischen Geschichte stehende konradinische Lösung durchaus sinnvoll gewesen war“, also jener im 10. Jahrhundert kurzfristig existierende und dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen nicht unähnliche Herrschaftsbe- reich eines ostfränkischen Adelsgeschlechts, das mit Konrad I. für wenige Jahre auch den König stellte.¹¹

Nicht dass ein Historiker in den 1980er-Jahren solche Bezüge herstellte, muss uns heute primär interessieren, sondern warum es zu solchen historiografischen Bemühungen und dem weiten Bogen zwischen dem Mittelalter und der Gegenwart des ausgehenden 20. Jahrhunderts kam. Zu welchen Zwecken berief man sich – nicht nur Historiker – auf die Geschichte, und in welchen politischen, gesellschaftlichen und sozialkulturellen Kontexten standen – und stehen – solche historischen Rückbezüge?

Von der Emotionslosigkeit der Schaffung des Bundeslandes Hessen nach 1945 ist in der Literatur die Rede. Zurückgeführt hat man das auch auf die Tatsache, „dass sich“, anders als später behauptet, „im Verlauf der Geschichte ein ‚hessisches Identitätsbewusstsein‘ nie herausgebildet hat“.¹² Man wird hinzufügen dürfen, dass wohl auch die Erfahrung des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts gerade in der Zeit unmittelbar nach 1945 zu dieser „Emotionslosigkeit“ beigetragen hat und dass vor diesem Hintergrund auch der Rückgriff auf die Geschichte hoch problematisch war, wenn man sich nicht wie in Bayern auf die Geschichte eines geradezu antinationalen, nicht zuletzt antipreußischen bayerischen Sonderwegs, auf einen historischen bayerischen Partikularismus berufen und sich damit bis zu einem gewissen Grade aus der preußisch-deutschen Nationalgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verabschieden konnte. Das war in Hessen so nicht möglich.

War es nicht im Hessen der Nachkriegszeit vielmehr zunächst so, dass die Landesregierungen ein Hessenbewusstsein, eine hessische Identität zu entwickeln versuchten, die nicht auf einer gemeinsamen Geschichte

¹⁰ Ebd., S. V.

¹¹ Walter Heinemeyer: Das Hochmittelalter, in: ebd., S. 159–193, hier S. 161.

¹² Alfred Pletsch: Bausteine der hessischen Identität, in: Heidenreich/Böhme (Hg.): Hessen, S. 11–41, hier S. 27.

vieler Hundert Jahre beruhte, sondern auf dem Anspruch, im demokratischen Wiederaufbau, in der politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung Deutschlands eine Vorreiterrolle einzunehmen, auch als eine Art sozialdemokratisches Musterland, bald auch als ein Gegenmodell zur Bundesrepublik der Ära Adenauer? Dafür spricht der sozialdemokratische Wahlkampflogan „Hessen vorn“ ebenso wie der reformorientierte Anspruch des „Hessenplans“, der zunächst vor allem auf die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen zielte, später aber immer stärker, vor allem der „Große Hessenplan“ von 1965, eine zukunfts-gewisse und fortschrittsoptimistische Landesentwicklung im Sinne sozialer Demokratie anstrebte.¹³ War das nicht auch identitätsstiftend gedacht? Trug es zur Entstehung von Hessenbewusstsein bei? Innerhalb der hessischen Bevölkerung, aber auch im Blick auf Hessen von außen, in der Wahrnehmung des Bundeslandes von jenseits seiner Grenzen?

Und was änderte sich daran seit den 1970er-Jahren, als der wirtschaftliche Boom endete, als die „Grenzen des Wachstums“ erreicht schienen und Zukunfts- und Fortschrittsgewissheit wie eine Seifenblase zerplatzten? „Orientierungsverlust und Identitätssuche sind Geschwister“, schrieb der Historiker Michael Stürmer Anfang der Achtzigerjahre in der FAZ. Bot nun die Geschichte neue Möglichkeiten der Identifikation: mit großen Ausstellungen zu den Stauern, den Wittelsbachern oder zu Preußen in den Jahren um 1980? Gehört nicht auch das vorhin erwähnte Buch über „Das Werden Hessens“ in diesen Zusammenhang?¹⁴

Der Philosoph Hermann Lübbe sprach 1979 von der „Identitätspräsentationsfunktion von Historie“.¹⁵ Damit wies er nicht nur Geschichte und Geschichtsschreibung eine Aufgabe in der und für die Gesellschaft der Gegenwart zu, sondern er trug auch dazu bei, dass „Identität“ zum Schlüsselwort des geschichts- und erinnerungspolitischen Diskurses jener Jahre wurde. Ihre Geschichte, so hieß es, verleihe dem Individuum wie dem Kollektiv ihre eigene, ihre unverwechselbare Identität, und nur aus dieser Identität, aus diesem Beisichsein im wörtlichen Sinne, könnten Daseinsgewissheit und Handlungssicherheit entstehen, die nicht nur Lübbe

¹³ Vgl. u. a. Winfried Speitkamp: Geschichtspolitik, Denkmalpflege und kollektive Identität in Hessen, in: Helmut Berding/Klaus Eiler (Hg.): Hessen. 60 Jahre Demokratie, Wiesbaden 2006, S. 369–398, hier S. 376.

¹⁴ Zum Kontext s. Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 654–661.

¹⁵ Hermann Lübbe: Zur Identitätspräsentationsfunktion von Historie, in: Odo Marquard/Karlheinz Stierle (Hg.): Identität, München 1979, S. 277–292.

durch die Turbulenzen der Siebzigerjahre, durch den Verlust von Fortschrittsoptimismus und Zukunftssicherheit schwer erschüttert sah.

Auf Bundesebene zählen wichtige geschichtspolitische Initiativen, das Deutsche Historische Museum und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik, aber auch die hoch kontroversen Debatten über diese Initiativen, die zur Vorgeschichte des „Historikerstreits“ gehören, zu den Folgen dieser Entwicklungen. Auch in Hessen lässt sich ein neues Interesse an der Geschichte feststellen. Beschäftigung mit der hessischen Geschichte und Identitätsbildung gehören nun stärker zusammen als vorher. Akteure der Geschichtslandschaft, Archive, die historischen Kommissionen, Geschichtsvereine, die historischen Institute der Universitäten, treten nun stärker auch als identitätspolitische Akteure in Erscheinung. Auf lokaler Ebene sorgen die Geschichtswerkstätten für neue Formen der Geschichtsaneignung, noch stärker partizipativ, noch stärker, alltags- und mikrohistorisch inspiriert, auf die Menschen in ihren kleinräumigen Lebenswelten bezogen und gerade in ihrer Kritik an einer politisch bestimmten Identitätsstiftungsfunktion von Geschichte wichtige identitätspolitische Akteure.

Die historische Wandelbarkeit und damit die Geschichtlichkeit von Identität und Identitätspolitik seien damit angedeutet. Das gilt für alle Ebenen, die wir in den Blick nehmen, und es gilt auch für die Wechselbeziehungen zwischen diesen Ebenen: von der lokalen über die regionale und die nationale bis zur europäischen, ja vermutlich auch – und immer stärker – zur globalen. Und von all diesen Ebenen, von Entwicklungen und Akteuren auf all diesen Ebenen, gehen Wirkungen aus auf die Entwicklung und die Veränderung von Landesbewusstsein. Hessische Identität ist, pointiert formuliert, kein hessisches Produkt, sondern entsteht und entwickelt sich in vielfältigen Bezügen, hessischen und nicht-hessischen. Auch eine moderne Landesgeschichte muss daher diese Bezüge systematisch in ihre Arbeit integrieren, sie muss als moderne Regionalgeschichte vergleichend und verflechtungsgeschichtlich angelegt sein.

Einen unwandelbaren Kern hessischer Identität kann unsere Tagung nicht bestimmen, und auch noch so intensive Anstrengungen der Geschichtswissenschaft oder anderer Fächer werden dazu weder in der Lage sein, noch in einer solchen Fragestellung ein lohnendes Unternehmen erkennen. Aber das entwertet die Frage nach Identität und Landesbewusstsein nicht. Im Gegenteil: Angesichts unserer globalisierten Welt, angesichts sich weiter intensivierender Dynamiken der Globalisierung mit all ihren Möglichkeiten und Chancen, aber auch mit all ihren Unsicher-

heitspotenzialen und ihren Verunsicherungen, stellt sich die Frage nach raumbezogenen Identitäten gerade auf regionaler Ebene – und das ist die Ebene der Bundesländer – stärker als je zuvor.

Sie stellt sich als Frage nach den Funktionen solcher Identitäten. Immer wieder geht es dabei, ganz allgemein gesprochen, um Stabilisierung, immer wieder geht es um Entlastung, es geht um Kompensation, und es geht um Integration. Sie stellt sich als Frage nach den – sich verändernden – inhaltlichen Bezügen von Identität beziehungsweise besser: von Identitäten, aber auch als Frage nach den Mechanismen von Identitätsbildung. Und das schließt auch, ich habe es bisher nicht angesprochen, es ist aber zentral, das schließt auch den Zusammenhang von Identitätsbildung und Abgrenzung ein. Identität und Alterität gehören zusammen. Die Rede vom „Wir“, von der Zusammengehörigkeit oder von „dem, was uns verbindet“, impliziert stets das „Ihr“ und das Andere. Identität ist auch ein Begriff, ist eine Vorstellung mit ausgrenzendem, womöglich sogar menschenfeindlichem Potenzial. Daran erinnert uns nicht nur die sog. „Identitäre Bewegung“ mit ihrer Vorstellung einer antiliberalen und antipluralen Einheitskultur, die in der letzten Zeit stärker in unsere Wahrnehmung gerückt ist.

Vielleicht müssen wir uns am Ende politisch vom Begriff der Identität verabschieden, weil dieser Begriff der Idee einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft widerspricht, insbesondere, wenn er auf eine einzige Identität hinausläuft und damit auf Homogenität. Das wäre gewissermaßen die tendenziell totalitäre Form des Identitätsbegriffs und von Identitätspolitik. Dem gegenüber stehen freilich die Idee und die Anerkennung multipler Identitäten – „multiple identities“ –, aus deren Existenz sich das Feld demokratischer Identitätspolitik – auch auf Landesebene – entwickelt.

Genau diesem Feld wird sich unsere Tagung zuwenden. Sie setzt ein mit der Frage nach identitätsbildenden beziehungsweise identitätspolitischen Akteuren und Institutionen, setzt sich fort mit einem Blick auf das in unserem Kontext unstrittig wichtige Gebiet von Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung und widmet sich schließlich dem Bereich der politischen Kultur, wo nicht zuletzt Entwicklungen von Parlaments- und Wahlkampfkultur, Kulturen der politischen Auseinandersetzung also, mit der Frage nach Landesbewusstsein und Identität, auch nach Besonderheit, verknüpft werden sollen.

Wir haben dieser Tagung, vor allem den drei gerade genannten Sektionen, eine spezifische Struktur gegeben, in der sich ein jenseits der Thematik angesiedeltes Interesse widerspiegelt, das auch mit unserer Vorstellung von Landesgeschichte und Landeszeitgeschichte zu tun hat. Wir gehen zwar von Hessen aus, und Hessen steht so gesehen im Mittelpunkt. Aber es ist uns doch auch darum zu tun, zum einen die hessische Landesgeschichte, also die Geschichte des Bundeslandes Hessen, stärker auf andere „Landesgeschichten“ zu beziehen: zunächst in vergleichender, aber in Ansätzen doch auch in einer verflechtungsgeschichtlichen Perspektive. Das lässt Besonderheiten genauso in den Blick treten wie Gemeinsamkeiten und Verbindendes.

Zum anderen wollen wir unsere landeshistorischen und Hessen-historischen Überlegungen und Befunde auch in einen weiteren nationalen, zum Teil auch europäischen Kontext stellen, auch hier in vergleichender Absicht, darüber hinaus jedoch geleitet von der Frage nach den Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen. Wir denken, dass eine Landesgeschichte in diesem Sinne gut dem föderalen Charakter der Bundesrepublik gerecht werden und Erkenntnisse zutage fördern kann, die in rein nationaler, sozusagen gesamtstaatlicher Perspektive nicht zu gewinnen sind. Für ihre Bereitschaft, sich auf diese Konzeption einzulassen, danke ich den Kollegen Christoph Nonn aus Düsseldorf, Bernhard Löffler aus Regensburg und Thomas Mergel aus Berlin.

So erhoffen wir uns von dieser Tagung Impulse für die allgemeine Zeitgeschichtsforschung, die sich mitunter des landeshistorischen und nicht zuletzt bundeslandhistorischen Potenzials zu wenig bewusst ist. Zugleich jedoch verstehen wir unsere Tagung als Fortsetzung des wichtigen Dialogs zwischen Geschichtswissenschaft und Politik, Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Dafür steht die Tatsache, dass diese Tagung als öffentliche Veranstaltung im Hessischen Landtag stattfinden kann, dem Zentrum politischer Öffentlichkeit in Hessen. Es ist gut, dass in der Veranstaltungsreihe anlässlich des 70. Jahrestags der Hessischen Verfassung auch diese Tagung ihren Platz gefunden hat und dass sie genau hier stattfinden kann.

IDENTITÄTSBILDENDE AKTEURE UND INSTITUTIONEN AUF LANDESEBENE

Einleitung: Prof. Dr. Christoph Cornelißen



*Sehr geehrte Damen und Herren,
ich darf Sie von dieser Warte aus ebenfalls begrüßen. Herr Conze hat die wesentlichen Dinge für den weiteren Verlauf bereits genannt. Ich darf vielleicht wiederholen: Wir werden so verfahren, dass wir direkt im Anschluss zwei Vorträge hören werden, zum einen von Christoph Nonn aus Düsseldorf und anschließend von Dirk van Laak, ehemals Gießen, wie schon mehrfach gesagt wurde, mittlerweile Leipzig. Der Titel dieser ersten Sektion lautet „Identitätsbildende Akteure und Institutionen auf Landesebene“. Sie können das dem Programm entnehmen. Sie haben vielleicht gemerkt, dass das im Grunde schon heute Morgen begonnen hat. Wir durften bereits mehrere identitätsbildende Akteure und Versuche der Identitätsbildung vernehmen, auch einige Dekonstruktionen, einige kritische Bemerkungen. Insofern haben wir jetzt einen fließenden Übergang in diese erste Sektion der beiden Kollegen, die ich kurz vorstellen möchte.*

PROF. DR. CHRISTOPH NONN



Prof. Dr. Christoph Nonn von der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf hat einen Lehrstuhl für neueste Geschichte, was für den aktuellen Zusammenhang besonders wichtig ist. Er vertritt die Zeitgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Er ist für uns einschlägig, nicht zuletzt wegen der landeshistorischen Kompetenzen. Christoph Nonn hat ein breites Oeuvre vorgelegt. Sie werden ihn vielleicht kennen, weil er vor einigen Monaten eine Bismarck-Biografie veröffentlicht hat. Er hat ursprünglich mit einer Arbeit über den Ruhrbergbau und die Krise des Ruhrbergbaus in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts begonnen. Er ist zuletzt unter anderem durch eine Biografie des umstrittenen Historikers Theodor Schieder hervorgetreten und hat eine Vielzahl weiterer Bücher unter anderem zur Geschichte Nordrhein-Westfalens vorgelegt (**Vorstellung durch Prof. Dr. Christoph Cornelißen**).

LANDESBEWUSSTSEIN UND IDENTITÄTSPOLITIK

Sehr geehrte Damen und Herren,

dass es in Deutschland Bundesländer gibt, hat historische Ursachen. Die Länder gehen zurück auf die souveränen Einzelstaaten, die im frühen 19. Jahrhundert den Deutschen Bund bildeten. Aus diesem Staatenbund wurde bekanntlich im Lauf des Jahrhunderts ein Bundesstaat, das Deutsche Reich, und später dann die Bundesrepublik Deutschland.

Diese historischen Wurzeln der Länder erklären die Existenz von Landesbewusstsein mit. Allerdings tun sie das nur zum Teil. Und sie erklären auch nicht, warum dieses Landesbewusstsein politisch gepflegt wird, warum also Identitätspolitik getrieben wird. Denn Identitätspolitik der Länder mag sich auf die Vergangenheit beziehen oder auch nicht: Sie ist dennoch immer auf die Gegenwart und die Zukunft ausgerichtet. Sie kann oder sollte jedenfalls nicht Selbstzweck sein. Identitätspolitik muss vielmehr der Funktion der Länder im politischen System der Bundesrepublik Deutschland dienen. Sie muss also von Nutzen sein für die Funktionen, die die Länder für die Gewaltenteilung haben und für die Belebung von demokratischer Mitwirkung auf möglichst vielen Ebenen.

Wie viel Landesbewusstsein braucht es zur Erfüllung dieser Aufgaben? Wie viel Identität, wie viel Wir-Gefühl sollen die Bewohner eines Bundeslandes haben? Landesidentität wird oft eine hohe Bedeutung zugemessen. Das hat nicht zuletzt mit den Interessen derjenigen zu tun, die sich mit Länderangelegenheiten beschäftigen: Landesmedienanstalten, Landeszentralen für politische Bildung, Landeshistoriker, Landtage natürlich und Landesregierungen und deren Verwaltungen, vor allem die für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen. Sieht man genauer hin, dann zeigt sich allerdings: Den Bemühungen dieser identitätsbildenden Akteure und Institutionen sind auf Landesebene enge Grenzen gesetzt. Denn Landesbewusstsein ist schwerer herzustellen, als es scheint; Identitätskampagnen sind oft weniger erfolgreich als behauptet.

Ich möchte das zunächst an einem Beispiel aus Nordrhein-Westfalen illustrieren. 1984 startete die Düsseldorfer Landesregierung eine große identitätspolitische Offensive. Unter dem Slogan „Wir in NRW“ versuchte sie, durch eine Imagekampagne das Landesbewusstsein in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Denn ein nordrhein-westfälisches Bewusstsein war zu

diesem Zeitpunkt nach allgemeiner Ansicht unter den Bewohnern dieses bevölkerungsreichsten Bundeslandes kaum verbreitet.

Die zentralen Inhalte der Kampagne hat der damalige Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Johannes Rau, in einer Regierungserklärung 1985 treffend zusammengefasst: „Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Wir sind fast 17 Millionen Menschen. Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gerne hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat.“

Diese Aussage enthält zentrale Elemente von Kampagnen, die Identitätsbildung auf Landesebene zum Ziel haben: eine positive Darstellung des jeweiligen Bundeslandes; seine Identifikation als „Heimat“; die Beschwörung von Gemeinsamkeiten bei gleichzeitigem Bekenntnis zum Pluralismus; vielleicht auch eine gewisse Belieblichkeit in den Aussagen.

Allerdings wurde der Slogan „Wir in NRW“ während der Kommunalwahlen 1984 und der Landtagswahlen 1985 in ganz und gar nicht beliebige Kontexte gestellt. Die Regierungspartei SPD warb vielmehr im Wahlkampf mit der Parole „Wir in NRW und unser Ministerpräsident“. Der Sozialdemokrat Johannes Rau wurde zum überparteilichen „Landesvater“ stilliert. Kritische Beobachter vermerkten, die Kampagne diene vor allem der Identifikation von Land und Regierungspartei. Dass ein Bemühen um Landesbewusstsein mit parteipolitischen Zielen einherging, war jedenfalls nicht zu übersehen.

In diesem Sinn wurde die „Wir in NRW“-Kampagne auch geschichtspolitisch flankiert. 1984 erschien ein Buch zur „Geschichte des Volkes in NRW“, dessen Titel nicht nur ein Zitat des sozialdemokratischen Urvaters Ferdinand Lassalle abwandelte.¹⁶ Unter den Herausgebern war neben Historikern, die der Regierungspartei nahestanden, auch der Wahlkampfmanager von Johannes Rau. Die „Geschichte des Volkes in NRW“ wurde in der Publikation weitgehend auf die der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet reduziert – also auf die traditionelle sozialdemokratische Wählerklientel. Bis 1988 erlebte das im SPD-Parteiverlag erschienene Buch drei Auflagen. Der größte Teil der 45.000 gedruckten Exemplare wurde von der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung abgesetzt.

¹⁶ Lutz Niethammer/Bodo Hombach/Tilman Fichter/Ulrich Borsdorf (Hg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“: Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Berlin/Bonn 1984 u. ö.

Auch der „Landessender“ WDR und Teile der Presse unterstützten die „Wir in NRW“-Kampagne.

Die Kampagne gilt heute weithin als Paradebeispiel für erfolgreiche Identitätspolitik eines Bundeslandes. Als die amtierende nordrhein-westfälische Landesregierung ihr Internetportal 2015 „Wir in NRW“ taufte, nahm sie ausdrücklich Bezug auf den Erfolg dieses Slogans in den 1980er-Jahren. In historischen Darstellungen kann man lesen, durch den Slogan sei „erstmal ... so etwas wie ein nordrhein-westfälischer Landespatriotismus“ geweckt worden.¹⁷ Über Parteigrenzen hinweg wurde der „Wir in NRW“-Kampagne darüber hinaus bescheinigt, in ihr habe ein „wesentlicher Schlüssel für den langfristigen Erfolg der SPD unter Johannes Rau“ in Nordrhein-Westfalen gelegen.¹⁸ Als Beleg dafür wird oft angeführt, dass die Sozialdemokraten die Landtagswahlen von 1985 schließlich mit absoluter Mehrheit gewonnen haben.

Allerdings könnte das ein vorschneller Kurzschluss sein. Denn „Wir in NRW“ verwendete die SPD als Slogan bereits bei dem Kommunalwahlkampf 1984. Und bei diesem schnitt sie deutlich schlechter ab.¹⁹ Der große sozialdemokratische Erfolg bei den Landtagswahlen von 1985 kann von daher durchaus auf andere Faktoren zurückgeführt werden: auf eine geschickte Abgrenzung vom wirtschaftsliberalen Kurs der damals im Bund regierenden Koalition aus CDU/CSU und FDP; auf das wenig ausgeprägte organisatorische und personelle Profil der CDU-Opposition im Land und in Verbindung damit auch auf Amtsbonus und persönliches Prestige des SPD-Spitzenkandidaten Rau.²⁰

Jedenfalls wird der Erfolg der „Wir in NRW“-Kampagne wohl deutlich überschätzt. Das legen zumindest demoskopische Daten nahe. Ende der

¹⁷ Dieter Düding, Volkspartei im Landtag: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966–1990, Bonn 1998, S. 167. Ganz ähnlich aus politikwissenschaftlicher Sicht Ulrich von Alemann/Patrick Brandenburg, Nordrhein-Westfalen: Ein Land entdeckt sich neu, Köln 2000, S. 69; Eike Hebecker, „Wir in Nordrhein-Westfalen“ – Die NRW-Kampagne als alternatives Konzept politischer Steuerung, in: Sigrid Baringhorst (Hg.), Macht der Zeichen – Zeichen der Macht, Frankfurt 1995, S. 45–70.

¹⁸ Guido Hitze, Geburtsstunde einer politischen Identifikationskampagne: „Wir in Nordrhein-Westfalen“ und der Landtagswahlkampf 1985, in: Geschichte im Westen 20 (2005), S. 122. Düding und Alemann stehen der SPD nahe, Hitze der CDU.

¹⁹ Während die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr 52,1 % der abgegebenen Stimmen gewann, vereinigte sie bei den Kommunalwahlen 1984 nur 42,5 % der Stimmen auf sich.

²⁰ Thomas Bauer, Die Wahlberichterstattung und die politische Werbung anlässlich der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1985, Diss. Köln 1989; Guido Hitze, Anatomie eines Niedergangs: Eine Untersuchung über die nordrhein-westfälische CDU in den Jahren 1980–1995, in: Geschichte im Westen 17 (2002), S. 202–235.


 Mit dem Begriff „Heimat“ verbanden
 die Bewohner Nordrhein-Westfalens

 nach wie vor in erster Linie lokale
 und in zweiter Linie nationale Identitäten.

1970er-Jahre, also vor der Kampagne, fragte das Meinungsforschungsinstitut EMNID in einer repräsentativen Umfrage nach Assoziationen mit dem Begriff „Heimat“. Nicht alle Befragten in Nordrhein-Westfalen verbanden mit diesem Begriff einen geografischen Raum. Von denen, die das taten, assoziierten aber die meisten „Heimat“ mit ihrem Geburtsort. Eine kleinere Gruppe verstand darunter die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise die Nation oder das „Vaterland“. Eine noch kleinere Gruppe assoziierte mit dem Begriff „Heimat“ ihren Wohnort. Noch weniger, insgesamt gerade einmal fünf Prozent der Befragten, verbanden „Heimat“ mit regionalen Identitäten. Darunter zählte freilich nicht allein Landesbewusstsein, sondern ebenso rheinische oder westfälische Identität oder auch die Identifikation mit dem Ruhrgebiet, dem Siegerland oder der Eifel.²¹

1988, also vier Jahre nach dem Beginn der „Wir in NRW“-Kampagne, wurde die Befragung wiederholt. Wenn diese Kampagne Landesbewusstsein in Nordrhein-Westfalen begründet oder zumindest wesentlich verstärkt hätte, könnte man erwarten, dass sich das in den Umfragewerten niederschlagen würde. Aber das ist nicht der Fall. Das Resultat war 1988 weitgehend das gleiche wie vor der Kampagne.²² Eine signifikante Zunahme von Landesbewusstsein lässt sich daraus nicht ablesen. Mit dem Begriff „Heimat“ verbanden die Bewohner Nordrhein-Westfalens nach wie vor in erster Linie lokale und in zweiter Linie nationale Identitäten.

Das war in anderen Bundesländern übrigens nicht anders. Die EMNID-Umfragen von 1979 und 1988 erbrachten in Hessen, in Baden-Württemberg, sogar in Bayern ähnliche Ergebnisse. Regional- und Landesbewusstsein blieben auch hier hinter lokalen und nationalen Identitäten deutlich zurück. Daran hat sich auch in der Folgezeit kaum etwas verändert. Mittlerweile geben Demoskopien, wenn sie nach Assoziationen mit

²¹ EMNID-Informationen Nr. 9/1979, A 34.

²² EMNID-Informationen Nr. 10/1988, A 28.

dem Begriff „Heimat“ fragen, Bundesländer und Regionen oft gar nicht mehr als Antwortmöglichkeiten vor, weil diese ganz offensichtlich keine primären Identifikationsobjekte sind.²³

Landesbewusstsein ist also im Vergleich mit lokalen und nationalen Identitäten nur sehr schwach ausgeprägt. Woran liegt das? Lokale Identität erwächst aus der Vertrautheit mit Orten und Menschen, die man persönlich kennt. Bei nationaler Identität ist das offensichtlich nicht so. Niemand könnte jemals persönlich die 80 Millionen Bürger der Bundesrepublik kennenlernen. Ein Menschenleben wäre wohl auch zu kurz, um jemals alle Orte in Deutschland zu bereisen. Nationale Identität beruht eher auf Sprache. Und sie beruht auf der Konstruktion einer gemeinsamen nationalen Geschichte. Ich sage absichtlich Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte. Denn dass die Gemeinsamkeit von 80 Millionen Deutschen als bedeutender empfunden wird als die von 17 Millionen Nordrhein-Westfalen oder 6 Millionen Hessen, ist ja keineswegs selbstverständlich. So sehr Identität an gegebenen Dingen wie Sprache oder politischen Institutionen andocken kann, ist sie doch auch immer konstruiert, wird imaginiert.

Weil das so ist, könnte aber eigentlich die Geschichte eines Bundeslandes ebenso viel Gemeinschaftsgefühl vermitteln wie die deutsche Nationalgeschichte. Im 19. Jahrhundert waren Staaten wie Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen tatsächlich auf dem Weg dorthin. Obwohl sie anders als Österreich diesen Weg dann nicht bis zu Ende gegangen sind, behielten sie doch auch als Teil des deutschen Nationalstaats lange Zeit eine eigene Identität.

Allerdings ist die Gründung dieses Nationalstaats mittlerweile fast anderthalb Jahrhunderte her. Die Bundesrepublik Deutschland feiert bald ihren 70. Geburtstag. Nationale Geschichtskonstruktionen haben in dieser langen Zeit die historische Traditionspflege der alten Teilstaaten zunehmend überschrieben. Wachsende wirtschaftliche Verbindungen in einer hochgradig arbeitsteilig organisierten Industriegesellschaft haben regionale Traditionskreise unterminiert.

Sprachliche Besonderheiten, die Landesidentitäten begründen könnten und das früher auch stark getan haben, sind ebenfalls vielfach eingeeb-

²³ Vgl. etwa <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222338/umfrage/bedeutung-des-begriffs-heimat-in-deutschland/> (15.11.2016).



net worden. Baden-Württemberger mögen davon überzeugt sein, alles zu können außer Hochdeutsch. Aber auch im Südwesten sind Dialekte zurückgedrängt worden – durch Verstädterung, Migrationsprozesse, hohe räumliche Mobilität und ein Ansteigen des Bildungsniveaus. Die Verbreitung nationaler Hochsprache ist dagegen durch diese Prozesse befördert worden. Und selbst wenn das nicht so wäre, würden sich die innerhalb der Bundesrepublik gezogenen Ländergrenzen von vornherein selten dazu eignen, Landesbewusstsein auf sprachliche Homogenität zu gründen. Badisch ist etwas anderes als Württembergisch, der rheinische Dialekt unterscheidet sich beträchtlich vom westfälischen, im flächenmäßig größten Bundesland Bayern wird im Norden Fränkisch, im Westen Schwäbisch gesprochen. Oder Dialektgebiete überschreiten Ländergrenzen, wie im Fall des Rheinischen und des Hessischen, die beide auch in Teilen von Rheinland-Pfalz gesprochen werden.

Als Kristallisationskerne von Landesbewusstsein dienen könnten zwar topografische Besonderheiten. Das war im „meerumschlungenen“ Schleswig-Holstein schon Mitte des 19. Jahrhunderts der Fall, als die beiden Landesteile noch zwei staatsrechtlich voneinander getrennte Herzogtümer waren. Allerdings gilt das sonst allenfalls für Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und das Saarland. Mit Ausnahme nur der Stadtstaaten überlagern selbst in diesen Fällen die Differenzen zwischen Stadt und Land solche topografischen Gemeinsamkeiten. In den anderen Bundesländern ist die Landschaft zu reich an Kontrasten, um darauf Identitätskonstruktionen aufzubauen. Der Wechsel von weiten Flusstälern und Mittelgebirgen, gelegentlich angereichert durch Seenplatten und Hochplateaus, prägt die meisten deutschen Länder. Deutschland ist

schlicht zu klein, als dass sich südlich der Küstenebenen spezifische Formen von Landesbewusstsein entwickeln ließen, die von topografischen Besonderheiten ausgehen.

Im größten Teil Deutschlands sind es neben Sprache und Geschichte, deren Bindungskraft freilich mehr und mehr nachlässt, deshalb vor allem politische Institutionen gewesen, die Kristallisationskerne von Landesidentität darstellten. In Sachsen, Hessen, Württemberg, Baden, Bayern, bis 1866 auch in Niedersachsen, waren das vor der Revolution von 1918 besonders die Herrscherdynastien. Die Wittelsbacher, die Wettiner, die Welfen oder auch das großherzogliche Haus Hessen feierten durch Feste und Jubiläen, durch Denkmäler, Ordensverleihungen und Hofgeschichtsschreibung nicht nur Familientraditionen. Sie versuchten damit auch eine Identität von Land und Bevölkerung herzustellen, die Loyalität ihrer Untertanen zu gewinnen und so ihre Herrschaft auf eine solidere Grundlage zu stellen.²⁴

Der Begriff des „Landesvaters“ stammt aus dieser Zeit. Gemeint war damit ein Fürst, der sich väterlich um seine Untertanen kümmerte. Mit dem Übergang vom Gottesgnadentum zur konstitutionellen Herrschaft, die durch Verfassungen begrenzt wurde, gewann die Selbstdarstellung der Herrschenden als fürsorgliche „Landesväter“ noch weiter an Bedeutung. Denn nun mussten die Fürsten sich die Macht zunehmend mit Volksvertretungen, den Parlamenten, teilen. Gelegentlich wurden parlamentarische Mitbestimmungsorgane auch selbst zu Kristallisationskernen von Landesbewusstsein. Das geschah vor allem in größeren Staaten wie Preußen, wo es starke partikularistische Strömungen einzelner Landesteile und Provinzen gab – so etwa im Rheinland und in Westfalen, wo die jeweiligen Provinziallandtage diese Rolle ausfüllten. In manchen der 1866 von Preußen annektierten Gebiete, vor allem in Niedersachsen, entstanden Parteien, die gleichermaßen Ausdruck wie institutioneller Kern von regionaler Identität wurden.

Als die fürstliche Herrschaft 1918 beseitigt wurde, blieben die Parlamente und die Parteien. Und auch die „Landesväter“ gab es weiterhin. Nur gründeten sie ihre Macht jetzt nicht mehr auf göttlichen Auftrag und dynastische Tradition, sondern auf Parteien und Wahlen. In Nordrhein-Westfalen wurden etwa Franz Meyers und Johannes Rau von anderen wie

²⁴ Abigail Green, *Fatherlands: State-building and Nationhood in 19th-century Germany*, Oxford 2001.

Die Herstellung von Landesbewusstsein

» wird daher in der Regel an die für
 Öffentlichkeitsarbeit zuständigen «
 Abteilungen in den Staatskanzleien delegiert.

von sich selbst als „Landesvater“ bezeichnet, in Hessen Georg-August Zinn, in Bayern Franz Josef Strauß. Mittlerweile hat Baden-Württemberg einen grünen „Landesvater“²⁵ und Rheinland-Pfalz sogar eine „Landesmutter“.²⁶ Solche Persönlichkeiten führten die Bemühungen der früheren Fürsten fort, Landesidentität herzustellen. Oft geschah und geschieht das durch ganz ähnliche Mittel: durch die Veranstaltung von Landesfesten, die Verleihung von Landesorden, das Feiern von Landesjubiläen und durch Geschichtspolitik, wozu auch die Förderung von Landesgeschichtsschreibung zählt.²⁷

Der Erfolg dieser Bemühungen musste freilich mehr beschworen und herbeigebetet werden, als dass er sich wirklich messbar einstellte. „Landesmütter“ und „Landesväter“ haben wenig Zeit. Meist hat die Förderung von Landesbewusstsein bei ihren „Landeskindern“ für sie nicht oberste Priorität. Das kann sich zwar zu Wahlzeiten ändern, in denen aus dem Amtsbonus politisches Kapital geschlagen werden kann, wenn das über Sachthemen nicht möglich ist. Selbst Johannes Rau ließ sich jedoch 1985 nur widerwillig für die Kampagne seines Wahlkampfmanagers einspannen, die den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten mit seiner Familie auf Plakaten als „Landesvater“ porträtierte.²⁸

Die Herstellung von Landesbewusstsein wird daher in der Regel an die für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Abteilungen in den Staatskanzleien delegiert. Die beißen sich dann an dieser nie einfachen und im Lauf der

²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.3.2016; <https://www.gruene-bw.de/wahlen/kandidat-winfried-kretschmann-landtagswahlkreis-nuertingen/> (15.11.2016).

²⁶ Rhein-Zeitung 28.9.2012; Frankfurter Allgemeine Zeitung 2. und 14.3.2016.

²⁷ Dazu etwa Thomas Mergel, Staatlichkeit und Landesbewußtsein: Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.), Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973 (Bayern im Bund 3), München 2004, S. 281–348; Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in Bayern: Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewußtsein nach 1945, ebd., S. 349–410; Christoph Cornelißen, Der lange Weg zur historischen Identität: Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946, ebd., S. 411–484.

²⁸ Hiltz, Geburtsstunde, S. 109 f.

Jahrzehnte eher noch schwieriger gewordenen Aufgabe die Zähne aus. Um ihre Tätigkeit dennoch legitimieren zu können, führen manche von ihnen gelegentlich sorgfältig vorbereitete empirische Studien durch. Die Formulierung der Fragen in diesen Studien schränkt meist die Möglichkeit der Antworten bereits so ein, dass das Ergebnis von vornherein feststeht. Auf diese Weise lässt sich durchaus eine gewisse Identifikation der Bevölkerung mit dem Bundesland belegen. Ein Vergleich mit dem Ausmaß von nationalen und lokalen Identitäten, der die Resultate beträchtlich relativieren würde, findet freilich nicht statt. Zudem handelt es sich um Momentaufnahmen: Mit früheren Erhebungen wird nicht verglichen. Doch das fällt im kurzlebigen politischen Geschäft, das sich im Vierjahresrhythmus der Wahlperioden vollzieht, offenbar nicht auf. Letzten Endes geht es ja auch nicht um wissenschaftlich verwertbare Ergebnisse, sondern darum, die eigene Tätigkeit als erfolgreich darzustellen.

Landeszentralen für politische Bildung haben einen längeren Atem. Bei ihren Mitarbeitern handelt es sich zudem um Akteure, die sich mehr als „Landesväter“, „Landesmütter“ und Staatskanzleien auf die Verbreitung von Landesbewusstsein konzentrieren könnten. Die Frage ist allerdings zunächst, ob sie das tatsächlich tun wollen und sollen. Politische Bildung umfasst ja mehr als nur die Herstellung von Landesidentität. Das historisch-politische Bildungsangebot der Landeszentralen umfasst weit mehr als nur landesspezifische Themen. Und wenn es um diese geht, steht im Mittelpunkt nicht notwendigerweise die Konstruktion der Einzigartigkeit von Landessprache und Landesgeschichte, ein Hohelied auf die Schönheit der Topografie des jeweiligen Bundeslandes oder die Vorbildlichkeit seiner politischen Verfassung.

Zudem sind die Möglichkeiten der Landeszentralen, Landesbewusstsein zu verbreiten, begrenzt. Eine noch so gute finanzielle Ausstattung ändert nichts daran, dass sie nur diejenigen Teile der Bevölkerung erreichen, die sich für ihre Tätigkeit interessieren. Die Mitarbeiter der Landeszentralen können Veranstaltungen anbieten und Publikationen verteilen. Doch wenn die Publikationen nicht gelesen werden und die Veranstaltungen nicht besucht, dann lässt sich auf diesem Weg Landesbewusstsein nicht schaffen. Letzten Endes entscheiden die Bürger, welche Bildungsangebote sie wahrnehmen und welche Identitätskonstruktionen sie annehmen. Unter den Bürgern ist aber das Interesse für National- und Ortsgeschichte, nationale und lokale Politik nun einmal ausgeprägter als das für die Bundesländer, wie jeder Leiter öffentlicher Bildungseinrichtungen bestätigen kann.

*In den meisten anderen Bundesländern
glänzt Landesgeschichte in den
Lehrplänen erst recht eher durch
Abwesenheit.*

Die Interessenlage der Bürger begrenzt auch die Möglichkeiten von Geschichtsschreibung. Deren Einfluss wird ohnehin überschätzt. Er wird nicht nur überschätzt von der Öffentlichkeit. Er wird ebenso überschätzt von vielen Historikern selbst. Das dürfte, wie im Fall der Staatskanzleien, etwas mit dem Drang nach Legitimation der eigenen Arbeit zu tun haben. Landesgeschichtsschreibung kann aber nur sehr begrenzt Landesbewusstsein herstellen. Das gilt sogar für die in den 1980er-Jahren herausgegebene „Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW“, mit der die „Wir in NRW“-Kampagne der Regierung Rau geschichtspolitisch flankiert wurde. Das Buch erreichte zwar in drei Auflagen die für historische Publikationen ausgesprochen hohe Auflage von 45.000 Stück. Damit wäre es ein Bestseller gewesen – wenn nicht die Landeszentrale für politische Bildung tatsächlich den größten Teil der Auflage verteilt hätte. Aber selbst wenn man annimmt, das Buch sei von allen seinen Besitzern in Nordrhein-Westfalen auch wirklich gelesen worden: 45.000 kommt angesichts der Vergleichszahl von 17 Millionen Einwohnern des Bundeslands dem sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein gleich. Außerdem galt hier wie in anderen Fällen: Landeshistoriker erreichen nur diejenigen, die ihre Texte lesen und ihre Vorträge hören wollen. Wer als Historiker Landesbewusstsein verbreiten möchte, der predigt also in der Regel nur den bereits Bekehrten.

Ein Medium der Vermittlung von Landesidentität gibt es allerdings, bei dem das anders ist: den Schulunterricht. Auch wenn es lange Zeit die Armee war, die als „Schule der Nation“ galt: Nationalsprache, nationale Mythen, Konstruktionen von Nationalgeschichte ließen sich im Klassenraum wesentlich besser vermitteln als auf dem Kasernenhof. Wenn das mit Nationalbewusstsein möglich war, dann könnte Schulunterricht auch zur effektiven Verbreitung von Landesbewusstsein instrumentalisiert werden.

Allerdings haben die Bundesländer von dieser Möglichkeit relativ wenig Gebrauch gemacht. Und das, obwohl Bildung ja Ländersache ist. Selbst

in Bayern, wo Landesgeschichte in den Lehrplänen für Geschichte zumindest vorkommt, geschieht das nicht an prominenter Stelle. Der dafür eingeräumte Platz ist eng begrenzt. In den meisten anderen Bundesländern glänzt Landesgeschichte in den Lehrplänen erst recht eher durch Abwesenheit.

Die Frage ist: Sollte das anders werden? Oder gibt es für die Zurückhaltung der Länder in dieser Hinsicht vielleicht auch gute Gründe? Landesbewusstsein ist schwierig herzustellen. Die meisten deutschen Bundesländer sind Retortenbabys. Bei ihrer Geburt standen nach dem Zweiten Weltkrieg die Sieger des Krieges Pate. Die Besatzungsmächte zogen Ländergrenzen damals nach ganz pragmatischen Erwägungen. Historische Traditionen, sprachliche oder topografische Besonderheiten spielten allenfalls eine untergeordnete Rolle. Seitdem haben die provisorischen Ländergründungen sich als ausgesprochen langlebig erwiesen. Allen Reformideen zur Neugliederung des Bundesgebiets haben sie getrotzt. Die Macht der Gewohnheit und die Eigeninteressen von Verwaltungen haben aus den Provisorien etablierte, um nicht zu sagen altehrwürdige Institutionen gemacht. Für das Funktionieren der Gewaltenteilung und die politische Mitbestimmung der Bürger in Deutschland erfüllen sie wichtige Funktionen. So wichtig diese Funktionen allerdings auch sind: Besonders sexy machen sie die Bundesländer offenbar nicht. Zur Heimat sind sie kaum geworden, identitätsstiftend sind sie nur wenig.

Ist das schlimm? Wir-Gefühle, kollektive Identitäten, sind für den Zusammenhalt einer Gruppe, einer Gesellschaft von elementarer Bedeutung. Eine Gruppe lässt sich allerdings nur durch Abgrenzung bilden. Ein Wir-Gefühl kann nur da entstehen, wo es andere gibt, die ausgegrenzt werden, die nicht dazugehören. Andere, von denen man sich absetzt, die man ablehnt. So gingen die Bemühungen zur Herstellung einer nordrhein-westfälischen Landesidentität oft einher mit einer Abgrenzung von der Bundespolitik. Auch andere Bundesländer, vor allem Bayern, wurden zur Negativfolie für die eigene Identitätskonstruktion erklärt. Solange sich solche Konstruktionen auf den folkloristischen Bereich oder Büttensreden beschränken, kann man das locker und mit Humor sehen. Aber die Abgrenzung des „Wir“ von den „Anderen“ hat während des letzten Jahrhunderts im Bereich nationaler Identitäten auch zu Dingen wie der Konstruktion einer deutsch-französischen Erbfeindschaft geführt. Fatale Konsequenzen für Millionen von Menschen waren die Folge – im wahren Sinne des Wortes. Das sollte man vielleicht nicht aus den Augen verlieren, wenn es um die Herstellung von kollektiven Identitäten geht.

Die Herstellung von Landesbewusstsein

» verbindet nicht nur. Sie kann auch «
spalten. Das muss nicht nur zwischen
Bundesländern gelten.

Die Herstellung von Landesbewusstsein verbindet nicht nur. Sie kann auch spalten. Das muss nicht nur zwischen Bundesländern gelten. Es gilt auch in ihnen, wenn Teile mit dem Ganzen gleichgesetzt werden. In Nordrhein-Westfalen wurden die Traditionen des Landes in der Ära von Johannes Rau geschichtspolitisch vor allem mit einer Region identifiziert: mit dem Ruhrgebiet. Das hat an der Ruhr ein starkes, historisch unterfüttertes Selbstbewusstsein wachsen lassen. In anderen Regionen Nordrhein-Westfalens hat das allerdings irritiert und verstimmt. Das Land als Ganzes ist damit letzten Endes nicht wirklich zusammengewachsen.

Die ausgeprägte Identitätsbildung im Ruhrgebiet hatte zudem lange einen trotzigsten, rückwärtsgewandten Charakter. Entstanden war sie eigentlich mit dem Niedergang der Montanindustrie während der 1960er- und 1970er-Jahre. Ruhrgebiet, das war die Region, wo es einmal Kohle und Stahl gegeben hatte. Diese der Vergangenheit zugewandte Identitätskonstruktion wurde dann in den 1980er-Jahren zum Kern des nordrhein-westfälischen Landesbewusstseins aufgewertet. Ihre Rückwärtsgewandtheit half jedoch kaum, die Probleme der Region und des Landes zu lösen. Die Vorstellung, man könne aus der Vergangenheit für die Vergangenheit leben, hat den beherzten Blick nach vorn, die aktive Gestaltung des wirtschaftlichen Strukturwandels lange Zeit verzögert. Wer zu sehr in der Geschichte lebt, kann auch den Blick für die Gegenwart und ihre Herausforderungen verlieren. Wenn man daraus etwas für Identitätspolitik der Länder lernen möchte, dann vielleicht das: Ein schwächer ausgebildetes Landesbewusstsein muss gar nichts Schlechtes sein, weil es offener ist für Veränderung.

PROF. DR. DIRK VAN LAAK



Prof. Dr. Dirk van Laak von der Universität Leipzig. Er hat dort einen Lehrstuhl zur neuesten Geschichte vom 19. bis in das 21. Jahrhundert übernommen. Das ist eine durchaus umfängliche Aufgabe, der er sich dort stellen wird. Dirk van Laak ist auch ein profunder Autor, z. B. über den Juristen Carl Schmitt, über den er mit mehreren Büchern hervorgetreten ist. Ein weiteres wichtiges Thema von Dirk van Laak sind die Infrastrukturen, die nicht zuletzt aus regionaler und landesgeschichtlicher Perspektive ein besonderes Interesse beanspruchen dürfen. Aber die Perspektiven von Dirk van Laak reichen weit darüber hinaus. Er hat zu den imperialen Infrastrukturen gearbeitet, nicht zuletzt dem, was Europäer in Afrika und anderen Weltgegenden an Infrastrukturen geplant und hinterlassen haben. Ein schöner Titel von ihm lautet „Weiße Elefanten“. Dirk van Laak war und ist der Vorsitzende des Arbeitskreises für Hessische Zeitgeschichte und in dieser Funktion maßgeblich an der Vorbereitung dieser Tagung beteiligt (**Vorstellung durch Prof. Dr. Christoph Cornelißen**).

AKTEURE UND AGENTUREN DER BILDUNG EINER HESSISCHEN LANDESIDENTITÄT

Sehr geehrte Damen und Herren,

Identität – da bin ich mir mit dem Kollegen Christoph Nonn einig – erscheint wie ein „Plastikwort“. Es lässt sehr unterschiedliche Dinge wie etwas naturhaft Gegebenes erscheinen. Auch wird eine Kontinuität behauptet, die sich in Erinnerungssymbolen und kulturellen Hervorbringungen niederschlägt. Die Regalmeter an Literatur über „Identität“ erweisen die Kategorie jedoch als ein relativ junges Phänomen der politischen Sprache. Erst nach 1945 scheinen neue Lebenslagen nach einem neuen Begriff verlangt zu haben, um in einer pluralisierten Gesellschaft überhaupt so etwas wie „Wir-Aussagen“ vornehmen zu können.²⁹

Beim Stichwort „Wir“ fällt auch mir als Erstes die Mitte der 1980er-Jahre durchgeführte Kampagne von Johannes Rau ein. Daneben hieß es aber auch „Wir im Revier“, woraus Sie meine Herkunft schon ungefähr lokalisieren können. Unvergessen ist mir darüber hinaus der Slogan zu einer Fotoausstellung im Essener Ruhrländ-Museum der 1980er-Jahre: „Endlich so wie überall“ – auch solche Ziele kann man als Region also verfolgen, um mit sich identisch zu sein.

Nordrhein-Westfalen gehört wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Sachsen-Anhalt zu den sogenannten Bindestrich-Ländern, die es nach 1945 deutlich schwerer hatten, zu einer Einheit zu finden. Der Kollege Christoph Cornelißen hat das vor vier Jahren in einer Rede im Hessischen Landtag sehr schön analysiert und in den Zusammenhang einer „Geschichtspolitik“ gestellt, die nach 1945 erst von „Machern“, dann von „Konstrukteuren“ und schließlich von „Inszenierern“ getragen war.³⁰

Auch Hessen ist bekanntlich eine historisch eher etwas diffuse Einheit. Trotz des Vorlaufs eines „Volksstaats Hessen“ mussten also nach 1945 Prozesse greifen, die man für andere Ebenen als „nation building“ bezeich-

²⁹ Lutz Niethammer: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek 2000.

³⁰ Christoph Cornelißen: Geschichtspolitik und historische Identitätsbildung in den deutschen Bundesländern nach 1945, Wiesbaden 2012.

net hat, die Konstruktion einer politischen Einheit, die historisch möglichst zwingend und von ihrer Zusammensetzung her möglichst natürlich wirkt. Hierzu in enger Verbindung steht die Entstehung der modernen Geschichtswissenschaft bis hin zur Ur- und Frühgeschichtsforschung, der man bis heute bisweilen einen methodischen Nationalismus anmerkt.

Auch wenn Hessen erst in Kürze über eine eigene Professur für hessische Landesgeschichte verfügen wird, so haben sich doch bereits seit 1945 viele Institutionen und Initiativen etabliert, die an so etwas wie einem hessischen Landesbewusstsein arbeiteten. Wenn ich mit einem besonders erfolgreichen Versuch zur „inneren Landesgründung“ beginne, dem sogenannten Hessestag, dann kann man schon hier die Bandbreite der Problematik erkennen, eine „imaginierte“, also zunächst bloß vorgestellte Gemeinschaft zu etablieren.

Der Titel dieser Tagung zitiert ja die Worte Georg-August Zinns bei seiner Eröffnungsansprache zum ersten Fest aller Hessen im Jahr 1961 („Hesse ist, wer Hesse sein will und sich heute und hier zu uns bekennt“). Zinn rekurrierte auf die schon damals enorme Integrationsleistung des Landes in Bezug auf die Flüchtlinge und die Vertriebenen. Und wie jedes Bundesland nach 1945 hat Hessen seither immer neuen Zuzug aufnehmen und eingliedern müssen.

Es gab also anfangs vor allem zwei Herausforderungen: zum einen die Aufgabe, dem Bundesland Hessen eine Geschichte zu verleihen, die die von den Alliierten künstlich gezogenen Grenzen einigermaßen gründete und Voraussetzungen für ein regionales Eigenbewusstsein schuf. Das wurde in den folgenden Jahren, vor allem mit Unterstützung von Geschichtsvereinen und historischen Kommissionen, mal mit Verweisen auf die Chatten beantwortet, mal mit Verweisen auf die hessische Verfassung von 1946. Dazu werden wir in der folgenden Sektion noch Genaueres hören.

Die andere Herausforderung ergab sich aus dem Umstand, dass Hessen und vor allem seine Bevölkerung sehr fluide Gebilde blieben. Im Bundesland wurde nahezu ununterbrochen zu- und abgewandert: Kriegsheimkehrer kamen, Displaced Persons gingen, Flüchtlinge und Vertriebene kamen, Auswanderer und Arbeitsmigranten wiederum gingen, die sogenannten Gastarbeiter kamen, viele von ihnen gingen auch wieder, andere holten ihre Familien nach und blieben dauerhaft. Später ging es weiter mit Asylbewerbern, Übersiedlern aus der DDR, Spätaussiedlern,



*Hessen hat hierauf in einer meiner
Ansicht nach bemerkenswerten
Weise reagiert und sich sehr früh
als ein Durchgangsland definiert.*



Bürgerkriegsflüchtlingen und so weiter. Von einem statischen Zustand kann also in Bezug auf politische Einheiten heute keine Rede mehr sein, zumal wenn man die Binnenwanderungen wie die vom Land in die Städte hinzurechnet oder andere Gründe, fortgesetzt unterwegs zu sein.

Hessen hat hierauf in einer meiner Ansicht nach bemerkenswerten Weise reagiert und sich sehr früh als ein Durchgangsland definiert. Das betraf nicht nur die Geschichte, die besonders gut erforscht ist für die hessischen Auswanderer, die Söldner in Amerika, den „Import“ von Hugenotten und von Gastarbeitern oder die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen. Es betraf auch die Gegenwart als ein zentral gelegenes Land mit allseits guten Anbindungen vornehmlich verkehrstechnischer Art. Die Rolle des Frankfurter Flughafens und der Rhein-Main-Region als „Schrittmacher des Autobahnzeitalters“ kann dabei gar nicht überschätzt werden.³¹ Schon in den 1950er-60er-Jahren gab es Veröffentlichungen, die diesen Aspekt Hessens als einer „Drehscheibe des Verkehrs“ ausdrücklich hervorhoben.

Später wurde das Motiv unter der Parole „staufreies Hessen“ variiert. Viele werden sich auch noch an die Imagekampagne „An Hessen kommt keiner vorbei“ erinnern, die Spaßvögel dann abwandelten zu: „Hessen, hier müssen Sie durch“. Der Kabarettist Matthias Beltz meinte vor 20 Jahren sogar, Hessen befinde sich von vornherein in einer Sondersituation, es besitze weder einen Zugang zum Meer noch zu den Alpen oder zum Ausland, es sei vielmehr von lauter Deutschen umzingelt. Seit der Völkerwanderung hätten aber nur wenige, die nach Hessen gekommen seien, auch hier bleiben wollen.

Das stimmt natürlich nicht, auch wenn Hessen vielleicht nicht das erste Urlaubsland ist, an das man in Deutschland denken würde. Doch ist der

³¹ Rainer Ruppmann: Schrittmacher des Autobahnzeitalters. Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet, Darmstadt 2011.

Die Ära Zinn hat mit einem berühmt
 gewordenen Schlagwort „Hessen vorn“
 gesehen und damit der besonderen
 Reformfreude des Landes Ausdruck verliehen.

Tourismus oder der „Fremdenverkehr“, wie man lange sagte, sicher ein weiteres starkes Motiv gewesen, so etwas wie eine hessische Identität zu formen. Erfolg hatte das in Bezug auf die vielen hessischen Bäder und Kurorte, in Bezug auf den Kulturtourismus zu den Bad Hersfelder Festspielen, dem Rheingau Musikfestival oder der Kasseler documenta oder zuletzt in Bezug auf historische Orte wie den Frankfurter Römer oder UNESCO-Welterbe-Stätten wie den Limes, die Grube Messel oder das Kloster Lorsch.

Hessen konnte sich profilieren als ein Land in der Spannung zwischen Hightech und ländlicher Gemütlichkeit, zwischen großstädtischer Urbanität und folkloristischer Traditionsverhaftung, auch wenn Matthias Beltz, den ich hier ein letztes Mal zitieren will, das Land eher für ein negatives Pathos lobte. Hier werde die Familie Hesselbach gegen Heinrich Böll aufgeföhren, Georg Büchner gegen Ernst Moritz Arndt und Heinz Schenk gegen Martin Walser.³²

Klar scheint, dass ein vielschichtiges Land wie Hessen eher über seine Polarität eingefangen werden kann als über eindeutige Zuschreibungen. Die fanden sich vor allem im Feld des Politischen, waren aber oft als Gegenentwürfe gedacht. Hierzu zählt das Profil des „sozialdemokratischen Musterlands“ Hessen in Abgrenzung zur konservativen Bundesrepublik unter Adenauer. Die Ära Zinn hat mit einem berühmt gewordenen Schlagwort „Hessen vorn“ gesehen und damit der besonderen Reformfreude des Landes Ausdruck verliehen. Die wiederum äußerte sich in der frühen und in manchem sehr fortschrittlichen Verfassung, in der aktiven Gestaltung durch die sogenannten „Hessenpläne“, in der intensiven Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, im frühen Datenschutz oder in Bildungsreformen. Die starke politische Polarisierung, die all dies begleitete, erstreckte sich dann auch auf gesellschaftliche Kämpfe im Umfeld des Jahres 1968, auf Debatten um ungenutzten Wohnraum, um die Atomkraft oder den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

³² Die Zeit vom 27. Januar 1995.

Solche Spannungen signalisieren zwar Weltoffenheit und demokratische Diskussionsfreude. Sie stehen aber quer zu solchen Interessen, die hessische Identität eher als Voraussetzung eines stabilen Investitionsklimas werten, worum sich seit einigen Jahren etwa die Hessen-Agentur bemüht. Wie beim Tourismus geht es hier eher darum, die spezifischen Stärken einer Region herauszustellen. Das mag dazu beigetragen haben, dass die Handels- und Finanzplätze um Frankfurt sich von hessischer Identität im engeren Sinne längst emanzipiert zu haben scheinen. Ein Stadtbild wie „Mainhattan“ orientiert sich eher an anderen Weltstädten, nicht an seinem Umland.

In Frankfurt wiederum, das nach 1945 eine Zeit lang als Bundeshauptstadt im Gespräch war, entstand eine Institution, die für die hessische Identität sicher Wegweisendes geleistet hat. Helmut Reitze, der langjährige Intendant des Hessischen Rundfunks, schilderte dessen Ausgangslage folgendermaßen: „Hessen war Stückwerk, ein Flickenteppich. Hessen fehlte eine Identität, ein Gemeinschaftsgefühl, es gab nichts typisch ‚Hessisches‘, mit dem man außerhalb der Landesgrenzen das neue Bundesland sofort identifizieren konnte. Für den Hessischen Rundfunk war es seit seiner Gründung eine der zentralen Aufgaben, aus Nordhessen, Südhessen und Nidhessen ‚Hessen‘ zu machen, eine hessische Identität zu entwickeln, die Integration zu fördern.“³³

Seit September 1948 auf Sendung, versuchten das hessische Radio und Fernsehen, dem „künstlichen Gebilde“ als eine Art von Klebstoff zu dienen. Manche Beiträge wurden legendär, neben den Hesselbachs waren dies sicher der „Blaue Bock“, die „Hessischen Geschichten“ mit Günther Strack oder gleich mehrere „Tatort“-Ermittler. Über manche Formate, die vermeintliches „hessentypisches“ Brauchtum feiern, mag man geteilter Meinung sein. Unbestritten aber ist, dass Funk und Fernsehen nach 1945 die weitaus meisten Bürger erreichten. Auch wenn die Stau-Meldungen auf HR-Info den Hörern täglich viele hessische Orte nahebringen, an denen man sich gerade besser nicht aufhalten sollte, so ist der Einfluss der Sendeanstalt auf ein stets aktualisiertes Bewusstsein von Geschichte und Gegenwart des Landes wohl kaum zu überschätzen.

Das muss wohl auch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung zugestehen, die 1954 als „Landeszentrale für Heimatdienst“ gegründet wurde, um „die Entwicklung freiheitlich-demokratischen Bewusstseins

³³ <http://www.babbahesselbach.info/2013/02/grusswort-hr-intendant.html>.



durch politische Bildungsarbeit zu fördern".³⁴ Damit ist sie zusammen mit dem Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg sicher eine der zentralen Instanzen der hessischen Selbstfindung. Beide gehen auf Vorgänger-Einrichtungen in den 1920er-Jahren zurück. Damals experimentierte ein sogenannter Reichskunstwart mit der Symbolik der Weimarer Republik. Doch anstatt etwa eine fortschrittliche Verfassung zu feiern, beschworen viele Parteien seinerzeit lieber so etwas wie eine „Volksgemeinschaft“, ohne zu ahnen, was sie mit diesem Identitätsangebot lostraten.

Das ist heute anders und – wie schon diese Tagung erkennen lässt – deutlich erfolgreicher verlaufen als in der Weimarer Republik. Anders als damals kann man heute von einem sehr lebendigen Geflecht an Einrichtungen und Instanzen sprechen. Sie befassen sich mit hessischer Nationsbildung nicht nur in einer bekräftigenden, sondern auch in einer kritisch-aufklärenden Absicht. Hessen hat eine sehr reichhaltige Archivalandschaft mit drei Staatsarchiven, die sich selbst als „Häuser der hessischen Geschichte“ verstehen, und darüber hinaus zahllosen Lokal- und Spezialarchiven. Hessen nimmt seine Jahrestage und Jubiläen als Anlässe zu einer mehr oder weniger kritischen Rückschau. Dabei hat das Bundesland auch lernen müssen, sich den belastenden Aspekten der Vergangenheit zu stellen. Es unterhält zahlreiche Gedenkstätten und widmet sich insbesondere der Aufgabe, an die Traditionen der deutsch-jüdischen Geschichte anzuknüpfen.

³⁴ Vgl. Klaus Böhme: 50 Jahre politische Bildung in öffentlichem Auftrag: die Hessische Landeszentrale für Politische Bildung 1954 bis 2004, hg. von der Hessische Landeszentrale für Politische Bildung, Wiesbaden 2004

Schon generationell wird daher ein heute
 80-Jähriger unter hessischer Identität
 etwas anderes verstehen als ein heute
 50- oder ein heute 30-Jähriger.

Schon 1965 wurde ein erstes Hessen-Lexikon herausgegeben. Es ist für die Analyse der ersten 20 Jahre Identitätsbildung heute eine sehr aufschlussreiche Quelle. Bücher, selbst so lobenswerte wie die „Handbücher der hessischen Geschichte“ oder die seit 1981 von der Hessischen Staatskanzlei initiierte „Hessen-Bibliothek“, sind heute zwar eine wichtige Ressource, in ihrer Reichweite jedoch immer sehr begrenzt geblieben. Wichtiger erscheinen da schon die Bilder, die der Baedeker, Merian-Hefte oder andere Reiseliteratur von Hessen zeichnen, weil sie auf ein sehr aufnahmefreudiges Publikum abzielen.

Identitätspolitik ist heute weniger denn je als ein Elitenprojekt anzulegen, etwa, um die vermeintlich wichtigsten Entscheidungsträger anzusprechen und sie dann als Multiplikatoren zu nutzen. Das funktioniert heute ebenso wenig wie das Verordnen vermeintlicher „Leitkulturen“ ex cathedra, um Zugezogenen einseitig bleibende Integrationsziele zu setzen.

Identität ist vielmehr etwas, das sich in ständiger Veränderung befindet, sie bekommt Konturen oft erst im Rückblick oder wenn sie gefährdet erscheint. Die Kategorie lebt geradezu davon, diffus zu sein, und sie kann meines Erachtens auch nicht exklusiv auf lokale oder regionale Herkünfte verkürzt werden. Vielmehr ist sie eine Sache des Empfindens von Vertrauen und Vertrautheit, und das lässt sich weder normieren noch dekretieren.

Schon generationell wird daher ein heute 80-Jähriger unter hessischer Identität etwas anderes verstehen als ein heute 50- oder ein heute 30-Jähriger. Wird der eine sich vielleicht an die Zusammenführung der atomisierten hessischen Nachkriegsgesellschaft erinnern, so der andere vermutlich eher an die Wiederentdeckung demokratischer Traditionen in den 1960er-Jahren oder an die Kämpfe der 1970er-Jahre, als auch in Hessen gewachsene Geschichte über Kommunal- und Gebietsreformen in eine effiziente Moderne überführt werden sollte, während zugleich im Hessenpark die letzten Reste der ländlichen Lebensweise zusammengetragen wurden.



Wenn man schon Identität stark an Geschichtliches rückbindet, dann darf man sie selbst nicht als etwas Konstantes und Unveränderliches verstehen. Identität hängt von der Ebene, aber eben auch der Zeit ab, in der man auf sie angesprochen wird. So ist unter dem Schirm der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten ein neues Regionalbewusstsein entstanden. Es hat letztlich auch die Bundesländer wieder aufgewertet – und sei es als Drehscheibe des Verkehrs oder als Geberland im Länderfinanzausgleich.

Ich erlaube mir diese letzte Bemerkung nicht als Neusachse, der gerade in Leipzig erlebt, was Solidarität unter Bundesländern bewirken kann, und der auch erlebt hat, wie Hessen nach 1989 auch der Thüringer Identität wieder auf die Beine geholfen hat. Vielmehr verleitet mich dazu ein nicht ganz Ironie-freier Rest an Identitätsempfinden aus meiner Heimatstadt Oberhausen. Denn die ist momentan die am höchsten verschuldete Kommune der ganzen Republik. Insofern ist man auch anderswo stolz auf Länder wie Hessen, und sei es aus dem Grund, dass es dort vielleicht doch noch „endlich so“ wird, „wie überall“ in Deutschland.

ERINNERUNGSPOLITIK UND GESCHICHTSSCHREIBUNG AUF LANDESEBENE

Einleitung: Prof. Dr. Dirk van Laak



*Sehr geehrte Damen und Herren,
wir fahren in unserer Tagung mit der zweiten Sektion fort. Ich habe diesen erhobenen und erhabenen Platz eingenommen und möchte Sie durch diese zweite Sektion geleiten, die sich der Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung auf Landesebene widmen wird. Den Gesprächen in der Pause habe ich entnommen, dass die erste Sektion als sehr kritisch wahrgenommen wurde. Der Identitätsbegriff wurde auseinandergenommen, sodass jetzt kaum noch etwas von ihm übrig bleibt. Das werden wir jetzt umdrehen, wieder vorsichtig und kritisch aufbauen und versuchen, die hessische Landesidentität über Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung zu befragen.*

Ich bin gebeten worden, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass draußen ein Büchertisch mit neueren Erträgen der landesgeschichtlichen Forschung aus den Kommissionen und Archiven heraus zu konsultieren ist. Schauen Sie sich bitte die neuesten Werke an, die hier entstanden sind. Es ist sehr verdienstvoll, was in den letzten Jahrzehnten auf dieser Ebene geleistet wurde, insbesondere, was den frühen Parlamentarismus in Hessen, die Gründungsfiguren betrifft, auch wenn die hessische Zeitgeschichte immer noch klaffende Lücken offenbart und es beispielsweise nach wie vor keine große öffentliche Biografie von Georg-August Zinn gibt, was eigentlich nicht geht – von anderen Figuren ganz zu schweigen.

PROF. DR. BERNHARD LÖFFLER



Aus Regensburg ist heute Bernhard Löffler zu uns gekommen, der seit 2011 den Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte an der Universität Regensburg innehat und dort als Dekan firmiert. Herr Löffler hat sich durch ein breites inhaltliches Spektrum profiliert.

Er hat zu Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Landes- und Religionsgeschichte, Adelsgeschichte, Geschichtskultur geforscht. Vom zeitlichen Spektrum her reichen seine Werke von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, außerdem hat er diverse Ausstellungen mit vorbereitet und bewegt sich von der Lokalgeschichte bis zur europäischen Ebene. Im Augenblick arbeitet er an einer „Strukturanalyse Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert“. Er ist wie kein Zweiter geeignet, aus dieser Warte heute etwas beizusteuern **(Vorstellung durch Prof. Dr. Dirk van Laak)**.

ERINNERUNGSPOLITIK UND GESCHICHTSSCHREIBUNG AUF LANDESEBENE. DAS BAYERISCHE BEISPIEL

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 1969 beging der emeritierte Ordinarius für bayerische Landesgeschichte in München und unumstrittene Patriarch seines Faches, Max Spindler, seinen 75. Geburtstag und bekam aus diesem Anlass ein Gratulationsschreiben des bayerischen Kultusministers Ludwig Huber. Huber lobte Spindlers Verdienste mit den Worten: „Sie haben Generationen von Historikern, besonders von Geschichtslehrern der bayerischen Gymnasien, mit den Problemen der bayerischen Geschichte vertraut gemacht. Sie können auf eine stolze Zahl von Schülern blicken, [...] und Sie haben maßgeblichen Anteil an der Neubegründung und Festigung des Staatsbewusstseins in Bayern nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.“ Der Geehrte reagierte mit Dank, wobei ihn vor allem der letzte Satz gefreut habe; dieser sei besonders wichtig und richtig. Denn: „Ohne Geschichtsbewusstsein kein Staatsbewusstsein und [...] ohne Staatsbewusstsein keine Staatsregierung.“ Der Beruf des Landeshistorikers sei, so gesehen, „von recht eigener Art“. Zwar habe dieser „keinen politischen Auftrag“, sondern wie jeder Universitätslehrer nur „Wissenschaft und Wahrheit zu dienen“. Allerdings erwachse daraus „ganz von selbst eine Nebenfrucht von eminenter politischer Bedeutung“: eben die „Stärkung des Staatsbewußtseins, das aus dem Geschichtsbewußtsein seine Nahrung“ empfangt.

Der Briefwechsel ist für sich schon aussagekräftig, noch interessanter erscheint er, wenn man sieht, wie und von wem er uns mitgeteilt wird. Er findet sich in einem Band der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte zum Gedenken des 100. Geburtstags Spindlers und entstammt dort dem einleitenden Beitrag von Karl Böck, Titel: „Der politische Auftrag des Historikers. Das historiographische Grundanliegen Max Spindlers“ (ZBLG 58, 1995, S. 3–10). Besagter Böck war der älteste Schüler und erste Doktorand Spindlers. Seit 1949 arbeitete er im bayerischen Kultusministerium, startete dort als persönlicher Referent der Minister Alois Hundhammer und Joseph Schwalber und beschloss seine Karriere als langjähriger Amtschef des Hauses (bis 1981) – mit entsprechendem, jedenfalls informel-

*Die Historizität Bayerns gehört
wesentlich zur bayerisch-föderativen
Staatsräson mit durchaus
tagespolitischer Relevanz.*

lem Einfluss von der Vergabe von Landesstipendien bis hin zur Besetzung von Lehrstühlen oder Gymnasialleitungen. Mit anderen Worten: Böck war, weitgehend im Verborgenen wirkend, der operativ-politisch vielleicht wirkungsvollste Frontmann bayerischer Landesgeschichte, eine Art Graue Eminenz und ein personifiziertes Scharnier zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik.

Wir sind damit mitten im Thema. Und Sie erkennen auch, aus welcher regionalen Perspektive ich es angehen will: aus der bayerischen. Das mögen Sie mir als Abgesandtem des kleinen Nachbarstaats ins große Hessen nachsehen. Aber zum einen war der „Blick von außen“ mein Arbeitsauftrag seitens der Tagungsorganisatoren, zum anderen liegt es einfach inhaltlich nahe, Bayern als Referenzfolie zu nehmen. Es handelt sich um den Beispielfall, der uns die Praxis, auf Landesebene mit Geschichte und Geschichtsschreibung politisch zu operieren, in der intensivsten und extremsten Form vor Augen führt. Die Historizität Bayerns gehört wesentlich zur bayerisch-föderativen Staatsräson mit durchaus tagespolitischer Relevanz. Sicher ist Bayern mit dem legitimatorischen Rekurs auf historische Traditionen dabei kein Solitär; ein solcher dient auch anderweitig der Legitimierung von Herrschaft und Gesellschaft. Aber in Bayern tut er das in besonders signifikanter Weise. In keinem anderen Bundesland ist der Verweis auf die eigene Geschichte für die politische Identitätsstiftung derart ausgeprägt; nirgendwo sonst geschieht er mit größerem Selbstbewusstsein und gleichsam natürlichem, kaum begründungspflichtigem, ganz in der Gewissheit des eigenen historischen Seins ruhendem Selbstverständnis. Eine vorsichtig-vage Formulierung wie „Hesse ist, wer Hesse sein will“, Fragezeichen – das kann ich mir für Bayern nicht vorstellen: Bayern ist, was Bayern immer war und sein wird; und Bayer ist, wer Bayer sein darf!

Dieses Selbstbild schlägt sich vielfach nieder: Man könnte beginnen mit der Präambel der bayerischen Verfassung von 1946, in der explizit von

der „mehr als tausendjährigen Geschichte“ des bayerischen Volkes die Rede ist und von deren Kraft, Staat und Gesellschaft angesichts des Nachkriegstrümmerfeldes ein verlässliches Fundament zu verleihen. In unzähligen staatstragenden Politikerreden wird dieses Moment aufgegriffen und variiert: kein bayerischer Ministerpräsident, der auf den historischen Appell verzichtete, damit nicht einen entscheidenden Qualitätsunterschied zu anderen Ländern markierte und daraus nicht besondere Ansprüche bayerischer Eigenständigkeit herleitete. In der Tat sucht man eine vergleichbar deutliche historische Dimensionierung der Staatsstruktur in anderen Länderverfassungen weithin vergeblich. Am ehesten noch ist sie zu finden in der hamburgischen von 1952, die auf die „durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe“ der „Welthafenstadt“ rekurriert, ferner in der Verfassung des Freistaats Sachsen von 1992 mit Verweisen auf die „Geschichte der Mark Meißen, des sächsischen Staates und der niederschlesischen Gebiete“ sowie auf die „Traditionen der sächsischen Verfassungsgeschichte“.

Aus all dem lassen sich wohl zwei mögliche Folgerungen ziehen: Erstens kann man sagen, die markierten Unterschiede liegen einfach in der Sache, in der geschichtlichen Realität selbst: Bayern mit seinen Anfängen im frühen Mittelalter, seiner fest umrissenen, institutionalisierten Territorialstaatstradition, der über 700 Jahre währenden stil- und staatsbildenden Existenz der Wittelsbacher-Dynastie, nicht zuletzt der erstaunlichen räumlichen Unversehrtheit über die Systembrüche des 20. Jahrhunderts hinweg – all das ist eben ein Faktor der Außergewöhnlichkeit historischer Dauer. 1000 Jahre vergehen da wie nichts, und alles ergibt sich einigermaßen naturläufig – bis heute: eine Linie von Garibaldi bis Seehofer und darüber hinaus, nur dass die Permanenz der Staatsdynastie ersetzt wird durch eine solche der Staatspartei.

Es gibt allerdings noch eine zweite (zumindest komplementäre) Erklärungsmöglichkeit, wie sie auch die Konzeption dieser Tagung nahelegt: Sie postuliert, diese Entwicklung sei bewusst im Nachhinein so gemacht, erzählt, inszeniert, weil sie politisch nützlich sei und sich gut vermarkten lasse. Entscheidend erscheint dann, welche Traditionslinien, Erzählstränge, Symbole von wem diskursiv gefestigt und erinnerungspolitisch institutionalisiert wurden und werden (und welche nicht). In Bayern, so die These, ist dergleichen früher, offensiver und langfristig-strategischer als andernorts betrieben worden; es ist in vielen Kernelementen um die argumentative Mitte des „aus historischer Erinnerung gespeisten Staatsbewußtseins“ (Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in Bayern*, in: Thomas



Schlemmer/Hans Woller [Hg.], Bayern im Bund 3, 2004, S. 409) konstant und lebendig geblieben, auch parteiübergreifend akzeptiert (von Wilhelm Hoegner bis Franz Josef Strauß); und es ist getragen worden von einflussreichen, ebenfalls stabilen Protagonisten und Instanzen, die eng miteinander verflochten waren und sind.

Einer der wichtigsten Akteure und maßgeblicher Ideengeber war dabei – jedenfalls in der Münchner Zentrale der Orthodoxie um das Institut für bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität – eine Landesgeschichtsschreibung, die sich dezidiert als Teil einer staatlichen Identitätspolitik mit öffentlichem Auftrag und durchaus als „Legitimationswissenschaft“ (Peter Schöttler) begriff, auch bereitwillig Funktionen aktiver Politikberatung übernahm. In diesem Kontext besitzt sie v. a. ein komplementäres, fast symbiotisches Bezugselement: die hohe Ministerialbürokratie, die sich in der Tradition des bayerischen Etatismus seit Montgelas als Träger des Staatsganzen verstand und immer ein bedeutender Katalysator staatsnaher Geschichtspolitik war. Beides gehört zusammen, ist wesentlich aufeinander bezogen. Das beginnt mit den historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts, in denen regionale Identitätssicherung, Staatsintegration von oben und Geschichtspolitik unter behördlicher Führung kombiniert wurden. Es ist beinahe mustergültig personifiziert in dem erwähnten Tandem Spindler-Böck. Und es dauert in bemerkenswerter Weise fort bis in die jüngste Zeit: Noch 2004 war von einem Vertreter meiner Zunft in der Bayerischen Staatszeitung zu lesen, die hauptsächliche Funktion der landeshistorischen Professuren sei es, als „Keimzellen bayerischer Identität“ zu wirken, ihren „Beitrag für das Bewusstsein von den Grundlagen der Staatlichkeit Bayerns und der föderalen Staatlichkeit in Deutschland und Europa“ zu leisten und Impulse „für eine mo-

Wenn die Beobachtung „history sells“
 richtig ist, dann gilt
 „local“ bzw. „regional history sells“
 allemal und ganz besonders.

derne kulturelle Identität Bayerns“ zu geben, die „wiederum maßgeblich zur erfolgreichen Modernisierung des Landes beiträgt“ (Bayerische Staatszeitung vom 12.11.2004, S. 4). Auf der anderen Seite zeigt sich bis heute die staatlich-administrative Wertschätzung für das Fach in der vergleichsweise guten, flächendeckenden, weil eben als staatsnotwendig definierten Institutionalisierung und Ausstattung mit Lehrstühlen oder in der Verankerung der Landesgeschichte im Staatsexamen, in Lehrplänen, in Schulbüchern.

Gleichfalls als bemerkenswerte Konstante festzuhalten ist der dauerhafte Kontakt zu populären Vermittlungsinstanzen im Land. So wird es seit jeher als genuine Aufgabe auch der akademischen Landeshistoriker verstanden, die lokalen und regionalen historischen und Denkmals-Vereine zu bedienen. Ständig wird man als Landeshistoriker angefragt, zu irgendwelchen lokalen Jubiläen begrenzter Bedeutung Vorträge zu halten. Und überhaupt ist zu konstatieren, dass die Attraktivität solcher regional-historischer Information und Unterhaltung eher zugenommen hat: vom Revival all dessen, was man mit „Heimat“ verbindet, bis hin zur neuen Lukrativität historischer Landesausstellungen oder Museen mit lokal- bzw. regionalgeschichtlichen Themen. In der Stadt, in der ich lebe, in Regensburg, boomt ein vitaler und gewinnträchtiger städtischer Kultur- und Geschichtstourismus, der u. a. mit szenischen Führungen täglich die Straßen verstopft. Und für ca. 70 Millionen Euro wird dort an zentraler innerstädtischer Stelle ein Museum der bayerischen Geschichte gebaut. Wenn die Beobachtung „history sells“ richtig ist, dann gilt „local“ bzw. „regional history sells“ allemal und ganz besonders.

An diesem Punkt ist einerseits sicher auch eine Änderung der Rahmenbedingungen erkennbar, ein doch zunehmend verstärkter Sog zur Kommerzialisierung, Trivialisierung und Geschichtsökonomie, zum medialen Geschichtsmerchandising und Histotainment. Auf der anderen Seite steht der Kontakt zum Feld des Populären aber, wie gesagt, durchaus in längeren Vermittlungstraditionen, und dieser Zusammenhang ist auch



*Damit sind wir bei kurzen Hinweisen
 auf die programmatischen Inhalte
 der landeshistorischen
 Meistererzählung in Bayern.*

entsprechend früh und nachhaltig erkannt worden. Es kommt nicht von ungefähr, dass die schon mehrfach genannte Spindler-Schule in Bayern ihre Absolventen nicht nur in Ministerien lanciert hat, sondern auch im Bayerischen Rundfunk und in der Denkmalpflege, in Verbänden und Vereinen, in der Leitung von Museen oder Schulen. Und sie hat dies oben drein konzeptionell begründet: Spindler spricht ausdrücklich davon, die Landesgeschichte besitze nie allein akademische Facetten, sondern vermittele immer auch den „Gemütswert“ kleinräumiger Lebensbezirke, sie sei „erweiterte Heimatgeschichte“ (vgl. auch Ulla-Britta Vollhardt, Zwischen Staatstradition und Regionalbewusstsein, in: Habbo Knoch [Hg.], Das Erbe der Provinz, 2001, S. 127–142).

Damit sind wir bei kurzen Hinweisen auf die programmatischen Inhalte der landeshistorischen Meistererzählung in Bayern. Welche Leitsemantiken werden vermittelt, was tritt als charakteristisch, identitätsstiftend hervor, was wird als wesensfremd ausgesondert? Ich beschränke mich auf vier Hinweise (manches davon ist schon angeklungen und wird hier nur noch einmal in pointierter Weise resümiert; einige Aspekte sind sachlich auch durchaus nachvollziehbar, insgesamt verfährt der Zugriff aber eben bezeichnend selektiv):

Erstens: Bayerische Geschichte ist eine zusammenhängende Geschichte der ganz langen Dauer mit sehr frühen Wurzeln. Darin zeigt sich ihre distinkte Dignität, und dies erst ermöglicht das Profil einer linear-kohärenten Entwicklung, die als sinnfälliges Ergebnis auf das moderne Staatsbayern hinausläuft. – Was in einer solchen Erzählung zurücktritt, sind etwa die problematisierenden Fragen, wann diese Entwicklung überhaupt begonnen haben soll, ob es sich wirklich um eine durchgehende Genese gehandelt hat und warum die Alternativen, wie sie sich etwa in den Landesteilungen mit ganz anderen territorialen Entwicklungsoptionen zeigen, eigentlich weniger logisch sein sollten.

Zweitens: Den Fluchtpunkt der Geschichte bildet diejenige des bayerischen Staates, besser noch: die Geschichte der naturwüchsigen Verbindung von Stamm, Staat und Dynastie. Mit der Stämmeidee integriert man elegant die fränkischen und schwäbischen Traditionen und eröffnet sogar Erweiterungsmöglichkeiten; ich verweise nur auf die ideologische Integration der Sudetendeutschen als „vierten Stamm“ der Bayern. Mit der stammeseigenen Dynastie wiederum identifiziert man eine entscheidende integrative Klammer, „um staatspolitisch nicht erwünschte Zersplitterungstendenzen zu vermeiden“ (so der Wunsch des Kultusministeriums an den Landesverein für Heimatpflege Ende 1949), den „Zusammenhang zwischen den einzelnen Landesteilen enger zu gestalten“ (so Spindler an Ehard 1947) und die etatistische Kern-Tradition zu wahren. – Was in einer solchen Erzählung zurücktritt, sind die partikulare Eigenlogik des innerbayerischen Regionalismus, ebenso eigengewichtige Sujets jenseits des Staates und auch die Tatsache, dass der Staatsmythos überhaupt in vielem erst ein retrospektives Konstrukt des 19. und 20. Jahrhunderts ist.

Drittens: Der bayerische Staat ist immer ein starker, unabhängiger Staat mit profilierter Eigenständigkeit, reicher Repräsentationssymbolik und großer Bedeutung aus sich selbst heraus. Das mündet tagespolitisch in die Legitimierung und Verteidigung des Föderalismus und der Rolle Bayerns als dessen Lordsiegelbewahrer. Dementsprechend sah sich Spindler in einem Schreiben an Ministerpräsident Ehard schon 1947 überzeugt, die deutsche Frage der Gegenwart könne nur vom deutschen Einzelstaat her gelöst werden und die Landeshistoriker hätten beim „Neubau des bayerischen Staates“ in erster Linie die Legitimierung dieser Einzelstaatstradition historisch-bewusstseinsmäßig abzusichern. – Was in einer solchen Erzählung zurücktritt, sind Abhängigkeit und Mittelprächtigkeit Bayerns, die Verflechtungen und Hybriditäten, der Profit vom Fremden, die Aspekte einer durchgehenden Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte, in deren Verlauf es Bayern noch nie alleine konnte, um ein zugespitztes Diktum des Publizisten Wilfried Scharnagl von 2012 umzukehren.

Viertens: Der bayerische Staat ist ein friedlicher Kulturstaat. Das wirkt sich aus auf die Volksseele eines Stammes, der wesensmäßig schöngeistig, friedliebend, barock und antimilitaristisch ist. Und es setzt sich ab von den negativen deutschen Traditionen, die v. a. solche des Militärstaats Preußen sind. Für die Geschichtsteleologie nach 1945 verband sich mit dieser Lesart noch der Vorzug, dass man, um es zu pointieren, charakterlich nichts mit dem NS zu tun hatte – einmal abgesehen davon, dass die NS-Zeit ohnehin kein landeshistorisches Thema sei, weil es ja in den

bewussten 12 Jahren keinen bayerischen Staat = kein Bayern gegeben habe. Wem das alles Übertrieben erscheint, dem sei die Lektüre des Vortrags von Max Spindler über „Grundlagen der Kulturentwicklung in Bayern“ (publiziert in: ders., *Erbe und Verpflichtung*, 1966, S. 3–23) empfohlen, aus dem Jahr 1946 datierend, gehalten vor dem eben lizenzierten Bayerischen Landesverein für Heimatpflege und kräftig rezipiert von gouvernementalen Kreisen. – Auf das, was in einer solchen Erzählung zurücktritt, gehe ich nicht näher ein.

Es genügt auch so, die methodischen wie inhaltlichen Problempotenziale des geschilderten Zusammenhangs von Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung aufscheinen zu lassen, oder sagen wir es positiver: die Herausforderungen, die darin liegen. Dabei soll zunächst noch einmal ganz grundsätzlich konzediert werden, dass Geschichtspolitik, der identitätspolitische Umgang mit Geschichte natürlich an sich legitim sind und nicht von Hause aus etwas Negatives oder Anstößiges. Vielleicht oder vermutlich ist diese Form der Selbstvergewisserung sogar nötig, um gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein zu schaffen. Das legt auch ein Blick auf die Phasen der Intensivierung von bayerischer Geschichtspolitik nahe: Sie diene in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Mittel der Integration und Stabilisierung in den Folgezeiten revolutionären Umbruchs. Sie diene nach der tiefen Zäsur von 1945 als ideelle Regenerationsgröße. Und sie diene in heutigen Zeiten postmodern-globaler Verunsicherung der Identitätsschöpfung aus der regional überschaubaren Geschichte in kommunitär-bürgerlichem Geist.

Schließlich ist relativierend festzuhalten, dass selbstverständlich Formen und Wege einer etablierten Forschung zu landesgeschichtlichen Themen auch jenseits des erörterten Masternarrativs und abseits der dahinterstehenden Orthodoxie existieren, dass also die Welt auch der bayerischen Landeshistoriker deutlich vielfältiger ist, als das in meiner Skizze zugespitzt dargestellt wurde: Die Forschungen zum Nationalsozialismus und zum Nachkriegsbayern seitens des Münchner Instituts für Zeitgeschichte wären da etwa zu nennen und überhaupt die zunehmende Beachtung der NS-Thematik in der Breite erinnerungskultureller Vergegenwärtigung oder die vergleichenden sozial- und mentalitätshistorischen Ansätze zu Themenfeldern jenseits des Staates (Wirtschafts- und Kulturraumforschung etc.) oder die emanzipatorischen Impulse zur Alltagsgeschichte seitens der Geschichtswerkstätten.

Aber das markiert eben für lange Zeit nicht den gleichsam autochthonen Kern des Faches. Und es macht es auch nicht überflüssig, aus der wissenschaftlichen Warte prinzipiell die Frage zu reflektieren, was denn die primäre Funktion des Historikers bzw. des Landeshistorikers ist. Besitzt er vor allem eine „staatspolitische Bedeutung“ und Aufgabe (Andreas Kraus, *Die staatspolitische Bedeutung der bayerischen Geschichte*, in: Wilhelm Volker/Walter Ziegler [Hg.], *Im Dienst der bayerischen Geschichte*, 1999, S. 1–17), die Funktion, eine erinnerungspolitisch legitimierende oder stabilisierende oder meinetwegen emanzipierende Geschichte zu erzählen und dabei Entwicklungen eine Logik, Stringenz und Kohärenz zu verleihen, die womöglich soziale und politische Identitäten wachsen lassen, die aber doch nur eine recht nachträgliche Form der Ordnung und Vereinfachung darstellen?

Oder ist es nicht seine eigentliche gesellschaftspolitische Funktion, die Uneindeutigkeiten und sperrigen Pluralitäten zu betonen? Nicht Zuarbeiter für eine politische Legitimitätsfindung zu sein, sondern die Widersprüche anzumelden, die Begriffe, Narrative, Identitätskonstruktionen und die dahinterstehenden Träger und „Mythomotoren“ (Herfried Münkler) kritisch zu hinterfragen, dafür die wissenschafts- und forschungsgeschichtlichen Einordnungen zu liefern und damit, pathetisch gesprochen, die Geschichte zu schützen gegen Vereinnahmungen und Deutungsmonopole? Meine Antwort können Sie erahnen. Dementsprechend fällt auch mein Geburtstagswunsch zu 70 Jahren Hessen aus: Verfahren Sie bei der Identitätsforschung behutsam, selbst- und ideologiekritisch mit Ihrer Geschichte!

PROF. DR. WINFRIED SPEITKAMP



Winfried Speitkamp vertritt seit 2010 neuere und neueste Geschichte an der Universität Kassel, war dort auch schon Dekan und wird demnächst Hessen verlassen und nach Thüringen als Präsident der Bauhaus-Universität in Weimar wechseln. Herr Speitkamp hat ein ebenso breites Profil, das vom 18. bis ins 20. Jahrhundert reicht. Er hat sich mit Kultur, Verfassungsgeschichte, Kolonialgeschichte, der Geschichte der Jugend und der Geschichte der Kultur- und Denkmalpflege beschäftigt. Er ist auch Vorsitzender des Hessischen Landesdenkmalrates und Mitglied diverser historischer Kommissionen. Auch er ist lokal bis hin zu afrikanischer Geschichte unterwegs. Ich möchte erwähnen, dass er sehr lesenswerte kleine Miniaturen zur Geschichte des Trinkgeldes und der Ehre geschrieben hat (**Vorstellung durch Prof. Dr. Dirk van Laak**).

ERINNERUNGSPOLITIK UND GESCHICHTS- SCHREIBUNG IN HESSEN SEIT 1945. ARGUMENT – ERBE – TRADITION

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Tagung „Hesse ist, wer Hesse sein will ...? Landesbewusstsein und Identitätspolitik seit 1945“ dient nachweislich der Einladung und des Programms dazu, an 70 Jahre Hessen zu erinnern. Nun könnte man nachfragen, ob da nicht eine Null vergessen worden ist. Denn schon 1991 schrieb der Darmstädter Staatsarchivdirektor Eckhart G. Franz: „Hessen feiert im Jahr 1992 sein siebenhundertjähriges Bestehen.“³⁵ Er verwies auf die Erhebung des Landgrafen Heinrich I. von Hessen zum Fürsten des Reichs. Damit bin ich schon mitten in der Geschichtsschreibung und auch in der Identitätspolitik. Selbstverständlich wurde auch in Hessen seit 1945 mit Geschichte Politik gemacht, und selbstverständlich gab es auch hier Versuche, Integration und Identität des Bundeslandes durch Geschichte zu legitimieren. Aber es fällt schwer, ein konsistentes inhaltliches Programm hessischer Identitätspolitik zu isolieren. Die langen, Legislaturperioden übergreifenden Debatten um ein Haus der hessischen Geschichte oder um eine Professur für hessische Geschichte deuten an, dass schon aus finanziellen Gründen von machtvoller und zielgerichteter, homogener und kontinuierlicher Wiesbadener Identitätspolitik kaum die Rede sein kann. Vielmehr waren es eher die Historiker selbst, die das Haus der Geschichte, die Hessen-Professur und andere geschichtspolitische Aktivitäten immer wieder von Landtag und Regierung gefordert und insofern an hessischer Identität gearbeitet haben.

Dennoch oder gerade deshalb ist der Fall Hessen nicht uninteressant.³⁶ Allein schon, weil man sich am Anfang nicht sicher war, ob Hessen nun wie Bayern ein Land jahrhundertalter Tradition ist, an die man nur anknüpfen musste – Eckhart G. Franz sprach von dem „allmähliche[n] Weg

³⁵ Eckhart G. Franz, Vorwort, in: ders. (Hg.), Die Chronik Hessens, Dortmund 1991, S. 7.

³⁶ Vgl. zum Hintergrund des folgenden Beitrags: Winfried Speitkamp, Großhessen? Integration und Reform in Hessen nach 1945, in: Robert Kretzschmar u. a. (Hg.), Zusammen-schlüsse und Neubildungen deutscher Länder im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2013 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, 197), S. 255–269.

aus der Vielfalt zur Einheit“,³⁷ oder, so anfangs die dominierende Sicht, ein Bindestrich-Land, eben „Groß-Hessen“, wie es zunächst hieß, ein Produkt der Besatzungszeit, insofern ahistorisch und im Blick auf die Grenzziehung anfechtbar sowie ohne gemeinsame hessische Identität – dass Frankfurt und Nassau sich zumindest bis 1866 nicht als hessisch verstanden haben, muss hier nicht betont werden, ebenso wenig, dass der linksrheinische Teil Rheinhessens angesichts der historischen Zugehörigkeit auch nach 1945 für Hessen reklamiert wurde.

Trotz aller Kontingenz der Grenzen und der nebeneinander fortlebenden Traditionen gab es in Hessen nach 1945 doch Akteure und Interessen einer Geschichtspolitik. Sie waren vielfältig, unstet, konkurrierend, aber trugen in der Konsequenz dazu bei, dass man Hauptlinien und Phasen geschichtspolitischer Interventionen isolieren kann – drei Phasen vor allem, die ich im Folgenden behandle und unter drei Leitbegriffe stelle: Geschichte als Argument, Geschichte als Erbe, Geschichte als Tradition. Daraus ergibt sich, wie sukzessive und subkutan ein Landesbewusstsein, eine Landesidentität geformt wurde. In leichter Abwandlung des Mottos von Georg-August Zinn, „Hesse ist, wer Hesse sein will“, könnte man formulieren: „Hesse ist, wer meint, Hesse geworden zu sein“ – oder noch einfacher, wie es bei den Verfassungsberatungen 1946 ausgedrückt wurde: „jeder Deutsche, der in Hessen lebt“.³⁸ Also: Hesse ist, wer in Hessen wohnt.

1. Geschichte als Argument

In der ersten Phase, die von den Verfassungsberatungen bis etwa in die Mitte der 1960er-Jahre reichte, gab es keine explizite Geschichtspolitik und auch noch keine Landeszeitgeschichtsschreibung in Hessen. In den einzelnen Landesteilen entstanden nach der Gründung des Landes Groß-Hessen, aber meist noch vor der Gründung der Bundesrepublik, erneut die Organisationen der Geschichtspflege,³⁹ die Geschichtsvereine, die regionalen Zeitschriften, das Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg und die historischen Kommissionen, die die alte

³⁷ Franz, Vorwort, S. 7.

³⁸ So der KPD-Abgeordnete Leo Bauer, dessen Grundintention in diesem Punkt breit geteilt wurde. Vgl. Helmut Berding (Hg.), Die Entstehung der Hessischen Verfassung von 1946. Eine Dokumentation. Bearb. von Helmut Berding und Katrin Lange, Wiesbaden 1996 (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, 10), S. 490.

³⁹ Vgl. Ulrich Reuling, Einleitung, in: ders./Winfried Speitkamp (Hg.), Fünfzig Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen, Marburg 2000 (Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 50), S. 1–27, hier S. 12–19.

Territorialgliederung spiegelten und, wie die in Darmstadt ansässige Historische Kommission für Hessen, auch nicht bereit waren, auf ihre alten Sprengel zu verzichten; das bisherige Rheinhessen sollte weiter in den Aufgabenbereich der Darmstädter Kommission fallen, ungeachtet der neu gezogenen Landesgrenzen. In ihren Stellungnahmen zur Wiedergründung wurde regelmäßig nur auf die eigene, demnach von politischen Anfechtungen unbelastet gebliebene Tradition angespielt, nicht auf die neue, gesamthessische Perspektive oder auf Konsequenzen der Gründung des neuen Landes Hessen. Die historischen Vereine und Kommissionen befassten sich nach 1945 und bis in die frühen 1960er-Jahre hinein ohnehin noch nicht mit der hessischen Zeitgeschichte; sie schienen die neuen Verhältnisse zu ignorieren. Verschiedene Versuche, die historischen Kommissionen oder Zeitschriften zusammenzuführen, scheiterten. Die Haltungen in den Kommissionen waren widersprüchlich, die Hessische Historische Kommission in Darmstadt reagierte ablehnend, so bei einer Anfrage des Kultusministeriums 1970, obwohl gerade von Darmstadt aus wiederholt die lange Tradition der gesamthessischen Einigungsbestrebungen betont wurde. Doch nun stellte man den befürchteten institutionellen Zentralismus als Gegensatz zur Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit dar. Später widersetzte sich auch die Nassauer Kommission einem Zusammenschluss. Vielleicht versprach man sich über die eigene Hausmacht größeren Einfluss in Wiesbaden als bei einer Einschmelzung in einer gesamthessischen, überdies für den Standort Marburg vorgesehenen historischen Kommission.⁴⁰ So blieb es bei der 1949 geschaffenen Arbeitsgemeinschaft der Historischen Kommissionen und des von ihr getragenen, 1951 ins Leben gerufenen Hessischen Jahrbuchs für Landesgeschichte, das freilich die älteren Regionalzeitschriften nicht ersetzte, sondern nur ergänzte. Die Geschichtslandschaft wurde also nicht unitarischer, sondern vielfältiger, 1964 kam noch die Historische Kommission für die Geschichte der Juden hinzu und dann schließlich die Kommission zur Parlamentarismusgeschichte.

Auch auf politischer Ebene, zunächst in den Verfassungsberatungen, dann in den Landtagsdebatten der 1950er-Jahre, tauchte Geschichte nicht als Beleg und Basis eines vergangenen oder künftigen Zusammenwachsens oder als Identitätsressource auf. Vielmehr kritisierten Politiker fast aller Fraktionen schon in den Verfassungsberatungen und auch noch in den 1950er-Jahre mit historischen Argumenten die neuen Gren-

⁴⁰ Reuling, Einleitung, S. 23 f.



Das erste Element seiner Verfassung
ist die Geschichte eines Landes.
Abstraktionen bedeuten
stets Fehlschläge.

zen. Der SPD-Politiker Friedrich Caspary monierte in der Verfassungsberatenden Landesversammlung am 7. August 1946 die Verwendung des Hessen-Begriffs für das neue Land, denn „wir sollten in der Formulierung zum Ausdruck bringen [...], daß wir die Rückgliederung der anderen Teile Hessens anstreben“.⁴¹ Ministerpräsident Georg-August Zinn sprach noch 1951 von einer „willkürliche[n] Grenzziehung im Mündungsgebiet des Mains und an den Ufern des Rheines“, die „manches zerrissen“ hätte, „was geschichtlich, kulturell, wirtschaftlich und sozial, ja kommunalpolitisch eine Einheit war“.⁴²

Dass die Geschichte Ausgangspunkt der Verfassungsberatungen sein müsse, schien allerdings unstrittig. Erwin Stein (CDU) etwa formulierte in seiner Denkschrift vom 2. Mai 1946: „Das erste Element seiner Verfassung ist die Geschichte eines Landes. Abstraktionen bedeuten stets Fehlschläge.“⁴³ Programmatishes in Verfassungsberatungen und Landtagsdebatten spielte aber immer wieder mit dem Zukunftsausschlag, der nun implizit die Identität Hessens ausmachte. Die Verfassung formulierte das explizit schon in der Präambel: „In der Überzeugung, daß Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der deutschen Republik diese Verfassung gegeben.“ Abgesehen davon, dass hier die Wiederherstellung einer deutschen Republik antizipiert wurde (wobei der Verzicht auf den traditionsorientierten Begriff „Reich“ zugunsten von „Republik“ strittig war und die Haltung der Militärregierung spiegelte), enthielt die Präambel in dem Wörtchen „nur“ aber bereits ein historisches Argument, das implizit auf Erfahrungen mit anderen Regierungsformen verwies.

In den Verfassungsberatungen spielte diesbezüglich Geschichte als Argument auch explizit eine Rolle, und zwar an erster Stelle als General-

⁴¹ Zitiert nach: Berding, Verfassung, S. 491.

⁴² Zitiert nach: Caroline Reiher, Geschichte als Argument in der hessischen Landespolitik der Ära Zinn, Magisterarbeit Gießen 2004 (Ms.), S. 19.

⁴³ Zitiert nach: Berding, Verfassung, S. 78.

legitimation. So formulierte der Staatsrechtler Walter Jellinek in seinem Verfassungsentwurf vom Frühjahr 1946, der dem Vorbereitenden Verfassungsausschuss zur Diskussion vorlag, gleich eingangs als Präambel seines ersten Hauptteils: „Nach Jahren unerträglicher Tyrannei erinnert sich das deutsche Volk der unveräußerlichen Menschenrechte, deren Gewährleistung allein das Leben lebenswert erscheinen lässt und jene freiwillige Einordnung in die staatliche Gemeinschaft erzeugt, ohne die kein Staat auf die Dauer bestehen kann.“⁴⁴ Im Königsteiner Entwurf der CDU vom Juli 1946 hieß es: „Das Volk von Hessen widersetzt sich bei diesem Verfassungswerk jeder diktatorischen und unkontrollierbaren Gewalt.“⁴⁵

Demgemäß waren die konkreten Debatten durchgängig von historischen Bezügen geprägt, und zwar auf zwei Ebenen, bezogen auf das Scheitern der Weimarer Republik und auf das Willkürregime des „Dritten Reichs“. Das Scheitern wurde dabei in der Regel nicht der Weimarer Verfassung angelastet, aus der die Hessische Verfassung dann sogar eine Reihe von Bestimmungen übernahm, sondern dem Umgang damit bzw. den mangelnden Sicherungen. Hier ging es – abgesehen von der Frage des Sozialisierungsartikels, der aus der Deutung der Akteure und Profiteure beim Untergang der Weimarer Republik folgte – um einen Staatspräsidenten, eine zweite Kammer, das passive Wahlalter, das Verhältniswahlrecht und ein Wahlquorum zur Verhinderung von Parteienzersplitterung, schließlich um Gegengewichte gegen Wähler- und Parteienallmacht, gegen den sogenannten „Mehrheitsterror“.⁴⁶ Erwin Stein drückte es in seiner Denkschrift vom 2. Mai 1946 paradigmatisch aus: „Die Parteien und das Parlament haben in der Zeit der Weimarer Republik nicht verstanden, aus dem Sinn und dem Geist der Verfassung zu handeln.“⁴⁷ Caspary formulierte in diesem Zusammenhang: „Die Menschen gehen aus der Partei heraus, und wir sehen, dass Tendenzen vorhanden sind, neue Parteien zu bilden. Vielleicht werden wir dahin kommen, dass wir eines Tages auch die Partei der Parteilosen haben oder [...] als stärkste Partei die Partei der Unzufriedenen.“⁴⁸ Auch bei der Frage eines Notverordnungsrechts bezog man sich auf Weimarer Erfahrungen. So befürwortete Erwin Stein es zwar, ergänzte aber: „Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ist einer mißbräuchlichen Ausübung dieses Rechts vorzubeugen.“⁴⁹

⁴⁴ Ebd., S. 153.

⁴⁵ Ebd., S. 261.

⁴⁶ Begriff, allerdings in Anführungszeichen, in der Denkschrift des CDU-Politikers Paul Kremer, 7.5.1946, zitiert nach: Berding, Verfassung, S. 97.

⁴⁷ Ebd., S. 79.

⁴⁸ Ebd., S. 529 f.

⁴⁹ Ebd., S. 87.



Die Ausgestaltung der Grundrechtsartikel, die Habeas-Corpus-Garantien und die Stellung der Justiz folgten unmittelbar aus der Deutung der Gewaltherrschaft des „Dritten Reichs“, ebenso wie die Aussagen zu Schule und Geschichtsunterricht.⁵⁰ Auch die Ermöglichung der Todesstrafe, die ja schon seinerzeit umstritten war und von Caspary für die SPD beispielsweise infrage gestellt wurde, war in der Beschränkung auf schwere Straftaten, in der sie dann auftauchte, eine Lehre aus der NS-Zeit. In dem Entwurf Walter Jellineks hieß es zum Beispiel: „Gegen niemand[en] darf ein Tötungsbefehl ergehen, es sei denn nach gesetzlicher Vorschrift wegen eines schweren Verbrechens auf Grund richterlichen Urteils.“⁵¹ Und im Verfassungsentwurf des Vorbereitenden Verfassungsausschusses vom 18. Juni 1946 trat die Schutzintention noch deutlicher hervor, indem die Todesstrafe unter den Freiheitsrechten in Art 4 bei der Sicherung der Unverletzlichkeit menschlichen Lebens als Ausnahme dargestellt wurde: „Das menschliche Leben ist unverletzlich. Es kann nur auf Grund eines Gesetzes wegen schweren Verbrechens durch richterliches Urteil für verwirkt erklärt werden.“⁵² Im Kontext der Sicherungen gegen staatliche Willkür war allerdings auch davon die Rede, dass man die Nationalsozialisten nicht aufwerten solle durch explizite Erwähnung. So meinte der CDU-Abgeordnete Karl Kanka: „Aber wir sollten die Grundrechte nicht zu sehr mit dem Blick nach rückwärts formulieren, sondern mehr mit dem Blick nach vorwärts. An sich ist es eine solche Selbstverständlichkeit, daß der Angeklagte bei nicht erwiesener Schuld freizulassen ist, daß wir den

⁵⁰ Hessische Verfassung, Art. 56: „Grundsatz eines jeden Unterrichts muß die Duldsamkeit sein. [...] Der Geschichtsunterricht muß auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein.“

⁵¹ Zitiert nach: Berding, Verfassung, S. 154.

⁵² Ebd., S. 174.

Nazis viel zu viel Ehre antun, wenn wir eine solche Selbstverständlichkeit, die nur sie mit Füßen getreten haben, in der Verfassung noch besonders verankern.“⁵³

Nach dem Verfassungserlass, in den Landtagsdebatten der folgenden Jahre, trat der Bezug auf die NS-Zeit als politisches Argument in den Hintergrund. Er wurde charakteristischerweise vor allem im zwischenparteilichen Streit genutzt, etwa wenn es um jeweilige Belastungen durch NSDAP-Mitgliedschaften ging. Die Regierungen argumentierten dagegen selten mit der NS-Vergangenheit. Ministerpräsident Christian Stock (SPD) tat es in seiner Regierungserklärung vom 6. Januar 1947 nur punktuell, wenn er etwa in Bezug auf seine Vorstellungen von Verwaltung formulierte: „Die Verwaltung wird volksnah sein. [...] Der Befehls- und Schalergeist gehört einer mit Schande untergegangenen Vergangenheit an.“⁵⁴ Eher drehte Stock das historische Argument um in einem Appell „vor der Weltöffentlichkeit“, wie er es formulierte: „Ihr sprecht von den Leiden, die das Hitlerdeutschland über die Welt gebracht hat. Ihr dürft dabei aber eines nie vergessen: Das größte Leid hat Hitler über uns selber gebracht, über das deutsche Volk, das schon Jahre hindurch das Joch hat tragen müssen, bevor er die Brandfackel in die Welt geschleudert hat!“⁵⁵

Auch sein Nachfolger, Ministerpräsident Georg-August Zinn (SPD), verzichtete weitgehend auf eine konkrete historische Argumentation. In seiner ersten Regierungserklärung vom 10. Januar 1951 tauchte Geschichte nur nebulös auf mit Begriffen wie „Zusammenbruch“, „Unrecht“ oder „unselige Erbschaft“. Dafür feierte Zinn die Zukunft mit Begriffen wie „Mut zur Verantwortung und Wille zur Tat“, „neuer Anfang“, „freie schöpferische Initiative“, „moderne Zivilisation“ und „moderne Welt“.⁵⁶ Auch in der Folge finden sich bei Zinn Bezüge auf die NS-Zeit wiederholt, doch meist unspezifisch und reduziert auf Schlagworte, etwa wenn er von der „unseligen Erbschaft des letzten Krieges“ oder vom „beispiellosen materiellen und seelisch-geistigen Zusammenbruch des Jahres 1945“ sprach.⁵⁷ Die Schlussfolgerungen, die aus der Geschichte des Nationalsozialismus gezogen wurden, blieben widersprüchlich. Wichtiger war: Vor der Folie

⁵³ Ebd., S. 552.

⁵⁴ Zitiert nach: Wolf-Arno Kropat (Bearb.), Entnazifizierung, Mitbestimmung, Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947–1950. Eine Dokumentation, Wiesbaden 2004 (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 31), S. 59.

⁵⁵ Ebd., S. 65.

⁵⁶ Siehe Reiher, Geschichte, S. 11.

⁵⁷ Beide Zitate stammen aus dem Jahr 1951, vgl. ebd., S. 16 f.



Zinn berief sich auf Luther und Bonifatius, die „das geistige und kulturelle Leben unseres Volkes“ bestimmt hätten.



einer überholten Geschichte sollten sich die Zukunftspläne der neuen Regierung erfüllen. Insofern steht die Regierung Zinn nicht ohne Grund für eine konsequente Zukunftspolitik, ausgedrückt in den Hessenplänen, in der „sozialen Aufrüstung des Dorfes“, im Hessentag, der integrativen Formel „Hesse ist, wer Hesse sein will“, im Motto „Hessen vorn“, schließlich auch in der Rolle Hessens als sozialdemokratisches Musterland der Modernisierung in Auseinandersetzung mit der CDU-geführten Bonner Bundesregierung.

Zinn selbst verschob aber im folgenden Jahrzehnt die Akzente. Zunehmend, beginnend in seiner Regierungserklärung zur zweiten Legislaturperiode am 19. Januar 1955, betonte er nicht mehr den Bruch zur jüngeren Vergangenheit, sondern die längeren Kontinuitäten, den Wert von „Brauch und Sitte“, die „wertvolle Erfahrung“. Die Modernisierungspolitik der Landesregierung wurde nun in eine Tradition gestellt. Nun tauchten althessische Erinnerungsorte auf, die für das neue Bundesland reklamiert wurden. Zinn berief sich auf Luther und Bonifatius, die „das geistige und kulturelle Leben unseres Volkes“ bestimmt hätten; Hessen solle diese Tradition hüten und pflegen. 1961 bei der Einrichtung des Hessentags ebenso wie in seiner Regierungserklärung 1963 beschwor Zinn dann das von ihm zuvor kaum erwähnte kulturelle Erbe in Hessen, das ein „Land der Burgen und Dome“ ebenso wie der kleinbäuerlichen Strukturen sei. Er verwies auf die historische Vielfalt, auf „die Schwalm mit ihrer eigenständigen Tracht, ihren Fachwerkhäusern, ihrer Stickereitradition, das Hinterland, das Kinzigtal von Hanau bis Steinau, das Fuldaer Umland mit Gedenkstätten an Bonifatius, seiner Erinnerung an Rabanus Maurus und seinen als wahre Juwelen zu bezeichnenden Bauten der Romanik und des Barock, den hohen Vogelsberg mit den alten Städten und Schlössern oder auch den Oden- und Reinhardswald“.⁵⁸ Und er erwähnte sogar einzelne Baudenkmäler als Sinnbilder hessischer Kultur und Geschichte wie

⁵⁸ Ebd., S. 40 f.

die Einhardsbasilika bei Michelstadt. Die CDU fühlte sich bestätigt, wollte aber die Geschichte Hessens nicht der Regierung überlassen als Generalbegründung und Identitätsanker des Bundeslandes, sondern als politisches Argument retten und verwies wie der Abgeordnete Erich Großkopf darauf, dass ein Volk die „Kräfte des Konservativen, der Tradition, des Verwurzelteins“ bewahren müsse, wenn es nicht sterben wolle; Hessen sei ein „historischer Vorposten deutscher Kultur“.⁵⁹

2. Geschichte als Erbe

Mit der Einverleibung der Geschichte in Hessen vor dem 20. Jahrhundert als Vorgeschichte des Bundeslandes Hessen, mit der Integration eines vielgestaltigen historisch-kulturellen Erbes als Ressource von Identität und Landesbewusstsein vollzog sich ein Paradigmenwechsel: weg von der Nutzung der Geschichte als Argument gegen Kontinuität, hin zur Nutzung der Geschichte als Argument für Kontinuität. Unter dem Zinn-Nachfolger Albert Osswald wurde zwar das Modernisierungspostulat fortgeschrieben, ablesbar an Landesentwicklungsplan, Bildungsreformen und Gebietsreform. Gleichzeitig, ergänzend oder kompensatorisch, rückte aber sehr viel stärker die Arbeit am historischen und kulturellen Erbe Hessens in den Blick der Öffentlichkeit wie der Regierung gleichermaßen. Ausdruck fand das auf der einen Seite in der Aufwertung der Denkmalpflege, auf der anderen Seite in der seit den späten 1960er-Jahren gleichermaßen expandierenden Landeszeitgeschichte. Diese beiden Bereiche will ich daher für die zweite Phase in den Blick rücken.

Die hessische Verfassung von 1946 griff auf die Weimarer Verfassung zurück und erklärte Denkmalschutz und Denkmalpflege zu öffentlichen Aufgaben.⁶⁰ Die ersten Nachkriegsjahre und die Fünfzigerjahre standen allerdings ganz unter dem Vorzeichen des Wiederaufbaus – der mit dem Abtragen auch von im Krieg verschonten Gebäuden verbunden war. Nur vereinzelte Gebäude von herausragender historisch-symbolischer Bedeutung wie die Frankfurter Paulskirche wurden wieder aufgebaut, aber nicht wegen ihrer Hessen-Bezüge, sondern im Blick auf die geplanten Jahrhundertfeiern der Revolution von 1848.⁶¹ Im Übrigen galt Denkmalpflege als Hindernis des Aufbaus der Städte. Erst 1955 wurde in

⁵⁹ Ebd., S. 41.

⁶⁰ Art. 62: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und Kultur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates und der Gemeinden.“

⁶¹ Vgl. Claudia Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur*, Göttingen 2007 (Formen der Erinnerung, 30), S. 414–421.

Wiesbaden mit Hans Feldtkeller ein Landeskonservator eingesetzt. Die Finanzmittel waren freilich knapp, die Institutionen schwach, die gesetzlichen Vorgaben zersplittert. Nur wenige herausragende Sakralbauten, Schlösser und Burgen konnten fachgemäß betreut werden. Seit den ausgehenden 1960er-Jahren änderte sich das schnell und durchgreifend, aber nicht nach einem von oben ausgegebenen Masterplan. Nun wurden vielmehr die sozialen Begleiterscheinungen des Wiederaufbaus und der Konsumgesellschaft kritisiert, dagegen solle Denkmalpflege angehen; „Denkmalschutz ist Sozialpolitik“, hieß es jetzt.⁶²

Unter dieser Prämisse wurde von der Regierung Osswald am 18. September 1974 das erste gesamthessische Denkmalschutzgesetz erlassen.⁶³ Das öffentliche Erhaltungsinteresse wurde über geschichtliche und künstlerische Gründe hinaus weit ausgedehnt auf technische und städtebauliche Aspekte sowie auf Gesamtanlagen, Straßen-, Platz- und Ortsbilder. Ein zentrales Landesamt für Denkmalpflege und ein Denkmalbuch als rechtlich verbindliches Inventar sicherten das öffentliche Interesse ab, auch der private Denkmaleigentümer musste Eigentumsbeschränkungen, Erhaltungspflichten und Nutzungsaufgaben hinnehmen. Der kulturstaatliche Anspruch der Denkmalpflege war damit zum sozialstaatlichen geworden. Bürgerinitiativen, die entstehende Umweltschutzbewegung, Geschichtswerkstätten und Alltagsgeschichte erweiterten noch einmal den Anspruch, auch das vielfältige lokale Erbe zu schützen. Die neu eingerichteten Unteren Denkmalschutzbehörden in Städten und Landkreisen ermöglichten nun eine breite Sicherung des historischen Erbes. Das Denkmalschutzrecht wurde von Michael Kummer, seinerzeit Justiziar des Landesamts für Denkmalpflege, jetzt als gestaltendes Baurecht bewertet, und Denkmalpfleger erwogen, wie man den städtischen und ländlichen Kultur- und Lebensraum wiederbeleben konnte. Neue Beihilfeprogramme unterstützten diese Wiederentdeckung und Pflege eines als vielgestaltig und sozial verpflichtend verstandenen Erbes. Ergänzende Projekte wie die Eröffnung des Hessenparks 1978 oder der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ unterstrichen die Besinnung auf kulturelle und historische Werte. Kehrseite dieser Entwicklung war freilich

⁶² So der Titel einer Kasseler Tagung; vgl. Lucius Burckhard u. a. (Hg.), *Denkmalpflege ist Sozialpolitik*, Kassel 1975.

⁶³ Vgl. Winfried Speitkamp, *Geschichtspolitik, Denkmalpflege und kollektive Identität in Hessen*, in: Helmut Berding/Klaus Eiler (Hg.), *Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, Wiesbaden 2006 (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 45)*, S. 369–398, hier S. 380–385; Michael Kummer, *Die Hessischen Denkmalschutzgesetze 1974 und 1986. Voraussetzungen und Wirkungen*, in: *100 Jahre Denkmalschutzgesetz in Hessen. Geschichte – Bedeutung – Wirkung*, Stuttgart 2003

*Und schließlich postulierte der
»Tag des offenen Denkmals« deziert
die Zugänglichkeit des historischen
Erbes für jedermann.*

auch, dass touristische und ästhetische Vorstellungen mit Kriterien einer wissenschaftlichen Denkmalpflege kollidierten. Die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes von 1986 führte das nachrichtliche System ein, einen Denkmalschutz „ipso jure“; damit stand der öffentliche Anspruch am Denkmalerbe unzweideutig vor Eigentümerinteressen. Die in den 1980er-Jahren begonnenen Denkmaltopografien stellen seitdem das bauliche Erbe für alle Städte und Landkreise zusammen, sie appellierten so auch an lokalen Stolz. Das Projekt ist unabgeschlossen und muss tatsächlich beständig weitergeschrieben werden, das spiegelt auch die Öffnung des Denkmalverständnisses.

Nach der Jahrhundertwende, angesichts knapperer Kassen, Etat Kürzung und Personalabbau einerseits, des Bemühens um eine Deregulierung, Entbürokratisierung und Beschleunigung von Bauvorhaben andererseits, wandelte sich der Anspruch an Denkmalpflege, die anstelle der Eingriffsverwaltung unter dem neuen Präsidenten Gerd Weiß immer stärker Aufgaben der Unterstützung und Vermittlung – zwischen Amt und Denkmaleignern, zwischen Amt und Öffentlichkeit, zwischen Öffentlichkeit und Politik – wahrnahm. So sollten und sollen das „in den vielgestaltigen Stadt- und Kulturlandschaften steckende Potential der regionalen Unverwechselbarkeit und damit die gesellschaftliche Relevanz und Notwendigkeit der Erhaltung des kulturellen Erbes verdeutlicht werden“.⁶⁴ Das spiegelt sich auch in der Entwicklung des Hessischen Denkmalschutzpreises, der, gestiftet von Lotto Hessen, 1986 eingeführt wurde, zunächst nur Einzelpreisträger kannte, aber immer weiter ausgeweitet wurde, zuletzt 2016 mit neun Preisträgern, und dies bei impliziter Beachtung regionaler, temporaler und sozialer Ausgewogenheit.⁶⁵ Flankierend hinzu kommt der Ehrenamtspreis in der Denkmalpflege, mit dem bürgerschaftliche Initiativen

⁶⁴ Gerd Weiß, *Denkmalpflege zwischen gesetzlichem Auftrag und öffentlicher Akzeptanz*, in: *100 Jahre Denkmalschutzgesetz*, S. 42–47, hier S. 47.

⁶⁵ *Hessischer Denkmalschutzpreis 1986–2010. 25 Jahre vorbildlicher Einsatz für die Denkmalpflege*, Stuttgart 2010 (Arbeitshefte des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, 17).

vor allem für ihr Engagement ausgezeichnet werden. Es geht hier nicht mehr nur um die Prämierung von Objekten, sondern um Erbebewusstsein und Partizipationsangebote. Und schließlich postulierte der „Tag des offenen Denkmals“ dezidiert die Zugänglichkeit des historischen Erbes für jedermann.

Vergleichbare Entwicklungen finden sich in der Geschichtsschreibung dieser Phase. Breitere Forschungen zur Zeitgeschichte des Landes Hessen setzten erst in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre ein.⁶⁶ Dabei arbeitete sich die Forschung langsam in der Geschichte des 20. Jahrhunderts voran, orientiert an übergreifenden historiografischen Trends, konzentriert auf Einschnitte und gesteuert auch von Jahrestagen. Das begann mit Arbeiten zum Umbruch von 1918/19 in Hessen, namentlich zur Rätebewegung und Revolution in einzelnen Städten. Seit Beginn der 1970er-Jahre richtete sich das Augenmerk auf den Aufstieg und die Machtübernahme der Nationalsozialisten, dies wiederum vornehmlich im Blick auf einzelne Städte. Nicht nur räumlich, auch methodisch und inhaltlich standen die Arbeiten für ein breites Spektrum an Zugängen. Auch das zum 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ erschienene Werk von Eike Hennig, „Hessen unterm Hakenkreuz“, versammelte vor allem Lokalstudien zu Aufstieg und Durchsetzung der NSDAP. Danach folgte eine Reihe von Fallstudien zur Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus in Hessen, wiederum häufig mit lokalgeschichtlicher Ausrichtung, dies nun auch stark unter alltagsgeschichtlichem Blickwinkel auf konkrete Lebensbedingungen unter Terror und Ausgrenzung. Ergänzend traten Quelleneditionen hinzu wie die von Thomas Klein herausgegebenen Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau und die ebenfalls von Klein herausgegebenen Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte in der NS-Zeit. Darauf folgten bis in die späten 1980er-Jahre Quellendokumentationen und Darstellungen zu Widerstand, Judenverfolgung und Bombenzerstörungen im Zweiten Weltkrieg. Erneut war das Spektrum der Autoren breit, es reichte von Geschichtswerkstätten über interessierte Laien bis zu Doktoranden und Hochschullehrern. Auch hier wurde ein vielfältiges Erbe partizipativ erarbeitet.

Was fehlte, war erstens eine Gesamtschau, zweitens eine Einbettung in die längere Dauer der Geschichte in Hessen und drittens eine Verbin-



dung zur Geschichte der Nachkriegszeit. Die ersten und bekanntesten Beispiele einer Gesamtschau und diachronen Einordnung zielten auf eine breitere Öffentlichkeit, nämlich die 1983 von Uwe Schultz herausgegebene „Geschichte Hessens“⁶⁷ sowie die 1991 publizierte „Chronik Hessens“⁶⁸, die hessische Geschichte seit vorgeschichtlicher Zeit bis zur Gegenwart in einem bunten Reigen von im Zeitungsstil gehaltenen Artikeln und Illustrationen anschaulich machte. Beide Werke strebten eine Popularisierung der Geschichte in Hessen als Geschichte Hessens an, beide wurden vom Hessischen Rundfunk mit initiiert, beide wurden von namhaften Wissenschaftlern aus hessischen Archiven, Kommissionen und Universitäten verfasst. Dahinter stand kein konzises geschichtspolitisches Programm, aber die offen erklärte Absicht, hessische Identität zu schaffen. Ablesbar ist das an den beiden Vorworten der „Chronik Hessens“, die direkt nebeneinander widersprüchliche Deutungen gaben. Während Hartwig Kelm, Intendant des Hessischen Rundfunks, mit der vorsichtigen Formulierung einsetzte: „Hessen ist ein noch recht junges Land mit einer gleichwohl weit zurückreichenden Geschichte“, formulierte der Herausgeber Eckhart G. Franz, wie eingangs zitiert: „Hessen feiert im Jahr 1992 sein siebenhundertjähriges Bestehen.“ Franz sah bereits in Quellen des 14. Jahrhunderts eine „Hessen-Identität, das Gefühl ‚Wir Hessen‘“ dokumentiert. Für das 19. Jahrhundert konstatierte er dann hessische Verbrüderungen und Vereinigungsforderungen, und für das 20. Jahrhundert stellte er fest: „Das nach der Revolution von 1918 geplante ‚Großhessen‘ wurde 1945 Wirklichkeit.“⁶⁹

⁶⁶ Zum Folgenden mit detaillierten Literaturbelegen: Winfried Speitkamp, Weimarer Republik und Nationalsozialismus in der hessischen Landes- und Zeitgeschichtsforschung, in: Ulrich Reuling/Winfried Speitkamp, Fünfzig Jahre Landesgeschichtsforschung, S. 361–382.

⁶⁷ Uwe Schultz (Hg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983.

⁶⁸ Eckhart G. Franz (Hg.), Die Chronik Hessens, Dortmund 1991.

⁶⁹ Franz, Vorwort, S. 7.

Der Leitbegriff „Geschichte als Tradition“ kam im

Zusammenhang mit der Wende von 1989/90,

die auch ein neues Nachdenken über
die Identität der Länder und namentlich

Hessens zur Folge hatte, zum Durchbruch.

Solche Deutungen verlangten nach einer wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte und Einheit Hessens. Die wurde in den 1980er-Jahren auf zweierlei Weise angestrebt: einmal durch die 1979 eingerichtete Historikerkommission zur „Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen“.⁷⁰ Seit 1985 sind daraus Veröffentlichungen hervorgegangen, die sich der ständischen und parlamentarischen Tradition im hessischen Raum seit der Frühen Neuzeit widmeten. Die Kommission wird nicht von der Regierung, sondern vom Landtag getragen, und bei der Entstehung waren Hochschullehrer, nicht zuletzt der Frühneuzeithistoriker Volker Press, maßgeblich beteiligt. Die Hochschullehrer haben auch die nicht unumstrittene Deutung gestärkt, dass die modernen Parlamente aus den vor-modernen Landständen hervorgegangen seien. Demnach führte von den Ständen der Territorien im Raum des späteren Bundeslandes Hessen eine Linie zur parlamentarischen Moderne und zum Zusammengehen im neuen Gesamthessen. Zur selben Zeit wurde auch mit dem Projekt des Handbuchs der hessischen Geschichte der Weg der Integration durch Addition beschriftet: Mit maßgeblicher Unterstützung des Landes sollten so alle Territorien im Raum des späteren Hessen mitsamt ihren historischen Anhängseln und Exklaven behandelt werden, dies in Territorialbeiträgen ebenso wie in Querschnittsartikeln. Hier stand kein normativer und ausgrenzender Hessen-Begriff als Leitbild vorneweg, sondern es handelte sich um den Zugriff auf eine Vielfalt an Erb-Stücken, die kompiliert werden sollte. Die integrative Absicht ergibt sich aus dem Band, den Walter Heinemeyer, Vorsitzender der Marburger Historischen Kommission für Hessen, 1986 im Vorgriff auf das Handbuch herausgegeben hat.⁷¹ Schon der Titel, „Das Werden Hessens“, unterstreicht, wie die Geschichte im hessischen Raum verstanden werden sollte. Die amerikanische Besatzungsmacht

⁷⁰ Vgl. Helmut Berding, Parlamentarismus in Hessen. Der Beitrag des Forschungsvorhabens „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ zur hessischen Landesgeschichte, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54, 2004, S. 249–260.

⁷¹ Walter Heinemeyer (Hg.), Das Werden Hessens, Marburg 1986 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, 50).

folgte, hieß es im Vorwort, dem „Wunsch der Bevölkerung nach einem hessischen Gesamtstaat“, denn in der Bevölkerung sei schon lange zuvor „ein gesamthessisches Bewusstsein erwachsen“. Nach der Anlage des Buches musste man annehmen, dass mit der „Germanisierung Hessens“, so der Titel des chronologisch ersten Beitrags, das „Werden Hessens“ einsetzte.⁷² Auch der schon erwähnte Vorsitzende der Darmstädter Hessischen Historischen Kommission, Eckhart G. Franz, betonte wiederholt weit vor das 20. Jahrhundert zurückreichende, von den Amerikanern lediglich bestätigte Einigungsbestrebungen. Heinemeyer schloss 1986 sein Vorwort zum „Werden Hessens“ mit einem Gruß an „Meine hessischen Landsleute“ und zitierte das erst kurz zuvor entdeckte, in seiner Deutung durchaus umstrittene sogenannte Hessenlied von 1450 als Ausdruck jahrhundertelanger Tradition: „Würdig des Lobes ist mit seinem Stamme, mit seinem Stamme das Land Hessen. O tüchtigstes Hessen, weit berühmter, friedlichster Stamm!“⁷³ Die allenthalben beschworene und gerühmte Vielfalt des Erbes Hessens wurde so zur Tradition verschmolzen.

3. Geschichte als Tradition

In der Mitte der 1980er-Jahre bahnte sich also ein erneuter Paradigmenwechsel an, der unter den Leitbegriff „Geschichte als Tradition“ gestellt werden kann. Zum Durchbruch kam er im Zusammenhang der Wende von 1989/90, die auch ein neues Nachdenken über die Identität der Länder und namentlich Hessens zur Folge hatte. Die Annäherungen von Thüringen und Hessen, ausgedrückt auch durch Historiker-Zutun in der Landesausstellung „Hessen und Thüringen“ im Marburger Schloss 1992,⁷⁴ und der Export hessischen Geschichtspersonals nach Thüringen, schließlich zeitweise Überlegungen zur Länderreform mögen dazu beigetragen haben. Für die Denkmalpflege habe ich den schleichenden Paradigmenwechsel schon angesprochen, hin zu einer Denkmalpflege, die eher der Vermittlung als der Ordnungsverwaltung dienen wollte. Was die Geschichtsschreibung angeht, so erscheint sinnfällig eine kleine Korrektur des vom Landtag getragenen Parlamentarismus-Projekts und der entsprechenden Kommission. Die offizielle Bezeichnung lautet nun „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ – der Erweiterung auf die politische Geschichte, gemeint war vor allem die Zeit nach 1945, steht dabei der Tradition stiftende Austausch der Orts-

⁷² Gerhard Mildenerger, Die Germanisierung Hessens, ebd., S. 43–53.

⁷³ Walter Heinemeyer, Vorwort, ebd., S. VI.

⁷⁴ Achim Güssgen/Reimer Stobbe (Hg.), Hessen und Thüringen. Die Geschichte zweier Landschaften von der Frühzeit bis zur Reformation, Melsungen o. J. [1991/92].

bezeichnung „in Hessen“ durch „des Landes Hessen“ gegenüber. Die zunächst additive Darstellung der hessischen Geschichte, die Pluralität des in Hessen Ererbten, wird unter der Hand in eine essenzialistisch-substantielle, eine Tradition Hessens, umgewandelt. Als deren Charakteristika wurden allerdings fortan Vielfalt, Mitte-Situation, Austausch und zunehmend auch Offenheit herausgestellt.

Besonders die Hessische Landeszentrale für politische Bildung hat in ihrer Reihe der „Schriften zur politischen Landeskunde Hessens“ eine Serie von griffigen kleinen Handbüchern vorgelegt, die zwar historische Vielfalt und Heterogenität unterstreichen, aber das Zusammenhängende und Zusammenstrebende, vor allem das Gemeinsame betonen.⁷⁵ Daraus entstand, durchaus anknüpfend an die von Georg-August Zinn 1963 präsentierte Liste kulturellen Erbes, eine Kette von Erinnerungsorten, die jeweils Traditionslinien zogen durch die Geschichte in Hessen und sie konkret verorteten: der römisch-germanische Begegnungsraum, dokumentiert durch Limes und Saalburg; die demokratische Tradition über Georg Büchner, die Revolution von 1848 und den Volksstaat Hessen in der Weimarer Zeit; die großen, weit über die Grenzen hinaus prägenden Persönlichkeiten Bonifatius, Elisabeth von Thüringen, Landgraf Philipp der Großmütige; das Erbe der Reformation, das jüngst zur Kreierung eines auch Hessen durchlaufenden Luther-Wegs geführt hat, also eines protestantischen Pilgerpfades; Frankfurt als Metropole des Handels und der großen Bankhäuser usw.

Diese hessische Tradition wurde dabei doppelt verortet: einerseits in der deutschen Geschichte. Schon Walter Heinemeyer hat 1986 im „Werden Hessens“ betont: „Hessen war immer eine Kernlandschaft des Reiches, seine Bevölkerung bekannte sich zu Gesamtdeutschland“ – man muss demnach annehmen: schon immer. Und Heinemeyer knüpfte daran unmittelbar die Situation von 1946 an: „Das neue Land gab sich eine Verfassung ‚als Gliedstaat der Deutschen Republik‘“.⁷⁶ Hessen erschien so als des Reiches bzw. der Republik treuester Vasall. Andererseits wird Hessen zugleich als europäisch charakterisiert, so im Band der Landeszentrale für politische Bildung über „Geschichte und Politik“ Hessens aus

⁷⁵ Siehe zum Beispiel Bernd Heidenreich/Klaus Böhme (Hg.), Hessen. Verfassung und Politik, Stuttgart 1997 (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens, 4); dies. (Hg.), Hessen. Geschichte und Politik, Stuttgart 2000 (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens, 5); dies. (Hg.), Hessen. Land und Politik, Stuttgart 2003 (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens, 6).

⁷⁶ Heinemeyer, Vorwort, S. V.

dem Jahr 2000: „Hessen ist ein Land in der Mitte Deutschlands und Europas.“⁷⁷ In Hessen sei deutsche und europäische Geschichte „verdichtet“ zu finden, hier wurden die Kaiser gewählt, hier trat 1848 die Nationalversammlung zusammen, hier kreuzten sich Verkehrswege und Handelsrouten, hier bündelte sich der Kapitalmarkt Deutschlands und Europas. Hessen erscheint so als historisch tief verwurzelt, aber weltoffenes Bundesland. Und dieser Topos zieht sich längst durch die politische Rhetorik, er findet sich beispielsweise auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Volker Bouffier vom 4. Februar 2014: „Hessen“, so führte der Ministerpräsident aus, „ist das internationalste Land der Bundesrepublik Deutschland – wir sind in der Mitte Deutschlands und Europas. Weltflughafen, EZB, Bundesbank, Finanzzentrum – das sind alles Leuchttürme, die international wahrgenommen werden, unsere Attraktivität für Investitionen begründen und uns einzigartige Vorteile bieten, die wir wahrnehmen müssen.“ Und das leitete in der Regierungserklärung über zur aktuellen Situation: „Menschen aller Nationen sind bei uns willkommen.“⁷⁸

Kurz: Im jahrzehntelangen Diskurs hat sich ein Narrativ herausgeschält, das Vielfalt, Austausch, Mitte-Mythos und Weltoffenheit zur Landesidentität verbindet und historisch verankert. Eine stringente oder gar manipulative Geschichtspolitik aber hat es dennoch in Hessen nie gegeben. Oft waren es eher Historiker, die die Politik daran erinnerten, dass Geschichte zur Ausbildung von Landesbewusstsein dienen könne, und die ihre Expertise anboten – nicht ohne auf die Notwendigkeit angemessener materieller Ausstattung bei dieser Aufgabe hinzuweisen. Sehr wohl aber hat sich eine immer dichtere Landschaft an Geschichtsinstitutionen, Denkmalschutzvorkehrungen, Preisen und Initiativen entwickelt, zuletzt etwa mit dem Arbeitskreis für hessische Zeitgeschichte. Initiativen zur stärkeren Verbindung und Konzentration haben regelmäßig eher zu einer Vermehrung der Organisationen und potenziellen Identitätsproduzenten geführt, nicht zu einer Substitution. Bei diesem wohlthuenden Gerangel kann sich keine hegemoniale Deutung hessischer Identität herausbilden. Weniger denn je ist in essenzieller Perspektive zu fassen, was ein Hesse ist. Mehr denn je gilt: Hesse ist, wer in Hessen wohnt.

⁷⁷ Bernd Heidenreich/Klaus Böhme, Hessen. Geschichte und Politik, S. 5.

⁷⁸ https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/regierungserklaerung_2014.pdf (letzter Zugriff 16.11.2016).

WAHLKAMPF, LÄNDERPARLAMENTE UND POLITISCHE KULTUR

Einleitung: Prof. Dr. Winfried Speitkamp



*Sehr geehrte Damen und Herren,
guten Morgen! Ich freue mich, dass Sie alle wieder zur zweiten Runde hier sind. Auch in den nächsten vier Stunden wird es um Landesbewusstsein und Identitätspolitik in Hessen gehen. Möglicherweise werden wir auch dann noch nicht definieren können, was hessische Identität ist. Aber auch das ist ein Ergebnis und vielleicht nicht das schlechteste. Darüber werden wir weiter diskutieren und hoffentlich streiten.*

Wir haben heute Morgen für die erste Sektion zunächst zwei Vorträge vorgesehen, die das Thema „Wahlkampf, Länderparlamente und politische Kultur“ aus zwei Perspektiven – außerhessisch und hessisch – betrachten sollen. Wie gestern auch stelle ich kurz die beiden Referenten vor. Die Vorträge werden zunächst unmittelbar aufeinanderfolgend präsentiert und danach werden wir sie zusammen diskutieren.

PROF. DR. THOMAS MERGEL



Thomas Mergel ist Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität. Er hat ein weites Itinerar. Ich nenne nur die Orte: Regensburg, Bielefeld, Bochum, Harvard University, Chicago, dann wieder Bochum, Prag, Potsdam, Basel, bevor er 2008 an die Humboldt-Universität zu Berlin gekommen ist. Er kommt aus der Sozialgeschichte klassischer Bielefelder Prägung, würde sich aber jetzt wahrscheinlich eher der Kulturgeschichte zurechnen, zumindest einer kulturgeschichtlichen Auseinandersetzung mit der Sozialgeschichte. Zu seinen Monografien, die außerordentlich einflussreich waren, zählen die Arbeit über das katholische Bürgertum im Rheinland 1794 bis 1924, das Buch „Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik – Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag“, ein Buch, das zur Neubewertung der Weimarer Republik beigetragen hat, und die „Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik“ (**Vorstellung durch Prof. Dr. Winfried Speitkamp**).

DEMOKRATIE ALS SACHLICHKEIT. ZUR WAHLKAMPFKULTUR DER ALTEN BUNDESREPUBLIK

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer heute über dieses Thema spricht, wird nicht umhin können, das Publikum mit einem Verweis auf den soeben zu Ende gegangenen US-amerikanischen Wahlkampf einzufangen. Wenn auch in den bundesdeutschen Wahlkämpfen immer wieder von zu wenig Polarisierung und zu viel Langeweile die Rede ist, so wird doch der Blick auf das, was wir in den letzten Monaten von jenseits des Atlantiks erleben mussten, den meisten nicht nur hier im Saal das Gefühl einer großen Differenz der politischen Kulturen vermittelt haben. Im Wahlkampf zwischen Clinton und Trump erschien uns Amerika sehr fremd.

Das war einmal anders. Unter dem Begriff der „Amerikanisierung“ ist lange einer Konvergenz der politischen Kulturen das Wort geredet worden, einer Konvergenz, die geradezu naturwüchsig schien, weil sich damit die Assoziation von umfassender Modernität verband. Irgendwann würden wir in unseren politischen Kommunikationsformen so sein wie die Amerikaner, so war die von kaum jemandem angezweifelte Botschaft. Die Personalisierung, die Professionalisierung durch Marketingspezialisten sowie die Präsentation von Politik als Unterhaltungsveranstaltung: All das würde auch bei uns Einzug halten.

Von dieser Konvergenztheorie kann heute nicht mehr ohne Weiteres die Rede sein. Sowohl im politischen Feuilleton als auch in der empirischen Politikwissenschaft werden eher die unterschiedlichen nationalen Entwicklungspfade der politischen Kulturen betont.

Das möchte ich im Folgenden auch tun. Im Blick auf die alte Bundesrepublik und am Beispiel des Wahlkampfs möchte ich deren eigene politische Traditionen und einen spezifischen, sehr beharrungsfähigen Stil der Kommunikation herausarbeiten, immer mit Blick darauf, wie es mit den drei genannten Indikatoren für „Amerikanisierung“ bestellt war, also: Personalisierung, Professionalisierung, Politik als Unterhaltung.

» *Anstatt sich zu demütigen, indem sie
sich selbst anpriesen, nutzten die
Politiker den Wahlkampf als ein Mittel
der politischen Pädagogik.* «

Dieser Stil ist nicht zu denken ohne die Vergangenheit und deren Bewältigung. Denn als zentrales Kennzeichen des Nationalsozialismus galt dessen Propaganda, mobilisierend, bilder- und symbolstark, manipulativ. In der Bonner Demokratie aber wollte sich keiner dem Vorwurf aussetzen, er mache es wie die Nazis, und damit verboten sich bestimmte Formen der politischen Werbung von selbst. Allerdings war eine solche Propaganda in der Wahrnehmung der Zeitgenossen kein Reservat der Diktaturen. Gerade die Wahlkampfkultur im demokratischen Vorbildland jenseits des Atlantiks schien vielen doch recht nahe an dem, was man von den Nazis und den anderen europäischen Diktaturen kannte. Wahlkampf mit Mitteln des Marketings, mit symbolischer Eindringlichkeit, triumphalem Siegestrag und Bilderflut, kurz: „amerikanischer“ Wahlkampf: All das erinnerte die Deutschen der 1950er- und 1960er-Jahre sehr an die Propagandatechnik der eigenen, aber auch der kommunistischen Diktatur, mithin an Manipulation und Verführung. Das eigene Lernen der Demokratie, die Frage, wie man eine demokratische Propaganda betreiben könne, wurde deshalb nicht nur in Absetzung von der eigenen Vergangenheit, sondern auch vom amerikanischen Vorbild verfolgt. Ich benutze den Begriff der Propaganda übrigens deshalb so unverstellt, weil es sich um einen Quellenbegriff handelt: Bis weit in die 1960er wurde er ohne Bedenken gebraucht und war eigentlich ein anderes Wort für „Werbung“.

Wie also konnte eine solche demokratische Propaganda nun aussehen? Um dieser Frage nachzugehen, greife ich weit ins 19. Jahrhundert zurück. Im Herbst 1861 wurde Johann Jacoby, ein Aktivist der Revolution von 1848/49 und in den Jahren danach ein Protagonist des preußenkritischen Flügels der liberalen Bewegung, von politischen Freunden aufgefordert, für die neu gegründete Fortschrittspartei um ein Mandat im Preußischen Abgeordnetenhaus zu kämpfen. Das tat Jacoby nicht. Er betrachtete ein solches Ansinnen vielmehr als Zumutung und lehnte kategorisch ab: „Soll ich mich etwa durch zierliche Rede um die Gunst der vielköpfigen Wahlmannschaft bewerben? Soll ich wie ein Student mich aus dem Veruruf herauspauken? Dazu darf und werde ich mich nicht verstehen.“ Um

politische Unterstützung für seine eigene Person zu werben, bedeutete für Jacoby eine Erniedrigung, die mit seiner Ehre nicht zu vereinbaren war. Denn dazu gehört Eigenlob, und dieses stinkt bekanntlich. Wer für sich selber werben muss, hat offenbar niemand anderen, der für ihn spricht.

Weil aber die Bürger sich in Zeiten der Massenpolitisierung dennoch dem politischen Wettbewerb um die vielen Stellen mussten, machten sie aus der Not eine Tugend. Anstatt sich zu demütigen, indem sie sich selbst anpriesen, nutzten sie den Wahlkampf als ein Mittel der politischen Pädagogik, als einen Ort, an dem wie in einem Planspiel Politik eingeübt werden könne. Im Kaiserreich, als das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht erstmals die Massen an die Wahlurne brachte, entwickelte sich deshalb eine Kultur, die eine spezifische Rationalität im Umgang mit dem politischen Gegner anstrebte. Das äußerte sich vor allem in einer enormen Bedeutung von Text und Sprache; das erstmals 1881 erschienene „ABC-Buch für freisinnige Wähler“, ein Klassiker an Wahlkampfmaterial, das von dem Linkliberalen Eugen Richter herausgegeben wurde, erweist dies eindrucksvoll. Es listete alphabetisch Streitbegriffe und Argumente auf und umfasste in der dritten Auflage 544 Seiten. Es kostete sogar Geld, und zwar nicht wenig: 4 Mark – das war der Tageslohn eines qualifizierten Arbeiters. Wer sollte so etwas lesen? Dass das Werk aber bis 1903 zehn Auflagen erreichte, verweist auf die Beliebtheit solcher Medien, die mit der Wahlwerbung gleichzeitig politische Bildung vermittelten. Der Wahlkampf wurde aufgefasst wie ein rationaler Austausch von Pro- und Kontra-Argumenten, als eine Debatte mündiger Bürger. Auf allen Seiten des politischen Spektrums war es etwa üblich, dass man auch den politischen Gegner zu Wahlkampfveranstaltungen einlud und ihm Redezeit zur Verfügung stellte, damit er seinen Standpunkt darlegen könne.

Die Tradition des deutschen Wahlkampfs basierte also nicht auf Fähnchen und Fackelzügen, wie das in den USA der Fall war, wo der Kandidat immer auch Unterhaltung und Freibier mitbrachte, sondern auf Unterweisung und Argumentation. In der Bundesrepublik wurde sie nach den Erfahrungen der NS-Zeit mit Emphase wieder aufgenommen. Der Zentralbegriff dafür hieß „Sachlichkeit“. Ursprünglich war der Begriff antidemokratisch gemeint gewesen: Sachlichkeit bedeutete, neutral zu sein und also über den parteiischen Parteien zu stehen. In der Bundesrepublik wandelte sich die Begrifflichkeit hin zu einer Forderung an den politischen Stil von Demokraten: Gute Demokraten müssen nicht schimpfen, verleumden und mit verführerischen Bildern manipulieren, sondern sie hören zu, argumentieren und prüfen andere Standpunkte vorurteilsfrei



auf ihren sachlichen Gehalt. „Sachlichkeit“ wurde in der Bundesrepublik zu einem demokratisch besetzten Begriff.

Damit möchte ich jedoch nicht gesagt haben, dass der deutsche Wahlkampf tatsächlich sachlicher war als der amerikanische oder der britische. Lange Zeit galt das Gegenteil, vor allem in den Fünfzigerjahren, als man sich unbekümmert im Arsenal der Vergangenheit bediente, um den politischen Gegner zu diffamieren. Wenn etwa 1957 – Adenauer war acht Jahre im Amt – die SPD forderte, dem Kanzler keine zwölf Jahre Zeit zu geben, so wie Hitler, so war das nur eine Replik auf die tags zuvor von Adenauer geäußerte Befürchtung, dass mit einem Sieg der SPD der Untergang Deutschlands verknüpft sei. Jedoch: Mit zunehmender Dauer der Bundesrepublik wurde dieser Konfliktstil von den Bürgern nicht mehr goutiert. Umfragen und Bürgerbriefe sprachen deutlich aus, dass man nicht zu diesen Zuständen, die man mit der Weimarer Republik verband, zurück wollte. Wenn ich von Sachlichkeit spreche, spreche ich also von Erwartungen der Bürger, denen man gerecht zu werden hatte. Sie verteilten schlechte Noten, wenn sie das Gefühl hatten, sie seien nur das Objekt von Werbung und die politischen Gegner würden sich gegenseitig nicht als Demokraten schätzen.

Wegen dieser Erwartungen mussten sich Politiker als sachlich inszenieren. Es handelt sich also durchaus auch um einen Darstellungsstil; er zwang aber Bürger und Politiker zu bestimmten Umgangsformen und wirkte dadurch moderierend im politischen Konflikt. „Schimpfen“ oder Lügen, Verunglimpfung des politischen Gegners oder der Appell an die niederen Instinkte: Solche Umgangsformen wurden immer auch als ein Hinweis auf die unzureichende demokratische Dignität von Politikern gelesen.

Das galt auch für Werbemittel. Die Bürger wollten als nüchterne und kompetente Akteure im politischen Spiel wahrgenommen werden, und unter Wahlkampf wollten sie deshalb nicht Reklame, sondern Information und politische Pädagogik verstanden wissen. Deshalb hörte man immer wieder Kritik an Werbespots, Plakaten und dem, was man „Schnickschnack-Werbung“ nannte: Fähnchen, Kugelschreiber und andere Gimmicks – denn was sollte all dies mit politischer Information zu tun haben?

Damit waren die Bürger durchaus auf einer Linie mit den Politikern. Auch diese trauten den Werbefachleuten nicht und bedienten sich ihrer nur zögerlich. Wenn es nicht handverlesene Leute wie der Journalist Erich Peter Neumann waren, in deren Hände Konrad Adenauer seinen Wahl-

Die Werbeleute wollten Politik verkaufen

» *wie Seife, und ein so austauschbares* «
Produkt wie Seife war Politik doch «
einfach nicht!

kampf legte, ohne groß jemanden zu fragen, dann waren es Politiker und erst seit den 1970er-Jahren auch hauptamtliche Parteifunktionäre, die den Wahlkampf verantwortlich führten. Die Werbeleute blieben in einer dienenden Rolle, denn die Politiker hielten sich auf dem Feld der politischen Kommunikation einfach für die Kompetenteren. Die Werbeleute wollten Politik verkaufen wie Seife, und ein so austauschbares Produkt wie Seife war Politik doch einfach nicht! Man erwartete deshalb von Werbeagenturen, dass sie der Partei, für die sie werben sollten, auch politisch nahestünden, um mit Überzeugung werben zu können. Das konnte die Sache durchaus erschweren: Als die CDU für den Wahlkampf 1972 zehn der angesehensten deutschen Agenturen zum Pitch einlud, sagten sechs sofort aus grundsätzlichen oder politischen Gründen ab; beinahe wäre im Weiteren das Engagement der Firma Team an dem Umstand gescheitert, dass der Inhaber FDP-Mitglied war. Erst als dieser aus der Partei ausgetreten war, erhielt er den Auftrag.

Umgekehrt kritisierten die professionellen Werber an den Politikern, dass sie das Grundprinzip der Werbung nicht verstanden hätten, das auch für die politische Werbung gälte: Der Wurm muss nämlich nicht dem Angler

schmecken, sondern dem Fisch. Die Politiker, so die Reklamespezialisten, wollten in den Slogans nur ihre eigene Meinung bestätigt sehen, und damit könne man doch nur die ohnehin schon Überzeugten ansprechen. Die Werbefachleute hatten ihre liebe Mühe mit den Politikern, die nicht verstanden, dass man auch auf diejenigen zielen müsse, die der eigenen Sache eher fernstanden.

Was bedeutete diese Fixierung auf Sachlichkeit einerseits, die Spannung zwischen Politik und Werbung andererseits für den Wahlkampf?

Zunächst war, erstens, der Wahlkampf in viel höherem Maß, als man vielleicht annehmen würde, Versammlungswahlkampf. Kandidaten fuhren über die Dörfer und stellten sich in Wirtshäusern und Gemeindegäulen den Wählern. Die bekannteren Politiker wurden darüber hinaus überregional bei Veranstaltungen eingesetzt, viele kamen in einem Wahlkampf auf Hunderte von Veranstaltungen. Diese waren zumeist keine Events, in denen großartige Gefühle aufgerufen wurden. Kein Feuerwerk, keine Paraden und Lichtdome, sondern Rede, Gegenrede, Diskussion. Der gegebene Ort dafür war das lokale Wirtshaus, und oftmals führte der Weg zur Gewinnung des Vertrauens der Wähler über das Trinken mit ihnen. Das Wirtshaus war mithin ein originär politischer Ort. In den 1960er-Jahren, im Umfeld der Studentenbewegung, wurde das Diskutieren gar zu einem Volkssport, und mancher Politiker erlebte es, dass ihm die Veranstaltung aus der Hand genommen wurde und die Bürger untereinander zu diskutieren angingen, sodass ihm nur noch die Aufgabe des Moderierens blieb. Laut einer Umfrage der CDU von 1969 gingen über 90 Prozent ihrer Wahlveranstaltungen mit einer Diskussion vorstatten. Gerade in den kleineren Orten betätigten sich auch der Jugend- oder der Schützenverein als Veranstalter, und sie luden häufig die Kandidaten der verschiedenen Parteien ein; die Bürger sollten sich so ihre Meinung bilden können. Als 1969 die Elefantenrunden im Fernsehen aufkamen, wurden diese flugs vor Ort nachgeahmt. Manchem Bürger mochte dies zu wenig Schlachtgetümmel, zu wenig Spannung sein. Aber der Befriedung der Bonner Demokratie wie auch der Politikvermittlung diente es durchaus.

Dennoch, zweitens, ging die Medialisierung der Politik auch am deutschen Wahlkampf nicht vorbei. Hier aber war man vor allem im Bezug auf das Fernsehen durchaus zögerlich. Keine Rede kann davon sein, dass der Wahlkampf sich unaufhaltsam zu einer Fernsehveranstaltung entwickelt hätte, wie dies viele Spezialisten voraussagten. Im Gegenteil: Er wurde mit den Jahren zu einer immer bombastischeren Papier-

Kein Feuerwerk, keine Paraden und
Lichtdome, sondern Rede, Gegenrede,
Diskussion. Der gegebene Ort dafür
war das lokale Wirtshaus ...

schlacht. Nur ein Beispiel: Die gesamte Auflage aller Druckschriften der SPD betrug 1953 36 Millionen; 1976 aber wurden dann über 200 Millionen Druckerzeugnisse verteilt: Plakate, Flugblätter, Inserate, Broschüren, Wahl-illustrierte. Fragt man nach den Wahlkampfkosten, so entfielen bis in die 1980er-Jahre mit einer beeindruckenden Konstanz bei beiden Parteien etwa zwei Drittel aller Ausgaben auf Papierwerbung.

Am deutlichsten fiel die Papierorientierung bei der Hochschätzung der Plakate auf. Von Wahlkampfmachern wie auch von den Bürgern wurden sie als das Werbemedium schlechthin gesehen, vor allem deshalb, weil man ihnen nicht gut ausweichen konnte. Wenn man jeden Tag zum Bahnhof muss und dort unübersehbar Plakatwände warten, entgeht man ihnen nicht. Deshalb legten die Wahlkampfmacher großen Wert darauf, möglichst viel Plakatfläche zu buchen. Jenseits der öffentlichen Anschlagstellen buchten sie auch kommerzielle Anschlagflächen, und in manchen Jahren waren im Wahlkampf bis zu 80 Prozent aller verfügbaren Plakatflächen politisch belegt.

Interessant waren die Plakate vor allem deshalb, weil sie prägnanten Text mit Bild verbanden. Diese Kombination wurde aber vom Text her gedacht, und das war vor allem der Slogan, als dessen Haupttransportmittel die Plakate angesehen wurden. Slogans galten als der Kern des Wahlkampfs: Sie konkretisierten die assoziativen Bilder. Sprüche wie „Keine Experimente“, „Freiheit statt Sozialismus“ oder „Auf den Kanzler kommt es an“ haben ihren Weg in das kollektive Gedächtnis der Deutschen gefunden, und sie verdichteten die Botschaft für ganze Epochen. Eine solch wichtige Aufgabe wollten die Politiker nicht den Werbespezialisten überlassen, und die meisten Werbeslogans wurden nicht in den Agenturen, sondern in den Wahlkampfleitungen und in der Partei erfunden. „Freiheit statt Sozialismus“, der wohl berühmteste aller Wahlkampfslogans, wurde im Wahlkampf 1976 in den Gremien der Partei auf Anraten von Elisabeth Noelle-Neumann gar gegen das explizite Votum der Werbeagentur durchgedrückt. Die Demoskopin hatte aus Umfrage-

ergebnissen, wonach die Deutschen eine große Abneigung gegenüber dem Wort „Sozialismus“ empfanden, den kontroversen Slogan geschlossen, gegen die Empfehlung der Agentur, die mit dem positiveren Slogan „Kanzler für Frieden und Freiheit“ dem Kandidaten Helmut Kohl auch die Wechselwähler erschließen wollte.

Bewegte Bilder spielten gegenüber den Papiermedien lange eher eine Randrolle. In den 1950er-Jahren liefen Wahlwerbespots in den Kinos im Vorprogramm und suchten hier den Anschluss an die zeitgenössische Werbesprache, abgestimmt auf ein unterhaltungsbereites Publikum. Zeichentrick, gereimte Texte und leichte Musik waren unabdingbar. Die CDU hatte hier einen großen formalen Vorsprung. Während die SPD immer mit erhobenem Zeigefinger unterwegs war, präsentierte die CDU ihre Warnungen vor dem Kommunismus und den stolzen Verweis auf das Wirtschaftswunder humorig verpackt. Der Versuchung, die SPD lächerlich zu machen, gab sie erst 1965 nicht mehr nach.

Diese Linie unterhaltender Politikwerbung brach mit dem Fernsehzeitalter zunächst wieder ab. Das lag an den spezifischen Bedingungen des deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Denn dieses – und ein anderes gab es ja bis in die Mitte der 1980er-Jahre nicht – hatte eine Informationspflicht, und deshalb mußten die Sender seit 1957 den Parteien Sendezeit gratis zur Verfügung stellen. Der Einzug des Fernsehens verbilligte mithin den Wahlkampf zunächst erheblich. Wahlwerbespots wurden aber eben auch als Information wahrgenommen, und als solche wurden sie lange Zeit präsentiert. Information braucht ihre Zeit; die im Fernsehen gezeigten Wahlfilme waren deshalb meist fünf, manchmal auch zehn Minuten lang.

Erst 1969 wurden die Fernsehspots auf zweieinhalb Minuten gekürzt, nicht ohne den Widerspruch vieler, die meinten, dass für eine Information auch fünf Minuten eigentlich zu kurz seien. Am besten, so manche Vorschläge, sollten die Wahlsendungen der Parteien je eine halbe Stunde lang sein. Heute, das zur Erinnerung, sind die Spots im öffentlich-rechtlichen Fernsehen 90 Sekunden lang, im privaten 30 Sekunden. Diese Länge haben die Werbepsychologen als die optimale Dauer für die Beeinflussung der Rezipienten ausgemacht.

Wegen dieser Länge waren die Spots formal völlig anders aufgebaut als heute. Meist waren sie als kleine Geschichten um ein Thema oder um eine Person herum organisiert, wobei der Grad der Personalisierung insgesamt relativ gering geblieben ist und über die Jahre auch nicht anstieg. Eine

» » „Sicherheit“ ist der bei Weitem
erfolgreichste Wahlkampfbegriff der
gesamten bundesrepublikanischen
« «
Geschichte.

Ausnahme stellt aber die Kampagne für Willy Brandt gleich am Anfang des Fernsehzeitalters, 1961, dar. Der damals 47-jährige, allgemein als attraktiv geltende Regierende Bürgermeister von Berlin wurde nicht nur als jugendlicher Held gegen den 85-jährigen Adenauer präsentiert, sondern zeigte sich auch als ein exemplarischer Bürger, der an der Ampel wie alle anderen wartete, dort einen Plausch mit den Fußgängern hielt und im Übrigen ein völlig unspektakuläres, aber sympathisches Familienleben führte, mit seinen Jungs angeln ging und mit seiner Familie im Garten Kaffee trank. Diese personalisierte Sympathiewerbung nahm in der Tat Anleihen aus den USA. Brandts Wahlkampfmanager Klaus Schütz hatte den Präsidentschaftswahlkampf 1960 in den USA studiert und brachte Anleihen davon nach Deutschland.

Bei Anleihen blieb es indes. Die politische Wahlwerbung blieb in Deutschland nicht nur in den Formen, sondern auch im Inhalt stark auf deutsche Konstellationen bezogen. Die Parteien lernten weniger von Amerika als voneinander. Der Wandel des deutschen Wahlkampfs, der zunächst von der CDU vorangetrieben worden war, entwickelte sich in den 1960er- und 1970er-Jahren als eine Art Pingpong-Spiel, bei dem typischerweise die Partei Neues wagte, die soeben verloren hatte. Die anderen Parteien zogen aber schnell nach, sodass man seit den 1960er-Jahren in den Formen des Wahlkampfs eine zunehmende Konvergenz erkennen kann. Man kann das demonstrieren an den Fernsehspots, die Ikonen der Modernität wie Autobahnen, Universitäten oder Atomkraftwerke zeigten, verbunden mit Signalworten wie „Vertrauen“, „Zukunft“ oder „Sicherheit“ – „Sicherheit“ ist der bei Weitem erfolgreichste Wahlkampfbegriff der gesamten bundesrepublikanischen Geschichte. Man kann es auch zeigen an den Plakaten, die zunehmend auf die schreienden Farben verzichteten und eine gewisse ästhetische Nüchternheit an den Tag legten – auch dies eine Form von Sachlichkeit.

Diese formale Angleichung ist bemerkenswert angesichts der tiefen Konflikte der 1970er-Jahre, als so gut wie jedes Thema zur Polarisierung

» Bei allem Getöse waren die
Zuschauer doch am meisten
« von denen angetan, die es mit
der Sachlichkeit hielten.

taugte. Ob Entspannungs- oder Sozialpolitik, ob Abtreibung, Schulpolitik oder Kriegsdienstverweigerung: Die 1970er-Jahre waren von einer kulturkampfartigen Konfliktatmosphäre gekennzeichnet. Diese zeigte sich nicht im Design der Plakate oder Fernsehspots, wohl aber in den Versammlungen und Auftritten der Spitzenkandidaten, die die aggressive Wahlkampfkultur der 1950er-Jahre wieder aufleben ließen. Wieder rückte man sich wechselseitig in die Nähe der noch lange nicht bewältigten Vergangenheit, wieder warf man sich gegenseitig Charakterschwäche und Unfähigkeit vor. Wer den letztjährigen US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ob seiner Regelverletzungen anprangert, der möge sich einmal die Beschimpfungen zu Gemüte führen, mit denen Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß einander 1980 bedachten.

Die Polarisierung hatte eine wichtige Folge: Die Wahlbeteiligung stieg in den 1970er-Jahren enorm an. 90 Prozent oder mehr sind ein internationaler Spitzenwert, übertroffen nur noch von Ländern mit Wahlpflicht oder sozialistischen Diktaturen. Gleichzeitig aber nahm der Unmut der Bürger über die Regelverletzungen zu, und gerade der Wahlkampf von 1980 hat miserable Noten erhalten. Andererseits aber wollten die Bürger durchaus auch politische Kampfszenen sehen. In den Kandidatendiskussionen im Fernsehen, die in unterschiedlichen Formaten seit 1969 ausgestrahlt wurden, bekamen sie diesen Kampf serviert, und hier waren im Konflikt wiederum deutliche Momente von Politik als Unterhaltung zu erkennen. Lange hatten die Politiker den Bildschirm eher gemieden, und über ihre Telegenität äußerten sich auch die eigenen Wahlkampfmanager äußerst skeptisch. Den deutschen Politikern war das Medium fremd; viel lieber als in einem Studio, in dem sie keine unmittelbare Rückmeldung erhielten, traten sie in Bierzelten oder Wirtshäusern auf, selbst wenn sie hier wesentlich weniger Breitenwirkung erreichten. Aber die Schauplätze des realen Getümmels erschienen ihnen doch als authentischere politische Orte.

In den Kandidatendiskussionen aber wurde das Reality-Format mit dem medialen Format verquickt: Hier konnten die Politiker das Weiße im Auge

des Gegners sehen und den Adrenalinschub des politischen Streits genießen, und gleichzeitig konnten sie hoher öffentlicher Aufmerksamkeit gewiss sein. Diese Diskussionen, die vor allem in den Siebzigerjahren äußerst populär waren, hatten nicht viel mit den Inszenierungen von heute zu tun. Es handelte sich um „reale“ Diskussionen, bei denen die Tische voller Akten lagen, bei denen die Kandidaten rauchten, Whisky tranken und wo es auch ordentlich Krawall geben konnte. Auf das Training ihrer Fragen und Antworten legten die Beteiligten lange Zeit wenig Wert – für sie war es ja keine Inszenierung. Rainer Barzel gab 1972 an, sich nicht extra vorzubereiten, weil alle auftauchenden Fragen im Wahlkampf schon behandelt worden seien. Noch weniger interessierten sie ihr Auftreten, ihr nonverbales Verhalten oder ihre Kleidung. 1980 blieb Franz Josef Strauß taub gegenüber den Vorhaltungen seiner Tochter Monika, warum er denn für die Fernsehdiskussion vor der Wahl „das allerletzte Trumm von Anzug“ aus dem Kofferraum seines Dienstwagens angehabt habe. Franz Josefs Einwand: Die Leute hätten ihm zuhören und nicht seinen Anzug anschauen sollen. Bei diesen Fernsehdiskussionen kamen die politischen animals zusammen, und den Bürgern gefiel das. Die Zuschauerquoten bis zu 80 Prozent kamen freilich auch deshalb zustande, weil ARD und ZDF zeitgleich übertrugen und so die Bürger geradewegs zur Politik gezwungen wurden. Noch gab es kein Privatfernsehen.

Wer bei solchen Diskussionen gewinnt, ist naturgemäß schwer zu sagen. Klare Voten der Zuschauer gab es aber meist für die FDP-Vertreter; denn Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher konnten sich als ruhig und unpolemisch darstellen. Bei allem Getöse waren die Zuschauer doch am meisten von denen angetan, die es mit der Sachlichkeit hielten. Sie waren also durchaus widersprüchlich in ihren Urteilen: Einerseits wollten sie den Wahlkampf als Ort von sachlicher Information und gepflegter Diskussion erhalten wissen, wollten informiert und als Bürger ernst genommen werden. Andererseits hatten sie durchaus Spaß an Kampfgetümmel und Pulverdampf.

Seit dieser Zeit hat sich viel verändert. Ich sehe drei Momente des Wandels und komme damit zum Schluss. Erstens: Seit den 1970er-Jahren gerieten die etablierten Parteien immer mehr unter den Druck der außerparlamentarischen Bewegungen; das Wort von der „Politikverdrossenheit“, die als „Parteienverdrossenheit“ gedeutet wurde, machte die Runde. Das hat zweifellos die Spannungen innerhalb der politischen Klasse reduziert. Zweitens: Seit der Mitte der 1980er-Jahre wurde der private Rundfunk eingeführt, und RTL und SAT1 maßen der Politik bei Wei-


 Während seit den 1980er-Jahren die
 Kooperationsbereitschaft der
 Parteien stieg und die Wahlkämpfe
 ausgesprochen freundlich wurden,

 sank gleichzeitig die Wahlbeteiligung.

tem nicht denselben Stellenwert zu wie die öffentlich-rechtlichen Sender. Damit erhielt die Politik ein Aufmerksamkeitsproblem, denn man konnte die Bürger jetzt nicht mehr zur Politik zwingen. Schließlich hat – drittens – sicher auch die Wiedervereinigung ihre Folgen gezeitigt, denn die Skepsis gegenüber offizieller Politik und Parteien ist im Osten sehr viel größer als im Westen. Um dem entgegenzuwirken, haben die Wahlkampfmacher seither in zunehmendem Maß auf mediale und Ereignisformate gesetzt, die einer amerikanisierten politischen Kommunikation mitunter schon recht nahe kommen – mit weiterhin deutlichen Unterschieden. Wir sind heute näher an Amerika als vor 20 Jahren, allerdings mit einem sehr viel geringeren Aggressionsniveau als dort, und das hat viel mit der beschriebenen Kultur der Sachlichkeit als demokratischer Tugend zu tun. Die teilweise tumultuösen 1970er-Jahre konnten nur kurz die Pazifizierung aufhalten, die seit dem Anfang der 1960er-Jahre zu beobachten ist und die den langen Überhang der Konfliktkultur der Zwischenkriegszeit beendete. Der Abbau an Aggressionen wurde freilich von vielen Bürgern auch als ein Zuwachs an Langeweile wahrgenommen, und hier zeigt sich ein systematisches Problem: Die Bürger wollten Sachlichkeit, weil sie damit demokratische Kultur verbanden. Aber Konflikte erhöhen auch die Mobilisierbarkeit und damit die Teilnahme der vielen. Wenn das Kampfgetöse fehlt, erscheint die Sache als weniger wichtig. Während seit den 1980er-Jahren die Kooperationsbereitschaft der Parteien stieg und die Wahlkämpfe ausgesprochen freundlich wurden, sank gleichzeitig die Wahlbeteiligung, und dieses Argument wird durch den Aufstieg der AfD und die durch sie bewirkte Erhöhung der Wahlbeteiligung unterfüttert – übrigens nicht nur durch vorherige Nichtwähler, die jetzt die AfD wählen, sondern auch durch vorher abstinente Bürger, die nun die AfD möglichst klein halten wollen.

Der deutsche Wahlkampf hält sich bis heute relativ fern von Krawall und Gebrüll. In vielen politischen Figuren des deutschen Politikbetriebs, allen

voran der Kanzlerin, kann man sehr deutlich noch die alte Sachlichkeit erkennen, eine gewisse Abneigung gegenüber den performativen Aspekten und der Inszenierung. Man kann das langweilig nennen, man könnte aber auch von einer Seriosität der deutschen Politik sprechen, die sich insofern vom Stil anderer europäischer und außereuropäischer Länder durchaus abhebt. Ob die Deutschen damit tatsächlich, wie es momentan scheint, gefeierter gegen die Welle der Kritik an den politischen Eliten sind, die derzeit durch Europa schwappt, und nicht nur hier, ist damit noch nicht gesagt.

PROF. DR. CHRISTOPH CORNELISSEN



Christoph Cornelissen ist seit 2012 Professor für Neueste Geschichte an der Universität Frankfurt am Main. Er ist im zinnischen Sinne ein Willenshesse. Er hat ebenso ein weites Itinerar hinter sich: Düsseldorf, University of Stirling, Saarbrücken, Prag, Kiel, dann wieder Düsseldorf und zuletzt die Universität Frankfurt. Auch er erscheint mir außerordentlich berufen, die innerhessische Perspektive gegen die außerhessische zu stellen – durch seine Qualifikation zunächst außerhalb, dann innerhalb Hessens. Er hat ein Buch über die höhere Beamtenenschaft und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien 1893 bis 1919 geschrieben, an einem Werk über Stadtplanung in Straßburg mitgearbeitet, dann vor allen Dingen die sehr einflussreiche und wichtige Schrift „Gerhard Ritter – Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert“ verfasst und schließlich ein Buch über historische Identitätsbildung im Bindestrichland Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. In den letzten Jahren hat er auch immer wieder Beiträge aus hessischer Perspektive vorgelegt (**Vorstellung durch Prof. Dr. Winfried Speitkamp**).

ZUR WAHLKAMPFKULTUR UNTER „HESSISCHEN VERHÄLTNISSEN“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Vortrag schließt an die Ausführungen vom Kollegen Mergel an und wird einige der von ihm aufgeworfenen Fragen auf das Bundesland Hessen übertragen. Das bereitet freilich einige Schwierigkeiten, denn unter den besonderen und später vielfach beklagten „hessischen Verhältnissen“ war es für die beteiligten Akteure bei den Landtagswahlkämpfen nicht immer ganz einfach mit der „Sachlichkeit“. Zwar blieben die Töne unter den Partnern der ersten Nachkriegskoalition im Wiesbadener Landtag bis zum Jahr 1949 insgesamt recht versöhnlich gestimmt. Aber tatsächlich standen die Zeichen schon damals auf Sturm, denn nicht nur Konrad Adenauer bedrängte seine Parteifreunde in Hessen, sondern auch aus den nord- und mittelhessischen Reihen der CDU kam erhebliche Kritik an dem Kurs des Vorsitzenden Werner Hilpert auf. Noch im Oktober 1949 meinte dieser auf einem Bundesparteitag, die Zusammenarbeit mit der SPD könne „wegen der speziellen hessischen Situation“ gar nicht anders ausfallen. Auch auf der Gegenseite offenbarte sich der Druck keineswegs geringer. So favorisierte der Bundesvorstand der SPD gegen Ende der 1940er-Jahre die Bildung einer SPD-Alleinregierung, um ein Gegengewicht zum CDU-dominierten Bundesrat aufzubauen.

Vielen hier ist gewiss bekannt, dass sich der ehemalige Justizminister in der Großen Koalition, Georg-August Zinn, seinerzeit auf genau diese Strategie einließ. Nach der Landtagswahl vom November 1950, die der SPD eine Alleinregierung ermöglichte und Zinn in das Amt des Ministerpräsidenten führte, schlug er konsequent den Weg ein – so sein schon bald darauf deklariertes Anspruchs –, Hessen zum „Kernland eines zukünftig sozialdemokratisch geführten Deutschland“ aufzubauen. Hierbei verfolgten er und seine Genossen von Beginn an das Ziel, das immer öfter auch als „rot“ bezeichnete Hessen zu einem Bollwerk gegen die konservative Adenauer-Republik aufzubauen. Bei den Wahlkämpfen stieg genau dieses Bemühen rasch zu einer wichtigen Bezugsgröße auf. So machte die SPD bei den Landtagswahlen im Jahr 1954 mit „Hessen hält stand“ allen Betrachtern klar, dass sie dem jungen Bundesland eine herausgehobene Bedeutung im westdeutschen Staat zumaß.



So sehr an diesem und auch vielen späteren Punkten bundespolitische Konstellationen die Landtags- oder auch Kommunalwahlkämpfe beeinflussten oder sogar überdeckten, ist eine Beschäftigung mit der Wahlkampfkultur in Hessen nicht zuletzt deswegen von besonderem Interesse, weil die wachsende Polarisierung der politischen Kräfte das Bundesland in mehrfacher Hinsicht zu einem Experimentierfeld machte. So wurden in Hessen einige der von Thomas Mergel angeführten Stilelemente einer modernen Wahlkampfführung zum ersten Mal systematisch in der Breite

eines Flächenstaates in die Praxis umgesetzt. Darüber hinaus wurden hier wiederholt Koalitionsoptionen erprobt, die später auch in anderen Ländern oder auf Bundesebene umgesetzt werden sollten. Stark gefördert wurde diese Entwicklung von den besonderen hessischen Verhältnissen, also Wahlergebnissen ohne eindeutige Mehrheiten und ohne eindeutigen Regierungsauftrag, wie sie im Anschluss an die lange Ära unter Ministerpräsident Zinn fast regelmäßig der Fall waren. Aber auch schon zuvor hatte sich in den Diskursen der Wahlkämpfer sowie in der Ikonografie auf den Wahlplakaten eine Polarisierung eingestellt, bei der nicht zuletzt die lange auf die Oppositionsbänke verwiesene CDU zum Motor eines modernen und – wenn man so will – mit scharfen Worten ausgetragenen Wahlkampfes wurde. Mit großem Nachdruck war dies erstmals im Jahr 1954 zu erkennen, als die Hessen-CDU nach Erfahrungen mit „amerikanischen Methoden“ während des Bundestagswahlkampfes das entsprechende Modell auf Hessen übertrug. Dies führte unter anderem dazu, dass schon damals nach demoskopischen Umfragen und Voranalysen ein Schwerpunktplan erarbeitet und landeseinheitliche Richtlinien für den Wahlkampf verabschiedet wurden. Außerdem rückte die CDU an die Stelle der großen Wahlkampfveranstaltungen nunmehr öfter Ansprachen von Wahlkreiskandidaten und „improvisierte“ Diskussionen, bei denen zusätzlich Filme und Lautsprecherwagen zum Einsatz kamen.

Einen derart modernen Wahlkampf zu führen, garantierte aber mitnichten einen Sieg an den Wahlurnen, wie die CDU Hessen zu ihrem Leidwesen nicht nur 1954, sondern noch mehrere Male danach erfahren

musste. Tatsächlich gelang es der SPD, sich unter dem 1962 gewählten Wahlkampfmotto „Hessen vorn“ auch ikonografisch immer deutlicher erkennbar zu einer sogenannten „Staatspartei“ aufzuschwingen, um so eine Identität von Partei- und Landesinteresse zu postulieren. In der Geschichte der Bundesländer gehört dies meines Erachtens zu einem der wichtigsten Phänomene der vielen regionalen Wahlkampfkulturen. Denn mit nur wenigen Ausnahmen verbreitete sich seit den 1950er-Jahren überall die Vorstellung von „roten“ und „schwarzen“ Bundesländern, die dann in der Rolle des „Landesvaters“ und später auch von „Landesmüttern“ eine personifizierte Sichtbarkeit erfuhren. Zur Ironie der Wahlkampfkulturgeschichte Hessens gehört jedoch, dass die CDU Hessens das Motto „Hessen vorn“ beim Landtagswahlkampf im Jahr 2003 erfolgreich auch für sich selbst entdeckte und damit den Umschwung vom

Seit ihren Anfängen boten die Landtagswahlkämpfe regelmäßig den Anlass für eine breite öffentliche Verständigung über die besonderen Qualitäten des Bundeslandes.

„roten“ zum „schwarzen“ Hessen auch bildlich zum Ausdruck brachte, obwohl die der Kurswende zugrunde liegenden Prozesse schon weit früher in Gang gekommen waren.

Genau auf diesen Wandel sowie das Beziehungsgeflecht von parteilichen Interessen und regionaler Identitätsfindung sollten wir im Weiteren noch etwas genauer blicken. Denn schon seit ihren Anfängen boten die Landtagswahlkämpfe regelmäßig den Anlass für eine breite öffentliche Verständigung über die besonderen Qualitäten des Bundeslandes, natürlich aber auch darüber, welche konkreten Einrichtungen und Gesetzesvorhaben die Zukunft Hessens bestimmen sollten. Zwar existieren keine exakten Maßstäbe, um die Wirkungsmacht der Wahlrhetorik und vor allem auch die der vielen Wahlplakate oder anderer Instrumente einer ständig modernisierten Wahlkampfregie zu bestimmen. Und doch sprechen allein schon die Regelmäßigkeit und die Dichte dieser Diskurse sowie der systematische Fokus auf Hessen in Wort und Bild dafür, dass sie ein Eigengewicht erhielten und hierüber die regionale politische Identitätsfindung überformt worden ist.

1. Grundzüge der Wahlkampfkultur bis zum Ende der Ära Zinn

Wenn wir nochmals kurz an den Anfang der Geschichte Hessens nach dem Zweiten Weltkrieg zurückblenden, so zeigt sich, dass für diese Zeitspanne das Argument Thomas Mergels von einem durchdringenden Anspruch auf „Sachlichkeit“ unmittelbar

relevant ist. Denn damals sahen sich Politiker und Politikerinnen der ersten Stunde auch in Hessen vor die Aufgabe gestellt, dem neuen, politisch, konfessionell und sozial ausgesprochen heterogenen Gebilde, das zudem historisch auf unterschiedlichen Pfadverläufen aufbaute, überhaupt eine politische Legitimität zu verschaffen. Die schwierigen Ausgangs- und Rahmenbedingungen, die zudem vom unmittelbaren Erbe des „Dritten Reiches“ überschattet wurden, haben deutliche Spuren in der politischen Semantik und Ikonografie dieser Tage hinterlassen. Die zeitgenössischen

Wahlplakate waren daher nicht zufällig „erklärende“ beziehungsweise „aufklärende“ Manifeste – mit viel Text! Ein Beispiel dafür ist das Plakat der hessischen Sozialdemokraten bei der Landtagswahl 1946, das gewissermaßen einer historischen Lehrstunde gleichkam: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!‘ Erinnert Euch und Ihr müßt zugeben, wie recht die SPD hatte. Denkt daran und wählt diesmal richtig!“ Gleichzeitig zeigen die Plakate der neu gegründeten interkonfessionellen CDU, wie sehr hier ein langer, erklärender Text den Frauen in der Nachkriegsgesellschaft eine besondere Rolle zuwies [Bild]. Weitere Motive aus der Phase bis zum Ende der 1940er-Jahre demonstrieren, dass vor allem die Integration der „Heimatvertriebenen“ sowie die Bedrohung durch die Sowjetunion die Gemüter bewegten – und dies keineswegs allein in den Reihen der CDU.

Gleichzeitig deutete sich aber – und das war landespolitisch entscheidend – ein wachsender Dissens in der damaligen Großen Koalition an. Überall gelangten damals die ersten Nachkriegskoalitionen und breiten Parteibündnisse an ein Ende. Georg-August Zinn hat die sich daraus für seine Partei ergebenden Chancen erkannt und energisch die Zügel in die Hand genommen. Nach dem Wahlsieg der SPD im Jahr 1950 trieb er

systematisch den Aufbau eines „roten Hessen“ voran, sodass Adenauer schon drei Jahre danach gegenüber dem CDU-Landesvorsitzenden Wilhelm Fay konstatierte: „Einen sozialistischeren Staat als den hessischen kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.“ Ein solches, auch von den Sozialdemokraten gerne gepflegtes Bild bedarf aber verschiedener qualifizierender Bemerkungen. So waren für eine solche Einschätzung erstens bundespolitische Momente von großer Bedeutung, bot doch die Vorherrschaft der konservativ-liberalen Regierung in Bonn seit 1949 der SPD in Wiesbaden überhaupt erst die Chance, sich im Bundesrat, aber auch vor dem Bundesverfassungsgericht als energischer Verfechter Hessens, ja als Vorreiter der Bundesländer insgesamt zu präsentieren. Zweitens profitierten die von Zinn angeführten SPD-Regierungen von dem säkularen Wirtschaftsaufstieg in Westdeutschland, den sie geschickt über den „Hessenplan“, das Programm der „sozialen Aufrüstung des Dorfes“ und später den „Großen Hessenplan“ für eine sozialdemokratisch eingefärbte Reformpolitik nutzten, deren Leistungen sie dann in den Wahlkämpfen gebühlich hervorhoben. Schon in den 1950er-Jahren trug dies Zinn bei Gegnern und Befürwortern den Ruf ein, ein „sozialistisches Musterland“ zu regieren. Zinn machte aber, drittens, schon in seiner ersten Regierungserklärung vom Januar 1951 darauf aufmerksam, dass es sich um einen „freien Sozialismus“ handele, der „die schöpferische Initiative des einzelnen, das selbständige Handeln nicht nur nicht hindern will, sondern geradezu zur Voraussetzung hat“. In vielerlei Variationen kam er darauf ebenfalls in den nachfolgenden Landtagswahlkämpfen zurück und vermittelte darüber das Versprechen, an Bewährtem festhalten zu wollen (bediente sich auch des Slogans „Keine Experimente“). Das war die Programmatik einer moderaten Volkspartei schon lange vor dem Godesberger Programm, wobei Zinn darüber offensichtlich gerade auch das Vertrauen breiter bürgerlicher oder auch bäuerlicher Wählerschichten gewinnen wollte. Dem hessischen Ministerpräsidenten als einem modernen „sozialdemokratischen Führentyp“ ist es derart gelungen, dies bildet ein viertes Moment, in die Rolle des populären Landesvaters hineinzuwachsen, der sich primär als Sachwalter aller Hessen und eben nicht allein als Vertreter der größten Regierungspartei verstand. „Ich bin für Zinn“ lauteten hierfür bezeichnend mehrere Motive auf Wahlkampfplakaten der SPD im Jahr 1962 – übrigens ohne das Signet der Partei! [Bild S. 114]. Gleichzeitig sorgten die Wahlkampfstrategen der SPD jedoch dafür, dass Bilder eines modernen Hessen, das heißt eines Bundeslandes mit Chancengleichheit im Bildungswesen, mit beruflichen Möglichkeiten auch in der Landwirtschaft und ebenso den Vorzügen einer modernen Freizeitgesellschaft, mit der Sozialdemokratie in Hessen assoziiert wurden. Schon



1955 lobte Zinn all diese Entwicklungen als die „neue hessische Sozialstruktur“, als die „Lebensform der Zukunft“.

Dass diese Bilder und Formulierungen, so vage sie auch waren, wirkten, dafür sorgten seit den 1950er-Jahren ein immer breiter ausgebauter Parteiapparat und zunehmend wissenschaftlich fundierte Wahlkampfstrategien. So machte es sich die SPD seit Mitte der 1950er-Jahre zur Regel, sogenannte Kreisbereisungen zu veranstalten, um derart die enge Verbindung der Landes- und Kommunalpolitik zu stärken und nach außen zu demonstrieren. Das alles blieb selbstverständlich der politischen Konkurrenz nicht verborgen. Auch die anderen Parteien modernisierten im gleichen Zeitraum ihre Wahlkampfapparate, wobei dies bei den Wahlen zunächst nichts fruchtete. Vor diesem Hintergrund vermag es kaum zu verwundern, dass vor allem die CDU seit den 1960er-Jahren auf den Gedanken verfiel, sich über eine schärfere Polarisierung gegenüber dem wichtigsten Konkurrenten sich für Wählerinnen und Wähler deutlich erkennbar zu positionieren. Dafür fand sie mit Alfred Dregger, der 1967 das Amt des Landesvorsitzenden in der demoralisierten CDU übernahm, eine überzeugende Persönlichkeit. Irgendwie passten die bisher ungehörten, geradezu scharfmacherischen Töne des ehemaligen Bataillons-Kommandeurs zur Person. Aber es handelte sich keineswegs nur um eine Persönlichkeitsfrage, sondern um einen Generationswechsel, der unter anderem mit Walter Wallmann und Christian Schwarz-Schilling oder auch Heinz Riesenhuber eine neue Mannschaft ans Ruder brachte. Sie griffen geschickt die in den Sechzigerjahren aufgebrochenen Polarisierungen und sozialen Konflikte auf und versuchten auf diesem Weg, diese für die CDU auszubeuten. Zwar blieb die CDU damit bei den Landtagswahlen zunächst erfolglos, aber der massive Zugewinn von Wählerstimmen bei

den Kommunalwahlen sowohl im Jahr 1972 als auch 1977 signalisierte eine klare Wende. Dass die Erosion des sozialdemokratischen Modells dann weiter voranschritt, hatte jedoch wesentlich auch bundespolitische Gründe, denn die Schwierigkeiten der SPD in Wiesbaden stiegen genau in dem Maße, wie ihre Parteifreunde im Bund in die Reichweite der Macht gerieten und sie dann auch übernahmen. In Hessen gelangte damit die lange Hegemonie der SPD in einem Drei- bzw. Vierparteiensys-

»
«

*Wirksamer schienen dagegen
Parolen auf den Wahlplakaten wie
„Vertrauen“ oder der Appell an
gemeinsames Handeln.*

tem an ein Ende und machte einer wachsenden Konkurrenz zweier politischer Lager Platz, die seit den 1970er-Jahren bei den Landtagswahlen in etwa auf die gleichen Stimmenanteile kamen.

2. Polarisierung und Konfrontation seit den 1970er-Jahren

Obwohl es durchaus schon in den Wahlkämpfen der 1950er-Jahre nicht an Polemik und Parteienzwist gefehlt hat – 1954 verbreitete beispielsweise die SPD Hessen über Lautsprecherparolen: „Wer Adenauer wählt, wählt den Krieg!“ –, entsprach dies meist eher nicht dem Geschmack des großen Publikums. Thomas Mergel hat dies bereits angesprochen. Wirksamer schienen dagegen Parolen auf den Wahlplakaten wie „Vertrauen“, der Appell an „gemeinsames Handeln“, so Plakate der CDU, oder eben „Weiter aufbauen mit der SPD“. Umso markanter fiel dann der Wechsel seit den frühen 1970er-Jahren ins Auge, der als eine Wende hin zu einer stärkeren Konfrontation in der Wahlkampfkulturgeschichte gerade Hessens beschrieben werden kann. Hierfür symptomatisch wartete die CDU bei dem Landtagswahlkampf 1970 mit einem provokativen, dann legendär gewordenen Großflächenplakat auf. Unter dem Motto „Wir kommen“ zeigt es Alfred Dregger und seine Mannschaft in „Django-Manier“ [Bild], was dem Landesvorsitzenden eine breite Bekanntheit, zuweilen auch einigen Spott eingetragen hat. Wohl entscheidender aber war, dass Dregger seit genau dieser Zeit zusammen mit seinem Landesgeschäftsführer Manfred Kanther daran ging, die



hessische CDU von einer Honoratiorenpartei zu einem „ideologischen Kampfverband“ umzuformen. Speziell für die Wahlen baute die CDU seit den 1970er-Jahren eine intensiv arbeitende Wahlkampfkommission auf. Außerdem sorgte sie nunmehr für eine gezielte Auswahl von Themen, weitete die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus und schaltete Werbekampagnen für neue Mitglieder. Dregger unternahm außerdem mehrere Wahlkampfreisen durch Hessen mit öffentlichen und parteiinternen Auftritten sowie besonderen Presse- und Zielgruppenbegegnungen. Zusammen mit Kanther sorgte er ebenfalls dafür, dass auch begrifflich zugespitzte Slogans wie etwa „roter Filz hat ausgelatscht“ oder „gegen sozialistischen Einheitsbrei“ und „marxistische Kadenschmieden“ in Umlauf kamen. Viele dieser Angriffe setzten der SPD in einer Phase erheblich zu, in der ihr öffentliches Erscheinungsbild von unverkennbaren Erosionserscheinungen und innerparteilichen Konflikten überlagert wurde.

Man sollte dies aber nicht zum Anlass für eine lineare, letztlich zu einseitige Niedergangsgeschichte einer ehemals mächtigen Regierungspartei nehmen, zumal die SPD ja bis zum April 1987 zunächst an der Seite der FDP und später dann mit den Grünen tatsächlich an der Macht blieb. Und doch waren Erosionserscheinungen schon in der Endphase Zinn zu beobachten, der noch 1965 beteuerte: „Die Partei hat keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit in Hessen. Es ist umgekehrt, die Regierungsarbeit hat bei uns großen Einfluss auf die Partei.“ Tatsächlich aber brachen schon damals lange nur im Untergrund schwelende Konflikte zwischen den hessischen Landesverbänden der SPD offen auf, begleitet von symbolträchtigen öffentlichen Kämpfen über Fragen der Schul- und Hochschulpolitik, die großen Infrastrukturprojekte (Flughafen), die Atomener-

gie, aber auch markiert von Skandalen (Hessische Landesbank) und persönlichen Angriffen der untereinander verfeindeten Flügel.

Vor diesem Hintergrund und auch wegen der immer wiederkehrenden Pattsituation im Landtag hat sich die Rede von den „hessischen Verhältnissen“ nicht nur hier, sondern auch weit darüber hinaus seit den 1970er-Jahren verbreitet. Allem Anschein nach versank das einstige Musterland in Chaos und Unregierbarkeit.

Mit dem Abstand einiger Jahre kann man die Dinge vielleicht etwas nüchterner beschreiben. Denn erstens vollzog sich hier wie auch in anderen Bundesländern seit den 1970er-Jahren eine generelle Kehrtwende von einer zwischenzeitlich überbordenden Planungseuphorie hin zu einem

Daneben bestimmten die starke Kluft zwischen Fundis und Realos bei den Grünen, aber auch die Flügelkämpfe in der SPD sowie bei den Liberalen die hessische Wahlkampfkultur.

stärker managerialen Zuschnitt von Politik, der die politisch Verantwortlichen auf kleinere Schritte verwies. Zweitens spielten die bundespolitischen Konstellationen eine entscheidende Rolle für die sich polarisierende Wahlkampfkultur in Hessen. Das war zwar keineswegs eine hessische Besonderheit, aber nirgendwo sonst in der Bundesrepublik sind die Liberalen von der Union in den 1970er-Jahren radikaler bekämpft worden als eben hier. Daneben bestimmten die starke Kluft zwischen Fundis und Realos bei den Grünen, aber auch die Flügelkämpfe in der SPD sowie bei den Liberalen, nachdem sie 1982 den Wechsel im Bund zur CDU vollzogen hatten, die hessische Wahlkampfkultur. Dahinter dürfen wir aber, drittens, den generellen und sich beschleunigenden politischen Strukturwandel nicht übersehen, der auch hier vormals eher homogene Wählermilieus allmählich auflöste, zumindest durchlässiger machte. Auch ikonografisch fand dies seinen Niederschlag, wurden die Wahlplakate doch bunter, moderner im Design, zuweilen sogar künstlerisch, und dies alles in einer Phase, in der sich auch das äußere Erscheinungsbild der Wäh-

lerschaft erheblich änderte. Auch wenn man die Bilder einzelner Kandidaten und Kandidatinnen über mehrere Wahlkämpfe hinweg verfolgt, tritt darüber nicht nur der unvermeidliche biologische Witterungsverfall zum Vorschein, sondern ebenso andere Stilformen, offenere Aussagen und stärker werbetechnisch bestimmte Botschaften. Spitz kommentierte



beispielsweise die Frankfurter Rundschau zum Wandel der Physiognomie Alfred Dreggers auf den Wahlplakaten: „statt Stahl im Blick Grübchen im Mundwinkel“. Genau dies war dann auch die Zeit, in der Boulevardzeitungen und Illustrierte immer öfter die Gelegenheit erhielten, die Spitzenpolitiker in ihren privaten Umgebungen aufzusuchen.

Das bedeutete nun aber keineswegs, dass es in den Wahlkämpfen an persönlichen Verunglimpfungen gefehlt hätte. Im Gegenteil, auf diesem Gebiet lag Hessen immer vorn, und die Linien dieser konfrontativen Polemik

lassen sich mühelos in die Wahlkämpfe der 2000er-Jahre weiterziehen. Gleichzeitig sticht ins Auge, wie sehr nunmehr alle Parteien immer öfter die politischen Symbole des Landes für sich zu nutzen suchten oder ein Motto kreierten, das die Identität von Partei und Landesinteressen beanspruchte. Plakatierte die SPD 1987 „Hessen wählt hessisch“, so folgte 1991 „Von Hessen verstehen wir mehr. Wir Hessen. SPD“, um dann nochmals nachzulegen: „Weil's hier besser läuft! Wir in Hessen.“ Aufseiten der CDU war das genauso. In einem solchen Anspruch, bewusst vage gehaltenen, aber parteilich verorteten Anspruch, liegt ein wesentliches Moment der landesgeschichtlichen Wahlkampfkultur begründet. Für die Ausformung eines Bewusstseins, man lebe in einem roten, schwarzen oder schwarz-grünen Bundesland, ist all dies zweifelsohne von Bedeutung.

Mit diesem Hinweis möchte ich schließen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

ABSCHLUSSDISKUSSION

Einleitung: Prof. Dr. Eckart Conze



*Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie zur letzten Sektion unserer Tagung, die nach drei Impulsvorträgen zu einer Abschlussdiskussion hier im Plenum führen soll, einer Diskussion, die uns Gelegenheit gibt, thematische Fäden des gestrigen Tages und des heutigen Vormittages noch einmal zusammenzuführen, vielleicht aber auch andere Akzente zu setzen, den Blick noch einmal auf Perspektiven zu richten, die wir bislang berührt, aber noch nicht intensiver diskutiert haben. Die drei Bereiche, um die es geht – Forschungslandschaft Hessen, Bildungslandschaft Hessen, Medienlandschaft Hessen –, sind zentrale Bereiche von Identitätsbildung, von Identitätsproduktion, wenn Sie so wollen. Sie sind allesamt schon mehrfach in den Vorträgen, in den Diskussionen des gestrigen und des heutigen Tages aufgetaucht. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir gerade an dieser Stelle noch einen abschließenden Akzent setzen.*

Ich denke, wir haben für die drei Aspekte, die wir hier noch einmal beleuchten und diskutieren wollen – Hessen als Forschungs-, Medien- und Bildungslandschaft –, ganz einschlägige, ausgewiesene Referenten gewonnen. Ich freue mich sehr, dass das so möglich war. Damit leite ich direkt zu dem ersten Impuls von Herrn Prof. Dr. Hedwig über.

PROF. DR. ANDREAS HEDWIG



Prof. Dr. Andreas Hedwig, Historiker und Archivar, war nach seinem Studium, unter anderem Geschichtswissenschaft und Germanistik, einige Jahre als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bremen, zunächst im Bereich der mittelalterlichen Geschichte, tätig. Dann folgte die Archivlaufbahn hier in Hessen, Stationen in Wiesbaden, 2001 dann Leiter des Staatsarchivs in Marburg, seit 2014 Leiter des Hessischen Landesarchivs, zugleich seit vielen Jahren schon und nur eines von vielen Ehrenämtern in diesem Bereich: Vorsitzender der Historischen Kommission für Hessen; Publikationen nicht nur zur mittelalterlichen Geschichte, sondern gerade in den letzten Jahren immer stärker auch zur Zeitgeschichte, zur hessischen Zeitgeschichte darunter wichtige Editionen und nicht zuletzt Kabinettsprotokolle (**Vorstellung durch Prof. Dr. Eckart Conze**).

DIE LANDESGESCHICHTLICHE FORSCHUNG IN HESSEN – IM WANDEL

Sehr geehrte Damen und Herren,

als erster „Impulsgeber“ konzentriere ich mich auf die Forschungslandschaft: Hierzu könnte man natürlich einen weiteren Kreis ziehen und fragen, welche Forschungszweige für das Landesbewusstsein und eine Identitätspolitik relevant sein könnten – und kommt am Ende doch auf die Landesgeschichte. Sieht diese zwar heute nicht mehr ihre Aufgabe darin, „Landesbewusstsein“ zu evozieren und einen Beitrag zur „Identitätspolitik“ zu liefern, so ist ihre Geschichte doch untrennbar mit dieser Intention verbunden. Und sie wird auch heute noch in dieser Rolle – nicht zuletzt von der Landespolitik – wahrgenommen.⁷⁹

Struktur und Eigenarten der hessischen Landesgeschichtsforschung erschließen sich für die Zeit nach 1945 recht gut über die Namen ihrer wichtigsten Protagonisten – Edmund Stengel, Karl Demandt, Walter Heinemeyer, Hans Philippi, Georg Wilhelm Sante, Wolf-Heino Struck, Hellmuth Gensicke, Otto Renkhoff, Wolf-Arno Kropat, Friedrich Knöpp, Eckhart Franz. Und sie erschließen sich über ihre Geschichte!

Um die Entwicklungslinien der Landesgeschichte für den Raum des heutigen Bundeslandes Hessen – die im Übrigen grosso modo den allgemeinen Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts entsprechen⁸⁰ – grob zu skizzieren: Den Ausgangspunkt bilden die Geschichtsvereine der großen hessischen Territorien: 1812 wird der Verein für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung gegründet (im damaligen Herzogtum), 1833 der Historische Verein für Hessen (im damaligen Großherzogtum Hessen-Darmstadt) und 1834 der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde in Kassel (für Kurhessen).⁸¹ Sie widmen sich erklärtermaßen

⁷⁹ Vgl. für die hier dargestellten Entwicklungen ausführlicher Ulrich Reuling: Einleitung, in: ders./Winfried Speitkamp (Hgg.): 50 Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen (= Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte; Bd. 50), Marburg: Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde 2000, S. 6 ff.

⁸⁰ Helmut Berding: Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus, in: Staatsgedanke und Landesbewusstsein in den neupreußischen Gebieten (1866), hg. von Hans Patze, Ulm und Marburg 1985 (Selbstverlag des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), S. 111 ff.

⁸¹ Walter Heinemeyer: Die Historische Kommission für Hessen 1897–1997, in: Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897–1997, hg. von Walter Heinemeyer, Marburg 1997 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 61), S. 1216 ff.



„der landesgeschichtlichen Forschung und der Pflege des historischen Bewusstseins“. Als Geschichtsvereine prinzipiell offen für alle Geschichtsinteressierten, verfolgen Sie das Ziel einer Identität fördernden Geschichtsvermittlung an möglichst breite Bevölkerungskreise.

Vor dem Hintergrund des ausgeprägten allgemeinen Geschichtsinteresses und des Historismus des 19. Jhs. folgt bald konsequent das Bedürfnis, der Geschichtsschreibung ein wissenschaftliches Fundament zu verleihen. Dies bringt die historischen Kommissionen hervor: 1897 wird in Marburg die Historische Kommission für Hessen für das ehemalige Hessen-Kassel gegründet, im selben Jahr die Historische Kommission für Nassau und, etwas zeitverzögert, 1908 die Hessische Historische Kommission Darmstadt. Um den wissenschaftlichen Anspruch sicherzustellen, werden sie als wissenschaftliche Gesellschaften nach dem Akademieprinzip errichtet, d. h. ihre Mitglieder werden aufgrund ihrer Qualifikation oder Funktion in die Kommission berufen. Auch die Kommissionen widmen sich „der Aufgabe, die Geschichte Hessens, seiner einstigen Territorien und der mit ihm historisch verbundenen Landschaften zu erforschen“, aber eben dadurch, dass sie "die gewonnenen Ergebnisse in [wissenschaftlichen] Quelleneditionen und wissenschaftlichen Darstellungen" veröffentlichen.

Die Fokussierung der Landesgeschichte wie der historischen Wissenschaft insgesamt auf die schriftlichen Quellen bringt im 19. Jh. die sich nun der Forschung öffnenden Archive hervor; und auch hier setzen die ehemaligen Territorien und neuen Gebietskörperschaften den Rahmen. Entwickelt sich das Staatsarchiv Darmstadt mehr oder weniger kontinuierlich aus der dortigen „Kanzleiregistratur“ heraus, so setzen die preußischen Staatsarchivgründungen in Marburg 1869/70 für den preußischen

Regierungsbezirk Kassel (und damit für das ehem. Hessen-Kassel) und in Wiesbaden 1881 für den Regierungsbezirk Wiesbaden (und damit v. a. für das ehemalige Nassau) entscheidende Marksteine.⁸² Die Staatsarchive transformieren die noch erhaltenen Registraturen in authentische Geschichtsquellen und speisen sie ein in den Prozess der Geschichtsforschung. Mit den Staatsarchiven tritt eine neue, gut ausgebildete Kaste von beamteten Historiker-Archivaren auf den Plan. Neben einigen Universitätshistorikern sind vor allem sie es, die die historischen Kommissionen aufbauen, mit Leben erfüllen, sie organisatorisch an die Staatsarchive anbinden und die Forschung konzipieren und aktiv vorantreiben.

Warum greife ich so weit zurück in die Geschichte, da wir doch über Landesidentität für die Zeit nach 1945 diskutieren wollen? Nun, die skizzierte, an den historischen Territorien orientierte Entwicklung prägt auch noch im Bundesland Hessen die landesgeschichtliche Forschung!

Als eigenständige Einrichtung der Landesgeschichtsforschung tritt 1960 noch das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde Marburg hinzu, das 1920 aus der Universität Marburg heraus gegründet wurde.⁸³ Es war ursprünglich der wissenschaftlich fundierten Landesbeschreibung verpflichtet, erschließt und vermittelt nun aber in einem deutlich breiteren Spektrum tatsächlich hessen-, also bundeslandweit „Grundlagen der Geschichte Hessens“ und gibt das Hessische Jahrbuch für Landesgeschichte heraus, die einzige hessenweite historische Zeitschrift.

Doch gaben im Großen und Ganzen nach 1945 in der hessischen Landesgeschichte die historischen Kommissionen respektive die Staatsarchive den Ton an, wobei sie – das gilt zumal für Marburg – von Universitätshistorikern und wissenschaftlichen Bibliothekaren unterstützt wurden. Von den eingangs genannten elf Landeshistorikern – Stengel, Demandt, Heinemeyer, Philippi, Sante, Struck, Gensicke, Renkhoff, Kropat, Knöpp, Franz – waren zehn Archivare.

Die Historiker-Archivare spielten entsprechend auch bei den beiden jüngeren, nun hessenweit agierenden historischen Kommissionen eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle: bei der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, die 1963 unter dem Eindruck des Frank-

⁸² Ebenda S. 1219 ff.

⁸³ Ulrich Reuling: Von der "Atlaswerkstatt" zur Landesbehörde, in: Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897–1997, hg. von Walter Heinemeyer, Marburg 1997 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 61), S. 1169 ff.

furter Auschwitz-Prozesses gegründet wurde und „die jüdische Geschichte im Bundesland Hessen auf wissenschaftlicher Grundlage“ erforscht,⁸⁴ sowie bei der Kommission für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ beim Hessischen Landtag.⁸⁵

Erst in jüngerer Zeit, vielleicht seit ca. 15, 20 Jahren, ändert sich etwas an den beschriebenen Strukturen. Die Archive konzentrieren sich wegen stetig steigender Anforderungen stärker auf ihre archivischen Fachaufgaben und wandeln sich gegenüber der Geschichtsforschung zu Service-Einrichtungen, indem sie die historische Quellenüberlieferung bilden und sie für die Forschung bereitstellen, inzwischen übrigens in einem landesweit einheitlichen Hessischen Landesarchiv. Die drei an den Archiven

*Die Chance liegt in einer verstärkten,
tendenziell arbeitsteiligen Vernetzung
von Staatsarchiven, Kommissionen und
der universitären historischen Forschung.*

verankerten historischen Kommissionen haben ihre aktiven Forschungsvorhaben, darunter vor allem die Editionsprojekte, weitgehend zurückgefahren und konzentrieren sich auf die Publikation historischer Darstellungen, die überwiegend in der universitären historischen Forschung entstehen.

Diese Entwicklung hat Potenzial. Die Chance liegt in einer verstärkten, tendenziell arbeitsteiligen Vernetzung von Staatsarchiven, Kommissionen und der universitären historischen Forschung. Diese Konstellation kann

⁸⁴ Ruth Wagner: Rückblick – 50 Jahre Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, in: 50-jähriges Bestehen der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, hg. von Norbert Kartmann, Wiesbaden 2016 (Schriften des Hessischen Landtags), S. 18.

⁸⁵ Helmut Berding: Parlamentarismus in Hessen – Der Beitrag des Forschungsvorhabens „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ zur Hessischen Landesgeschichte, in: 25 Jahre Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, Festveranstaltung am Montag, dem 15. November 2004, hg. vom Hessischen Landtag, Wiesbaden 2006 (Hessische Schriften zum Föderalismus und Landesparlamentarismus Nr. 11), S. 19 ff.

einer zeitgemäßen Forschung Vorschub leisten, die den kritischen historischen Diskurs pflegt.⁸⁶ Eine Idee davon, wie so etwas aussehen könnte, bietet der seit nun sieben Jahren bestehende Arbeitskreis hessische Zeitgeschichte, bei dem der Austausch über aktuelle Arbeitsvorhaben und deren Fragestellungen und Methoden im Vordergrund steht.

Aber auch die bestehende institutionelle Struktur steht 70 Jahre nach Gründung des Bundeslandes Hessen zur Debatte. Die geplante erstmalige Einrichtung eines Lehrstuhls für hessische Landesgeschichte an der Marburger Philipps-Universität bietet eine gute Perspektive. Die historischen Kommissionen sollten das zum Anlass nehmen, auch ihre Struktur an die Gegenwart anzupassen.⁸⁷

⁸⁶ Vgl. Winfried Speitkamp: Erfindungen: Raum – Land – Landesgeschichte, in: Land – Geschichte – Identität. Geschichtswahrnehmung und Geschichtskonstruktion im 19. und 20. Jahrhundert – eine historiographische Bestandsaufnahme, hg. von Holger Th. Gräf, Alexander Jendorff und Pierre Monnet, Darmstadt und Marburg 2016 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 174), S. 11 ff.

⁸⁷ Das ist kein neuer Gedanke; vgl. Ulrich Reuling, wie Anm. 1, S. 23 f.

PROF. DR. VADIM OSWALT



Prof. Vadim Oswalt von der Universität Gießen hat ein breites Studium vieler Fächer von der Philosophie über die Musikwissenschaft bis hin zu Germanistik und Kunstgeschichte an verschiedenen Orten absolviert: Tübingen, München, Assistenzzeit am Trinity College in Dublin. Herr Oswalt war einige Jahre – das ist vielleicht auch für sein Thema nicht unwichtig – Studienrat im Schuldienst, zum Teil Studienrat im Hochschuldienst, also unmittelbar im schulischen Alltag tätig. Er ist seit 2004 Professor für Didaktik der Geschichte an der Universität Gießen, unter anderem dort Sprecher des „Netzwerkes Bildungslandschaften“, Sprecher der Sektion „Medien und Didaktik“ im Zentrum für Medien und Interaktivität der Universität. Die Geschichtsdidaktik des Raumes ist sicherlich für uns sehr wichtig, aber auch die Frage nach Neuen Medien in historischen Lehr- und Lernprozessen, Bildern im historischen Lernen, um Ihnen nur kurz diese Stichpunkte zu nennen (**Vorstellung durch Prof. Dr. Eckart Conze**).

DIE PERSPEKTIVE DER BILDUNGSLANDSCHAFT

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann – und das scheint im Rahmen dieser Tagung auch angemessen – nur über historische Bildung sprechen. Zudem kann ich mich aus universitärer Perspektive im Hinblick auf die unterschiedlichen Akteure, Inhalte, Ziele und Methoden schwerlich zum Sprecher dieses Gott sei Dank sehr vielfältigen Feldes machen. Insofern geht es in meinem Statement um die Beschreibung von drei systematischen Perspektiven, die Konzepte, aktuelle Herausforderungen und landesgeschichtliche Inhalte historischer Bildung in Hessen konturieren:

1. Historische Bildung in Hessen – ein vielgestaltiges Aufgabenfeld

Spricht man von historischer Bildung, so muss man sich bewusst machen, dass es im Hinblick auf die Funktionen, die sie für eine Gesellschaft erfüllen soll, keine eindeutige Auffassung gibt – diese also vielfältig definiert werden. Die Konzepte sind so unterschiedlich, wie die Frage „wozu Geschichte?“ generell beantwortet wird: Gegenwartsverständnis, Orientierung, Aufklärung, Identitätsstiftung, Sinnvergewisserung, Ideologiekritik, politische Bildung, Traditionsbildung, Schaffung von Möglichkeitsbewusstsein etc. Ich spreche das gerade bei dieser Gelegenheit an, weil das Land Hessen in seiner siebzugjährigen Geschichte sehr unterschiedliche Spielarten historischer Bildung und intensive Kontroversen zu möglichen Konzeptbildungen erlebt hat. Nicht zuletzt die Hessische Landesverfassung von 1946, in der ja das Fach Geschichte als einziges Schulfach im Art. 56, Abs. 5, Erwähnung findet, integriert mehrere solcher Funktionen: Geschichte als Beispiel durch das Vorbild der „großen Wohltäter der Menschheit“, Geschichte als politische Bildung und Geschichte als Aufklärung. Diese wurden explizit als Reaktion auf den Missbrauch historischer Bildung im Nationalsozialismus formuliert.

So finden sich in den Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure im sehr vielgestaltigen Feld historischer Bildung in Hessen, der Gedenkstätten, Museen, Archive, der Geschichtsvereine, der Schulen und Universitäten, um nur einige zu nennen, die oben genannten Zielvorstellungen in einem je eigenen Mischungsverhältnis. Es besteht allerdings seit den Siebzigerjahren der Konsens, dass historische Bildung in einer demokra-



tischen Gesellschaft im außerschulischen wie schulischen Bereich nicht Orientierung bietet, sondern ganz im Sinne der Aufklärung Unterstützung zum „Sich-Orientieren“ sein muss. Dies meint, dass die vielfältigen Stimmen der Vergangenheit nicht für bestimmte Lehren und Botschaften zu gebrauchen sind, sondern den Ausgangspunkt bilden, um Wissen zu vermitteln und eine eigene Urteilsbildung zu befördern. Um das Motto der Tagung aufzunehmen: Wer Hesse werden will, muss sich selbst orientieren – historische Bildung kann ihn dabei unterstützen und die Reflexion über diese Selbst-Orientierung fördern.

2. Historische Bildung und lebensweltliche Herausforderungen

Die regionalen Bildungsakteure von Schulen, Universitäten und außerschulischer historischer Bildung müssen sich auf neue lebensweltliche Herausforderungen einstellen. Ihr Bezugsfeld bleibt nicht statisch, sondern reagiert auf Transformationen. Zwei zentrale Punkte möchte ich kurz ansprechen:

Erstens: „Hesse ist, wer Hesse sein will ...?“ Dieser Satz gilt in einem Moment, in dem die Heterogenität der Herkunft der Bevölkerung in Hessen ihren Höhepunkt erreicht hat, in besonderem Maße. Bildungsakteure müssen sich auf sehr unterschiedliche Herkunftsidetitäten einstellen, die etwa bei den Schulklassen in Ballungsräumen multikulturelle Ausgangsbedingungen für historisches Lernen schaffen. Es geht um die Balance zwischen der Herstellung gemeinsamer Verbindlichkeiten und der Berücksichtigung heterogener Erinnerungskulturen der Herkunftsgesellschaften. Aus empirischen Untersuchungen wissen wir, dass die mitgebrachten

Geschichten bei Menschen mit Migrationshintergrund in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes, in das sie eingewandert sind, ständig präsent bleiben und immer wieder aktualisiert werden. Dabei geht es um Ambiguitätstoleranz, also um die Fähigkeit, Spannungen und Widersprüche auszuhalten.

»

*Viele Menschen begreifen
Geschichte nicht als Bildung,
sondern als Event mit besonderem
Erlebnisharakter.*
«

Herkunftsheterogenität hat durchaus auch mit dem Thema historisches Lernen und Regionalität zu tun. Der Nahraum in Hessen und seine Geschichte ist unter diesem Blickwinkel eine wichtige Brücke für das Ankommen in der Mehrheitsgesellschaft, da er eine Fülle an Orientierungspunkten in lebensweltlichen Bezugspunkten schafft. Historisch-politische Jugendbildungsarbeit erreicht einen entdeckend-forschenden Zugang durch Nahraumbindung, Nahweltgeschichte wird zur Orientierungshilfe. Beispiele bilden in diesem Zusammenhang etwa Programme des Historischen Museums Frankfurt, das Führungen und Gespräche für Geflüchtete anbietet („Kultur together“) oder eine Beteiligung an der multiperspektivischen Beschreibung der Sammlungen („Museum divers“).

Zweitens: Eine immer größere Herausforderung vor allem für die außerschulischen Bildungsakteure kommt aus der Veränderung im Umgang mit der Vergangenheit in der Lebenspraxis vieler Menschen, die Geschichte nicht als Bildung, sondern primär als Event mit besonderem Erlebnisharakter auffassen. Mittelalterspiele und -märkte oder Legionärsgruppen im Taunus sind nur Beispiele für einen stetig wachsenden, hoch kommerziellen Bereich, der die regionalen Geschichtskulturen zunehmend prägt und auf den alle Bildungsakteure reagieren müssen: Museen, die sich auf die Bedürfnisse ihrer Besucher einstellen, diese aber mit ihrem Bildungsauftrag in Einklang bringen müssen, genauso wie der Geschichtsunterricht, der Schüler zunehmend auch kompetent machen muss für den Umgang mit den vielfältigen Formen der Geschichte in der Öffentlichkeit.



3. Historische Bildung und Regionalität

Setzt sich der Raum des heutigen Bundeslandes Hessen in historischer Perspektive aus einer Fülle an historischen Teilräumen zusammen und bildete er oftmals eine nach außen offene Durchgangsregion, ist es hier besonders sinnvoll, im Hinblick auf landesgeschichtliche Bezüge von Regionalität in der historischen Bildung zu sprechen. In Regionen lassen sich die vielschichtigen Bezüge unterschiedlicher Teilräume und ihre Vielfalt beschreiben, wie sie Hessen charakterisieren. Auch stellt die Region ein offenes Konzept dar, das etwa Geschichtsräume über Landesgrenzen hinweg sichtbar macht (z. B. Hessen und Thüringen). Hessen besitzt keine internationale Außengrenze – auch wenn Hessen in der Geschichte mehrfach Grenzregion gewesen ist – aber in anderen Regionen, etwa am Oberrhein, hat sich die Gemeinsamkeit von Regionen auch über Staatsgrenzen hinweg als wichtiger Aspekt eines regionalen Verständnisses etabliert. Regionalgeschichte bietet im Kontext historischen Lernens und generell historischer Bildung eine Fülle an unverzichtbaren Funktionen und großen Chancen: Die Geschichte ist vergangen, sie ist aber präsent in den Zeugnissen der Vergangenheit im Nahraum, beim Besuch ihrer steingewordenen Zeugnisse, in Bauten, Kriegerdenkmälern oder bestimmten Bauernhausformen, bei der Arbeit mit authentischen Quellen oder mündlicher Überlieferung. Forschendes Lernen und Bildungserfahrungen von Anmutung, Faszination und Quellenauthenzität lassen sich nur im regionalen Lernen gewinnen. Auch bestimmte historische Aspekte wie die der Umwelt- und Agrargeschichte lassen sich nur hier einfangen. Dies beginnt bereits in der Grundschule, wo das Integrationsfach Sachunterricht in seinen historischen Anteilen gemäß dem bereits vom Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi aufgestellten Grundsatz „vom Nahen

zum Fernen“ so gut wie ausschließlich auf regionale Beispiele bezogen ist: die jeweilige Ortsgeschichte oder die Lernorte in der Region wie historische Bauten und Museen. Im Geschichtsunterricht der weiterführenden Schulen, der chronologisch von der Steinzeit bis zur Gegenwart strukturiert ist, bildet Regionalität neben nationalen, europäischen und weltgeschichtlichen einen von mehreren Raumbezügen. Insofern geht es hier um eine der zentralen Fragen der Inhaltsauswahl. Es gibt hier drei Anlässe für die Berücksichtigung regionaler Aspekte: die Durchführung von Projekten, die historische Exkursion und die Berücksichtigung von regionalen Beispielen im Geschichtsunterricht immer da, wo sie sich bei einem historischen Thema exemplarisch anbieten. Natürlich spielen bei der Auswahl dieser regionalen Beispiele die Schulstandorte eine erhebliche Rolle. Sie fallen in Kassel anders aus als in Butzbach oder Wiesbaden.

Fazit

Nimmt man die drei Perspektiven zusammen, dann wird deutlich, dass sich für regionalgeschichtliches Lernen gerade durch das Zusammenspiel der Bildungsakteure große Chancen öffnen, weil ihre Möglichkeiten erst durch die Kooperation von Stiftungen, Museen, Schulen, Archiven und Universitäten besonders fruchtbar gemacht werden können. Wenn etwa die Körber-Stiftung unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten alle zwei Jahre den Geschichtswettbewerb ausschreibt, dann entstehen zum Teil qualitativ hochwertige regionalgeschichtliche Schülerarbeiten, die durch den Wettbewerb auf die Spurensuche im Nahbereich gelenkt werden. Dies betrifft auch die Lehrerbildung. An der Professur für Didaktik der Geschichte in Gießen wurden in den neuen Lehramtsstudiengängen Exkursionen und Projektseminare als verpflichtende Studienelemente etabliert. In den Projektseminaren führen Studierende in Museen, Gedenkstätten, historischen Gebäuden usw. Projektstage mit Schülerinnen und Schülern durch und erproben dabei neue methodische Wege. Das Praxisfeld außerschulische Bildungsarbeit nimmt diese Initiativen gerne auf und die dreifache Begegnung von außerschulischer Bildungseinrichtung, universitärer Lehre und schulischen Lernerfahrungen öffnet Perspektiven zu Lernchancen im Nahraum und deren methodischer Umsetzung, von denen alle Akteure weiter profitieren. Es scheint mir wichtig, dass auch zukünftig solche Akzentsetzungen spezifischer Fachprofile im Lehramtsstudium ihren Raum behalten – damit auch künftig ‚Hesse wird, wer Hesse sein will‘.

Literatur

- Michele Barricelli, Collected Memories statt kollektives Gedächtnis. Zeitgeschichte in der Migrationsgesellschaft, in: Markus Furrer, Kurt Messmer (Hg.), Handbuch Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2013, S. 89–118.
- Bodo von Borries, Interkulturalität beim historisch-politischen Lernen – Ja sicher, aber wie?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 52 (2001), 5/6, S. 305–324.
- Viola B. Georgi, Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003.
- Wolfgang Hug, Didaktische Ansätze zu einer Regionalgeschichte des Alltags, in: Gerold Niemetz, Ursula A. J. Becher (Hg.), Vernachlässigte Fragen der Geschichtsdidaktik, Hannover 1992, S. 124–143.
- Thomas Lange, Landesgeschichte in der Schule, in: Bernd Heidenreich, Eckhart G. Franz (Hg.), Die Hessen und ihre Geschichte. Wege-Weiser durch die hessische Landes- und Regionalgeschichte, Wiesbaden 1999, S. 133–141.
- Vadim Oswald, Hans-Jürgen Pandel (Hg.), Geschichtskultur. Die Anwesenheit von Vergangenheit in der Gegenwart, Schwalbach/Ts. 2009.
- Vadim Oswald, Raum und historisches Lernen. Elaborierte Konzepte zu einer basalen Dimension historischen Denkens?, in: Eugen Kotte (Hg.), Kulturwissenschaften und Geschichtsdidaktik, München 2011, S. 199–218.
- Bernd Schönemann, Lernpotentiale der Regionalgeschichte, in: Geschichte für heute 3 (2010), H. 2, S. 5–16.

HANS SARKOWICZ



Hans Sarkowicz brauche ich im Grunde nicht vorzustellen. Er ist seit 1979 beim Hessischen Rundfunk Leiter des Bereichs Kultur und Wissenschaft, Germanist, Historiker von der Ausbildung her, bis heute Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt im Bereich Geschichtswissenschaft, weit über seine Rundfunk­tätigkeit hinaus bekannt durch zahllose wichtige Veröffentlichungen in unterschiedlichen Bereichen. Ich nenne nur einzelne Beispiele für wichtige Biografien: Erich Kästner, Heinz Rühmann, Philipp von Boeselager. Die Herausgeberschaft der Werke Kästners ist gewiss noch erwähnenswert. Rundfunkhistorische Publikationen gesellen sich hinzu, über den Hessischen Rundfunk selbst, alliierte Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg, Radio im Nationalsozialismus, um nur diese Beispiele aus einem viel breiteren Oeuvre zu nennen (**Vorstellung durch Prof. Dr. Eckart Conze**).

„FEST DEM HEIMATGEBIET VERBUNDEN“: DAS PROGRAMM DES HESSISCHEN RUNDFUNKS

Sehr geehrte Damen und Herren,

als der Rundfunk nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland neu errichtet werden sollte, entschieden sich die Westalliierten für ein öffentlich-rechtliches System nach dem Vorbild der britischen BBC.

Bis dahin hatte es in Deutschland keinen wirklich freien und unabhängigen Rundfunk gegeben. Die Sender, die ab 1923 mit ihren Programmen begannen, wurden von staatlich legitimierten Ausschüssen streng überwacht. Zensur war in der Weimarer Republik nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel. Die Programm­macher wurden dazu verpflichtet, keine politischen Kommentare oder sonstigen politischen Meinungsäußerungen zu senden. Der zunächst privatrechtliche und am Ende der Weimarer Republik verstaatlichte Rundfunk sollte primär kulturelle Werte vermitteln. Regionale Identität konnte und wollte er nicht herstellen. Dafür waren schon die Sendegebiete zu groß. Für den in Frankfurt angesiedelten Sender reichte es von Kaiserslautern bis Kassel und von Stuttgart bis Trier.

Für die Nationalsozialisten war der Rundfunk nach 1933 das „allerwichtigste Massenbeeinflussungsmittel“, so Joseph Goebbels. Der Propagandaminister erwartete von den „gleichgeschalteten“ Redaktionen etwas ganz anderes, als lokale oder regionale Besonderheiten hervorzuheben.

Als amerikanische Besatzungssoldaten Anfang Juni 1945 begannen, einen regelmäßigen Sendebetrieb aufzubauen, wurden sie von rein pragmatischen Erwägungen gelenkt. Die Programme in verschiedenen Sprachen richteten sich zunächst fast ausschließlich an die sogenannten Displaced Persons, also an ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Überlebende der Konzentrationslager, die vorrangig Hilfe benötigten. Das änderte sich aber schnell.

Da das Telefonnetz zerstört war, Zeitungen nicht oder nur stark eingeschränkt erscheinen konnten, aber in fast allen Haushalten Empfangsgeräte existierten, war das Radio die effektivste Möglichkeit für die Militärbehörden, um Anordnungen und Verlautbarungen in ganz Hessen publik



zu machen. Die Bevölkerung erhielt auf diese Weise Informationen über Ausgangssperren, Lebensmittelzuweisungen, den Zustand der Verkehrswege oder den Verbleib von Angehörigen. Bereits am 1. Juli 1945 wurde die Umschau zwischen Rhein und Main sowie für die benachbarten Gebiete als aktuelle Nachrichtensendung eingeführt. Sie änderte schon wenig später ihren Titel in „Rundschau aus dem Hessenland“. Das wieder eingerichtete Studio Kassel strahlte ab März 1948 die Sendung „Rund um Kassel“ speziell für Nordhessen aus. Der damalige Intendant Eberhard Beckmann begründete die Einführung dieser Informationsangebote damit, dass der Einzelne bei allen „brennenden Fragen des deutschen Lebensinteresse[s]“ doch „fest dem Heimatgebiet verbunden“ bleibe. Damit war auch schon eine der großen Aufgaben des späteren Hessischen Rundfunks benannt. Während die amerikanische Militärregierung die Aufgabe und Bedeutung des Rundfunks vor allem darin sah, „ohne Kompromisse sich der Förderung der menschlichen Ideale von Wahrheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Freiheit und Achtung vor den Rechten der individuellen Persönlichkeit zu widmen“, versuchten Redakteure auch, ein „Hessenbewusstsein“ zu erzeugen und zu fördern. Allerdings nur ein Teil der Redakteure, der sich dem aktuellen Geschehen in Hessen widmete oder entsprechende Unterhaltungsformate betreute, wie zum Beispiel die Familie Hesselbach oder die zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen im ganzen Land.

Für die verantwortlichen Politik- und Kulturredakteure spielten in den ersten Nachkriegsjahren regionale Aspekte nur eine untergeordnete Rolle. Unter den Augen von Golo Mann, dem Sohn von Thomas Mann, und Robert H. Lochner als amerikanischen Kontrolloffizieren arbeiteten u. a. der Literaturwissenschaftler Hans Mayer und der Schriftsteller Stephan

Hermelin, die aus dem Exil zurückgekehrt waren. 1948 begründete Alfred Andersch das „Abendstudio“. Er stieß mit seinem Roman „Kirschen der Freiheit“ auf heftige Ablehnung, weil er darin seine Desertion als deutscher Soldat beschrieb.

In den Sendungen vor allem der Kultur- und Bildungsredaktionen mit dem Abendstudio als herausragendem Forum sollte das präsentiert werden, was während der NS-Zeit verboten oder unterdrückt worden war. Das kulturelle Wortprogramm wurde davon bestimmt, literarische Traditionslinien neu zu knüpfen und fremdsprachige Autorinnen und Autoren vorzustellen. Daneben meldeten sich jungen Schriftstellerinnen und Schriftsteller zu Wort, die den nationalsozialistischen Terror, die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und die restaurativen Tendenzen in der gerade entstandenen Bundesrepublik thematisierten. Für sie wurde das Radio zum wichtigsten Auftraggeber. Das beginnende Wirtschaftswunder mit seiner Tendenz, die Vergangenheit ruhen zu lassen und einer neuen Konsumlust zu fröhnen, lieferte zudem Stoff für intellektuelle Debatten und literarische Auseinandersetzungen. Regionale „hessische“ Aspekte spielten vor allem im Feature eine Rolle, wenn zum Beispiel die Mysterien eines Kaufhauses oder das widersinnig scheinende Fahrverhalten auf einem Autobahnkreuz (rechts ausfahren zu müssen, um nach links abzubiegen zu können) erläutert wurden.

Den deutlichsten Hessenbezug hatten Unterhaltungssendungen wie die Hesselbachs (von 1949 bis 1956 im Radio und von 1960 bis 1967 im Fernsehen), die Landfunksendung „Aus Stadt und Land“ mit Heiner, Philipp und Babett und der „Frankfurter Wecker“, der von 1952 bis 1967 jeden Sommermorgen, bis auf die Sonntage, aus einem anderen Ort in Hessen übertragen wurde. Daneben gab es zu jeder Zeit tägliche Nachrichten- und Informationssendungen („Magazine“), die Hessen in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellten.

Zu einer deutlichen Akzentverschiebung kam es 1961 mit der Einführung des „Hessentags“ durch Ministerpräsident Georg-August Zinn. Landesgeschichte im Sinn von Traditionspflege wurde zum jährlich wiederkehrenden Ereignis und damit auch zum Thema von Radio- und Fernsehprogrammen.

1965, zwanzig Jahre nach der Ausrufung von „Groß-Hessen“, rückte zunächst die jüngere Vergangenheit in das Zentrum des Interesses. Aber was sich seit Kriegsende ereignet hatte, war ohne den geschichtlichen

Hintergrund nur unvollständig zu verstehen. Im Januar 1966 begann eine 16-teilige Reihe über Hessens Weg durch die Geschichte, die auf große Resonanz stieß und die Programmacher ermutigte, in dieser Richtung fortzufahren. So entstand zwischen 1970 und 1995 die zehnteilige Reihe „Hessens Weg nach 1945“.

Seither hat es eine Reihe von weiteren herausragenden Dokumentationen gegeben, die u. a. die Hessen-Jubiläen 2005 und 2015/16 begleiteten.

Daneben sind immer wieder sehr populäre und unterhaltsame Formen entwickelt worden, die hessische Geschichte und Brauchtum, Mundarten und Küchegeheimnisse einem breiten Fernsehpublikum vermitteln und vermitteln, zum Beispiel: „Bilderbögen aus Hessens Geschichte“,


Flaggschiff der aktuellen
Berichterstattung ist seit dem
2. Januar 1961 die „hessenschau“.


„Bilderbogen aus Hessen“, „Hessen-Rallye“, „Landpartie“, „Geheimnisvolles Hessen“, „Hessen-Illustrierte“, „Hessen à la carte“, „Das große Hessenquiz“, „Dings vom Dach“, „Dolles Dorf“ oder die ebenfalls sehr beliebten Rankingshows („Hessens schönste ...“).

Flaggschiff der aktuellen Berichterstattung ist seit dem 2. Januar 1961 die „hessenschau“, die regelmäßig die höchsten Einschaltquoten im hr-Fernsehen erzielt.

Schon 1995 konnte der damalige hr-Intendant Klaus Berg rückblickend feststellen, „dass die Entwicklung des Landes Groß-Hessen zum Bundesland Hessen zu einem wesentlichen Teil auch der Tatsache zu verdanken ist, dass der Hessische Rundfunk als einziges landesweites Medium die notwendige Informationsdichte herbeiführen konnte, um die Bevölkerung in dem weiten Land zwischen Werra und Neckar, zwischen Kinzig und Rhein zu einer politischen und gesellschaftlichen Einheit werden zu lassen“.

Neben den Sendungen im hr-Fernsehen waren es auch die umfangreichen Programmaktivitäten im Hörfunk, die zu der Herausbildung einer gesamthessischen Identität beitrugen. Die über alle Hörfunkwellen präsente tägliche Berichterstattung hatte mit der Einrichtung von Regionalstudios (neben dem bereits bestehenden Studio in Kassel) einen regelrechten Schub erfahren. Flankiert wurde (und wird) die Aktualität durch große Feature-Reihen zum Beispiel über die Geschichte Hessens, über bedeutende hessische Persönlichkeiten, über hessische Denkmäler, über die hessischen Mundarten, über die hessische Industriegeschichte oder über die hessische Literatur mit dem großen hr2-Projekt „Literaturland Hessen“, das vom Hessischen Literaturrat und dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gemeinsam getragen wird. Für die Kultur- und Musikszene in Hessen gibt es in hr2-kultur eigene wöchentliche Sendungen.

Im Vordergrund der redaktionellen Arbeit steht heute nicht (mehr), an der Herausbildung einer hessischen Identität mitzuarbeiten. Das ist nicht das Ziel, aber möglicherweise das Ergebnis der Programmaktivitäten, die darauf zielen, die Besonderheiten eines historisch gewachsenen, aber auch heterogenen Landes zu präsentieren. Der Großraum Frankfurt ist ein Banken-, Dienstleistungs- und Verkehrszentrum, die Rhön mit Hilders und Tann ist das nicht, hat dafür aber ganz andere Qualitäten. Wir als Programmverantwortliche fühlen uns als Vermittler, die auf die (verborgenen) Schönheiten unseres Landes hinweisen, aber auch die Probleme deutlich benennen.

Es gibt noch immer Trennendes zwischen dem Norden und dem Süden Hessens, aber auch eine besondere Gemeinsamkeit. Die Hessen vereint seit Jahrhunderten die Bereitschaft, Fremde und Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, ohne dass die Neubürger ihre Traditionen, Sitten oder Gebräuche aufgeben mussten. Diese Weltoffenheit eines in der deutschen Geschichte immer wichtigen Transitlandes duldet keinen engen Identitätsbegriff. Und eine persönliche Bemerkung zum Schluss:

Ich kann mir keinen besseren Ort für ein Migrationsmuseum als Hessen vorstellen, das sowohl die Auswanderung aus Hessen in alle Welt als auch die Einwanderung nach Hessen dokumentiert.

SCHLUSSWORT

Prof. Dr. Eckart Conze



Meine Damen und Herren,

wir sind am Ende unserer Tagung angelangt. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal betonen: Das Thema dieser Tagung ist nicht bestimmt worden, weder aus dem Hessischen Landtag oder dem Landtagspräsidium heraus, noch vonseiten der Historiker, die das Tagungskonzept und das Tagungsprogramm entwickelt haben. Aber es ist kein Zufall, dass wir gerade heute über das Thema einer hessischen Identität, über Identitätsbildung, multiple Identitäten und Identitätskonkurrenz intensiv diskutieren, und das nicht nur vor dem Hintergrund des 70-jährigen Jubiläums des Bundeslandes Hessen. Dieser Jahrestag war ein guter und wichtiger Anlass, aber eben nur ein Anlass für diese Tagung. Dahinter stehen – und das macht dieses Thema so aktuell, gerade auch in seiner historischen Perspektivierung – Fragen, die uns offensichtlich alle und zunehmend umtreiben. Immer wieder stand gestern und heute die Frage im Raum, ob Identität, ob Identitäten, Identifizierungen, ob nun auf der hessischen oder auf anderen Ebenen, in der Lage sind, Orientierung zu stiften, Sicherheit zu vermitteln in einer sich immer schneller und zum Teil dramatisch, ja revolutionär verändernden Welt. Das ist der Hintergrund, vor dem wir diese Tagung und ihr Thema sehen müssen, und das ist in den vergangenen beiden Tagen überaus deutlich geworden.

Deshalb ist es fast müßig, am Ende den Versuch zu unternehmen, eine Bilanz zu ziehen und zusammenzufassen. Denn die Diskussionen, die wir hier geführt haben, führen natürlich nicht nur wir. Aber auch wir werden und müssen sie weiter führen: in unterschiedlichen Foren, in unterschiedlichen Zusammenhängen, an unterschiedlichen Orten, ob nun an der Universität oder in der Politik. Die Frage nach Identität und Orientierung ist ein Thema von großer Bedeutung, das uns weiter beschäftigen wird, und der Dialog, gerade zwischen Wissenschaft und Politik, der hier im Landtag in den letzten zwei Tagen sehr intensiv zustande gekommen ist, ist eine wichtige Form der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dieser brennenden Problematik. Deswegen sollten wir ihn fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund gilt auch im Namen meiner Mitorganisatoren noch einmal mein herzlicher Dank dem Hessischen Landtag und vor allem Ihnen, Herr Präsident Kartmann, dass Sie diese Tagung und diesen Dialog ermöglicht haben, dass Sie schon zum zweiten Mal hier im Landtag einer nicht nur historisch, sondern auch politisch wichtigen Thematik Raum, ein Forum und Öffentlichkeit gegeben haben.

SCHLUSSWORT

Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags



Meine Damen und Herren,

ich bin als Landtagspräsident der erste Lehrer in diesem Amt. Ich habe dieses Haus immer als ein Haus für alle Bürgerinnen und Bürger verstanden und nicht nur als einen Ort der Politik, obwohl das das Kerngeschäft dieses Hauses ist. Wir haben eine Reihe im Landtag, die „Lernort Landtag“ heißt. „Lernort“ ist ein allgemeiner Begriff, den wir vor vielen Jahren geprägt haben. Schülergruppen lernen hier über drei Tage seminarähnlich die Arbeit des Hessischen Landtags kennen. Leider ist uns – das will ich hinzufügen – der „Lernort Landtag“ für Lehrergruppen abhanden gekommen. Aber auch sie hätten es vielfach nötig. Das ist mein Berufsstand und damit müssen wir kritisch umgehen. Deshalb gehört das, was wir gemacht haben, hierher. Es wird nicht die letzte Reihe sein, die wir in diesem Hause machen, wobei ich hinzufügen will: Ohne diese professionelle Rückendeckung, die ich hier habe, wäre das nicht möglich. Das ist ein gegenseitiges Befruchten und wir müssen aus der Tagung etwas mitnehmen.

Deswegen will ich die Frage stellen: Haben wir jetzt eine hessische Identität gefunden? Wer sich die Frage vorher gestellt hat in der Erwartung, dass man sie heute findet, liegt natürlich falsch. Diese Veranstaltung hatte einen anderen Anspruch. Vielleicht sollte man ihn ganz einfach nach dem Motto formulieren: die erneute Öffnung eines alten Themas. Das muss immer wieder passieren, sonst geht das in die Aktenschränke. Das ist zu 100 Prozent gelungen. Dafür bedanke ich mich bei allen, die sich daran beteiligt haben, vor allem bei unseren Referenten und den Organisatoren dieser zwei Tage, aber auch bei denen, die gestern Abend in einer sehr interessanten Podiumsdiskussion über die Vergangenheit und Gegenwart gesprochen haben. Natürlich haben einige, die das miterlebt haben, manchmal geschmunzelt oder gedacht: Da hat er etwas vergessen. Es war auch sehr spannend. Es war nicht nur eine historische Aufarbeitung von Zeitgenossen, die die Entwicklung Hessens in den letzten Jahrzehnten hier bestimmt haben.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch eine Langzeitgeschichte haben. Ich komme aus Butzbach. Die Römer haben dort oben gewohnt – mittlerweile Weltkulturerbe. Es ist eine Erlebniswelt von Butzbach oder vom Taunuskamm herunter oder in anderen Gemeinden. Ich habe eine persönliche Beziehung zum Herkules, weil ich kein anderes Bauwerk kenne, das so massiv über einer Stadt thront wie der Herkules. Die Kasseler haben diese Beziehung auch. Ich glaube, dass die Frage Schule und Bil-



dung – ich bin sehr dankbar, dass es meinem Wunsch entsprechend eine pädagogische Ebene gab – ein wichtiger Punkt ist, auch Heimatkunde. Grundschulen und Heimatkunde sind unverzichtbare Bestandteile, leider ist das nicht mehr in dem Maße gegeben.

Ähnliches gilt für die Gedenkstätten, die immer Bedarf haben, ausgebaut zu werden. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir die finanziellen Mittel aufbringen, um die Schüler dieses Landes zu unterstützen, gemeinsam mit den Lehrern diese Gedenkstätten zu besuchen.

Meine Damen und Herren, Geschichte hat Identität, Landschaft hat Identität, Kultur hat Identität, Politik hat Identität. Vielleicht ist dieser Katalog fortschreibbar. Wir haben uns, wie sich das für eine gute Unterrichtsphase gehört, eine Reflexion vorgenommen. Wir werden uns in nächster Zeit darüber unterhalten, was das Ergebnis dieser Tagung ist, um daraus Schlüsse für praktische Beispiele oder eine Fortsetzung des Themas in anderer Form zu ziehen.

Meine Damen und Herren, wir haben zehn Referenten gehört. Ich muss sagen, das ist eine stolze Zahl. Ich bedanke mich bei Prof. Conze, Prof. van Laak, Prof. Hedwig, Prof. Cornelißen, Prof. Speitkamp, Prof. Nonn, Prof. Löffler, Prof. Mergel, Prof. Oswald und Hans Sarkowicz, die das mitgestaltet haben. Ich hoffe, dass es auch Ihnen geholfen hat, das Thema erneut zu erweitern. Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich herzlich, dass Sie dabei waren. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg, ein schönes Wochenende, eine schöne Zeit bis zum Ende des Jahres und im nächsten Jahr alles Gute – auf Wiedersehen!

PODIUMSDISKUSSION



am 17. November 2016 im Hessischen Landtag

Im Rahmen der Tagung „Hesse ist, wer Hesse sein will ...? Landesbewusstsein und Identitätspolitik seit 1945“ fand am Abend des 17. November 2016 ab 18.30 Uhr eine Podiumsdiskussion mit herausragenden Persönlichkeiten statt.



V.l.n.r.: Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags; Ruth Wagner, Stellvertretende Ministerpräsidentin a. D.; Roland Koch, Ministerpräsident a. D.; Dr. Richard Meng; Hans Eichel, Ministerpräsident a. D.; Rupert von Plottnitz, Stellvertretender Ministerpräsident a. D.

Die Dokumentation der Podiumsdiskussion finden Sie hier:
<https://hessischer-landtag.de/content/broschüren>



HESSISCHER
LANDTAG